

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	22
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27

VERBÄNDE



Thema: Naturschutzpolitik	29
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Außerschulische Bildung:	
Biodiversität in	
Botanischen Gärten	

THEMEN DES MONATS

Biodiversität

Urwaldschutz ist Klimaschutz

Den Schutz biologischer Vielfalt zu finanzieren ist ein Weg, um den Klimawandel aufzuhalten

Seite 2

Genetische Vielfalt

Weltkongress der kleinen Hoffnungen

AktivistInnen aus 90 Ländern treffen sich zum „Planet-Diversity“-Kongress in Bonn

Seite 3

Landwirtschaft

Der EU-Agrarpolitik auf den Zahn gefühlt

Der „Gesundheitscheck“ bietet keine Diagnose, sondern enthält bereits konkrete Vorschläge

Seite 5

Tierschutz und Klimaschutz

Erwärmung bremsen – auch für Tiere

Wildtiere leiden unter dem Klimawandel, Nutztiere können helfen ihn einzudämmen

Seite 6

Interview: Biodiversität

„Staaten blockieren indigene Rechte“

Westliche Unternehmen profitieren vom Artenreichtum und den Ressourcen anderer Länder

Seite 21

Biodiversität

Urwaldschutz ist Klimaschutz

Den Schutz biologischer Vielfalt zu finanzieren ist ein Weg, um den Klimawandel aufzuhalten

Klimawandel und der Verlust der biologischen Lebensgrundlagen sind eng miteinander verknüpfte Bedrohungen. Insbesondere bei Wäldern trägt Biodiversitätsverlust selbst massiv zum Klimawandel bei, denn die globale Waldvernichtung ist die zweitgrößte CO₂-Quelle nach dem Energiebereich. Auf der UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn muss endlich das Finanzierungsproblem großer Schutzgebiete gelöst werden. ■ VON STEFAN KRUG, GREENPEACE

Die massive Veränderung des Klimasystems der Erde und der Verlust unserer biologischen Lebensgrundlagen sind die gravierendsten ökologischen Herausforderungen, denen sich die Menschheit gegenüber sieht. Doch während der Klimawandel mittlerweile in aller Munde ist und es allmählich auch einer breiteren Öffentlichkeit dämmert, dass er Folgen für alle Lebens- und Politikbereiche hat, verharrt die Wahrnehmung des Themas „Verlust der Biodiversität“ noch immer in der klassischen Naturschutz-Ecke: Klar, wir müssen Tiere und Pflanzen, „die Arten“ und „die Natur“ schützen. Gut, dass es in Bonn bald eine große „Naturschutzkonferenz“ dazu gibt, wie die 9. Vertragsstaaten-Konferenz der UN-Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) kurzerhand tituliert wurde. Dass die Menschheit als Hauptverursacher des Biodiversitätsverlustes selbst existenziell von ihm bedroht ist, wird in dieser traditionellen Perspektive „hier der Mensch – dort die Natur“ aber zu wenig reflektiert. Von der öffentlichen Aufmerksamkeit, die im vergangenen Jahr der Klimawandel als Bedrohungsszenario erhalten hat, kann das Thema Biodiversität im CBD-Jahr 2008 bisher jedenfalls nur träumen.

Doch gerade das gestiegene Bewusstsein für den Klimawandel kann und muss dazu genutzt werden, den Verlust der biologischen Lebensgrundlagen ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Beide Mega-Bedrohungen dürfen nicht länger isoliert angegangen werden – sie sind auf das Engste miteinander verknüpft und bedingen sich wechselseitig. Auch die CBD-Gremien diskutieren bereits über „Klimawandel und Biodiversität“ – allerdings unter dem As-

pekt, welche Folgen der Klimawandel für Ökosysteme hat und welche Anpassungsmaßnahmen nötig sind. Länder wie Brasilien, Kanada und Australien ließen bei den CBD-Vorverhandlungen jede Erwähnung von „mitigation“, also Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen durch Biodiversitätsschutz, konsequent in allen Verhandlungstexten in Klammern setzen. So wie in den UN-Klimaverhandlungen wollen sie auch innerhalb der CBD international verbindliche Schutzziele zum Klimaschutz für sich selbst möglichst verhindern.

Abholzung und Brandrodung sind Klimakiller

Biodiversitätsverlust trägt jedoch selbst massiv zum Klimawandel bei. Das gilt vor allem für die Wälder und Urwälder. Rund 20 Prozent der globalen Treibhausgase entstehen durch Abholzung und Brandrodung von Wäldern für Holzgewinnung, Plantagenanbau und Viehzucht. Das ist mehr CO₂ als der weltweite Verkehr ausstößt. Die globale Waldvernichtung ist damit die zweitgrößte CO₂-Quelle nach dem Energiebereich.⁽¹⁾ Bei der Fixierung auf Energieemissionen wird übersehen, dass Indonesien nach den USA und China an Platz 3 der weltweiten CO₂-Emittenten steht, gefolgt von Brasilien – allein aufgrund der enormen Entwaldungsraten dieser Länder. 70 Prozent der Emissionen Brasiliens werden durch die fortschreitende Entwaldung verursacht.

Diese Zahlen machen deutlich: Urwaldschutz ist weit mehr als Arten- oder Naturschutz. Der wegweisende Stern-Report über die ökonomische Seite des Klimawandels stellte 2006 fest: „Die Einschränkung

von Abholzung ist eine äußerst rentable Möglichkeit zum Reduzieren von Treibhausgas-Emissionen.“ So wird die Einbeziehung der Entwaldungsfrage in den Emissionshandel mittlerweile auch in den UN-Klimaverhandlungen diskutiert. Doch bis hierfür ein funktionierendes System gefunden ist, werden noch Jahre vergehen, und erst 2013 tritt die neue Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls in Kraft. Das bedeutet, dass für die kommenden fünf Jahre derzeit kein internationales Instrument vorhanden ist, um die weltweite Waldvernichtung durch finanzielle Anreize deutlich zu reduzieren.

Schutzgebiete kosten Geld

Hier kommt die CBD ins Spiel. Um die Entwaldung weltweit zu stoppen, sind Schutzgebiete ein zentrales Instrument. Die CBD-Vertragsstaaten hatten 2004 beschlossen, ein weltweites Netz von Schutzgebieten für alle Lebensraumtypen einzurichten – bis 2010 an Land und bis 2012 auf See. Die Kosten hierfür werden auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Etwa genauso viel würde ein wirklich umfassender Urwaldschutz kosten, der nicht nur Schutzgebiete einrichtet, sondern auch Wirtschaft und Bauern für entgangene Einnahmen (Opportunitätskosten) entschädigt.

Aber woher soll dieses Geld für „Urwaldschutz als Klimaschutz“ kommen? Die reichen Industriestaaten tragen als Hauptverursacher des Klimaproblems auch die größte Verantwortung: Rund 80 Prozent der Treibhausgase, die heute in der Atmosphäre den Klimawandel verursachen, stammen aus früheren Emissionen der G8-Staaten, die heute noch rund die

Hälfte aller CO₂-Emissionen verursachen. Schwellenländer wie China und Indien mit ihrem hohen absoluten, aber geringen Pro-Kopf-Ausstoß sollten erst zu einem späteren Zeitpunkt in die Pflicht genommen werden.

Zwei Milliarden Euro für Urwaldschutz

Greenpeace fordert deshalb, dass jeder G8-Staat von 2009 bis 2013 pro Jahr rund zwei Milliarden Euro für den Urwaldschutz bereitstellt. Damit hätten die Staaten, die die Hälfte der globalen Emissionen verursachen, auch die Hälfte des für den globalen Waldschutz nötigen Geldes erbracht. Deutschland sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und hierzu eine „Kanzler-Initiative“ auf der CBD-Konferenz in Bonn starten, die auf dem G8-Gipfel in Japan im Juli 2008 offiziell beschlossen werden könnte. Japan wird 2010 die CBD-Konferenz ausrichten – bis dahin wollte die UN-Staaten-gemeinschaft den Verlust an Biodiversität

bereits „signifikant“ reduziert haben.

Deutschland könnte seinen Beitrag durch den Abbau von klimaschädlichen Subventionen erbringen, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten. Nach aktuellen Berechnungen im Auftrag von Greenpeace vergibt die Bundesregierung pro Jahr umwelt- und klimaschädliche Subventionen in Höhe von rund 36 Milliarden Euro.⁽²⁾ Durch wenige Maßnahmen wie die Abschaffung der Steuerbefreiung für Flugbenzin auf Inlandsflügen (etwa 395 Millionen Euro), die Einführung der Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge (etwa 600 Millionen Euro) und den stufenweisen Abbau der Subventionierung von Dieselmotoren (1,3 Milliarden Euro bei einem Plus von vier Cent pro Liter) könnten diese zwei Milliarden Euro für den Urwaldschutz aufgebracht werden.

Wenn das 2010-Biodiversitätsziel erreicht werden soll, muss das Problem der Finanzierung von Biodiversitätsschutz auf der CBD-Konferenz in Bonn endlich ge-

löst werden. „Die Kassen sind leer“ ist eine Ausrede, die angesichts der Bedrohung des Klimas und der biologischen Lebensgrundlagen nicht länger hingenommen werden darf.

Anmerkungen

- (1) Vgl. Stern-Report (2006); Vierter Sachstandsbericht des IPCC (2007)
- (2) Förderverein Ökologische Steuerreform: Umweltschädliche Subventionen und Steuervergünstigungen des Bundes. Kurzstudie im Auftrag von Greenpeace Deutschland, April 2008 (im Druck)

Stefan Krug ist Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace in Berlin und verantwortlich für die politische Arbeit der Umweltorganisation.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 3088990,
E-Mail: stefan.krug@
greenpeace.de,
www.kurzlink.de/
urwald-klimaschutz



Genetische Vielfalt

Weltkongress der kleinen Hoffnungen

AktivistInnen aus 90 Ländern treffen sich zum „Planet-Diversity“-Kongress in Bonn

Jenseits der Monokulturen gibt es jede Menge Alternativen. Zum „Weltgipfel der gentechnikfreien Regionen“ treffen sich im Mai all jene, die Neues entwickeln und längst an der Umsetzung arbeiten. Derweil entscheiden RegierungsvertreterInnen nebenan über das Biosicherheitsprotokoll. Doch mit alten Rezepten sind die größten Herausforderungen der menschlichen Geschichte nicht zu lösen. ■ VON BENEDIKT HAERLIN, ZUKUNFTSSTIFTUNG LANDWIRTSCHAFT

Während nur wenige Meter weiter die Regierungsvertreter um die Kontrolle der genetischen Ressourcen und die Haftung für Gentechnikschäden feilschen, treffen sich vom 13. bis 15. Mai in Bonn 500 Menschen aus der ganzen Welt, die in ihren jeweiligen Regionen die Vielfalt von Essen und Landwirtschaft, von Kultur und Natur praktisch verteidigen und weiterentwickeln: Bäuerinnen und Gärtner, Umwelt- und Verbraucherschützer, regionale und kommunale Politiker, Wissenschaftlerinnen und Indigene, Aktivistinnen aus sozialen Bewegungen, Kir-

chen, Frauengruppen, Entwicklungsorganisationen und Gemeinden. Die AktivistInnen aus 90 Ländern arbeiten im Kleinen an traditionellen wie innovativen Alternativen zu den globalen Monokulturen. Während diese Monokulturen unsere Lebensmittel, unsere Landschaften, unsere Traditionen und Millionen ländlicher Existenzen buchstäblich unterzupflügen drohen, steht der „Gegengipfel“ für Hoffnungen, die von unten wachsen – lokal, vielfältig und gentechnikfrei. Ihre Botschaft: Die Zukunft unserer Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung liegt in ihrer biologischen

wie kulturellen Vielfalt. Diese Vielfalt lässt sich nicht technisch konservieren, sondern kann nur von uns allen gemeinsam gelebt, genossen, respektiert und fortentwickelt werden.

Die Idee entstand vor einem Jahr beim 3. Europäischen Kongress gentechnikfreier Regionen in Brüssel: Wenn im Mai 2008 in Bonn die Vertreter von 143 Regierungen über das Cartagena-Protokoll zu biologischer Sicherheit verhandeln, organisieren wir einen „Weltgipfel der gentechnikfreien Regionen“. Daraus wurde mittlerweile ein Projekt, das weit über die Frage der Gen-

Planet der Vielfalt

Der Kongress „Planet Diversity“ findet vom 12. bis 16. Mai im Bürger-, Erholungs- und Freizeitpark Rheinaue in Bonn statt. Etwa 100 Veranstaltungszelte werden für die rund 500 TeilnehmerInnen aus aller Welt auf der „Blumenwiese“ aufgebaut. Freiwillige HelferInnen und Unterkünfte vor Ort sowie Spenden sind willkommen.

- ▶ Infos vor Ort: Planet-Diversity-Büro, Charles-de-Gaulle-Str. 5, 53113 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 92650-22 oder -21, E-Mail: bonn@planet-diversity.org
- ▶ www.planet-diversity.org

technik in der Landwirtschaft hinausgeht. „Planet Diversity“ will Initiativen und Bewegungen zusammenbringen, deren gemeinsames Anliegen die Erhaltung, Nutzung und Verteidigung der Vielfalt ist: in der Landwirtschaft, bei der Wahl der Lebensmittel, in Regionen und Gemeinden, aber auch in Wissenschaft und Religion.

Vielfalt ist eine, vielleicht die entscheidende Größe bei der Suche nach Lösungen für die brennenden Probleme unseres Planeten: Hunger, Umweltzerstörung, Klimawandel, Ungerechtigkeit. Sie ist, wie es im Aufruf zu Planet Diversity heißt, „das einzig bewährte Prinzip der Anpassung an sich verändernde Bedingungen, das die Naturgeschichte uns an die Hand gibt“.

Gentechnik ist dagegen eine – durchaus nicht die einzige – Erscheinungsform des technokratischen Ansatzes von oben nach unten: schnelle „Top-Down-Lösungen“ für die Symptome eines aus den Fugen geratenen Verhältnisses des Menschen zur Natur. Sie ist der letzte Schrei eines industriellen Rationalisierungswahns, der ganz besonders in der Landwirtschaft verheerende Wirkungen hat.

Der rapide Verlust der Biodiversität und der Klimawandel sind die wohl größten ökologischen Herausforderungen in der Geschichte der Menschheit. Können sie mit denselben Rezepten gemeistert werden, die uns an diesen kritischen Punkt ge-

führt haben? Die weitere Beschleunigung der Industrialisierung, Vereinheitlichung und Globalisierung der Lebensmittelherstellung ist mit Sicherheit nicht die Lösung, sondern wird die Probleme nur noch verschärfen.

Die Bonner Biodiversitätsverhandlungen werden wohl wenig dazu beitragen, den Monokulturen in Lebensmittelproduktion und -handel etwas entgegenzusetzen. Doch überall auf unserem Planeten sprießt auch Hoffnung. Kleine, aber nachhaltige Initiativen vor Ort, unscheinbare Schritte in die richtige Richtung, praktische Wege aus dem Elend und visionäre Gegenentwürfe zur globalen Verarmung der Natur und Kultur entstehen an der Basis. Selten wird ihnen die öffentliche Aufmerksamkeit zuteil, die sie – im Gegensatz zu den offiziellen Gipfelveranstaltungen – verdienen.

Aus unterschiedlichen Ansätzen entsteht dennoch eine weltweite Bewegung, deren gemeinsame Botschaft ist: Die Zukunft unserer Umwelt, Landwirtschaft und Ernährung liegt in ihrer biologischen wie kulturellen Vielfalt. Sie lässt sich nicht technisch konservieren, sondern nur gemeinsam erleben, genießen, respektieren und fortentwickeln. Sie ist keine „genetische Ressource“, sondern das Ergebnis gemeinsamen und solidarischen Handelns. Dafür stehen die rund 500 Menschen von allen Kontinenten, die sich mittlerweile bei Planet Diversity angemeldet haben, um über gemeinsame Perspektiven und Projekte zu diskutieren, ihre Erfahrungen auszutauschen und dem staatlichen Verhandlungsstillstand die Dynamik und Hoffnung ihrer Arbeit gegenüberzustellen.

Pfingstmontag: Internationale Demonstration und Festival der Sinne

Ein Festival der Sinne und der Vielfalt bildet den Auftakt von Planet Diversity. Bauern und Gärtnerinnen, Saatguthersteller und -vermehrer, Köchinnen und Lebensmittelhersteller, Profis und Amateure sind eingeladen, die Vielfalt ihrer Produkte, Sorten und Pflanzen zu präsentieren – zum Ansehen und Riechen, zum Mitnehmen und Verzehren. Ein kulturelles, politisches und spirituelles Rahmenprogramm beleuchtet

das Thema Vielfalt von vielen Seiten.

Am Pfingstmontag werden Bauern und Umweltschützerinnen aus aller Welt zum Bonner Maritim-Hotel ziehen, wo die Unterzeichnerstaaten des Biosicherheitsprotokolls ihre Verhandlungen über internationale Mindeststandards zur Haftung für Schäden durch gentechnisch veränderte Organismen beginnen. Sie wollen die RegierungsvertreterInnen begrüßen und ihnen deutlich machen, dass die große Mehrheit der BürgerInnen in Europa und der Welt keine gentechnisch veränderten Organismen im Essen und auf den Feldern und keine Monokulturen will, sondern faire Handelsbeziehungen, die allen genügend und gesundes Essen garantieren.

Erfolgsgeschichten gelebter Vielfalt

Auf dem Planet-Diversity-Kongress sollen an den folgenden drei Tagen auf der einen Seite Erfolgsgeschichten der gelebten Vielfalt vorgestellt und auf der anderen Seite ihre zentralen Bedrohungen benannt werden: Gentechnik, Agrarsprit und globale Spekulation mit den Grundlagen unserer Ernährung, die Patentierung von Saatgut und Lebewesen, die Vertreibung und Marginalisierung von Kleinbauern und die Zerstörung ihrer Gemeinden und ihrer Kultur, die Unterdrückung der Frauen, die in Entwicklungsländern den größten Teil der Arbeit in der Landwirtschaft erledigen, aber noch immer keine entsprechenden Rechte haben, die Vertreibung und Enteignung indigener Gemeinschaften, der Raubbau an den natürlichen Ressourcen, der Ersatz von ländlichen Existenzen durch immer höheren Einsatz von Energie und Chemie. Alle, die sich an Planet Diversity beteiligen wollen, sind dazu herzlich eingeladen.

Benedikt Haerlin arbeitet bei der Zukunftsstiftung Landwirtschaft und ist einer der Organisatoren des Planet-Diversity-Kongresses.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27590309,
E-Mail: haerlin@zs-l.de,
www.zs-l.de



Landwirtschaft

Der EU-Agrarpolitik auf den Zahn geföhlt

Der „Gesundheitscheck“ bietet keine Diagnose, sondern enthält bereits konkrete Vorschläge

Umweltverbände setzen sich bei der EU-Agrarreform für die finanzielle Förderung ländlicher Räume ein. Doch Bund und Länder wollen keine Umverteilung in die „zweite Säule“ und proben die Totalblockade. Das könnte sich ab 2013, wenn der Agrarhaushalt der EU neu verhandelt wird, bitter rächen. Das deutsche Ziel, bis 2010 den Ökolandbau auf 20 Prozent Flächenanteil auszudehnen, dürfte so erheblich schwerer zu erreichen sein. ■ VON GERALD WEHDE, BIOLAND

Beim „Gesundheitscheck“ zur laufenden EU-Agrarreform geht es nicht nur um eine Diagnose, wie der Name vermuten lässt, sondern bereits um konkrete Vorschläge, wie sich die Agrarpolitik in den kommenden Jahren verändern soll. Mit einem Papier vom 20. November 2007 gibt die EU-Kommission die Richtung vor: Die allgemeinen Flächenprämien, die sogenannten Direktzahlungen der ersten Säule der Agrarpolitik, sollen weiter gekürzt werden. Dieser Vorgang wird „Modulation“ genannt. Zudem soll bei flächenstarken Betrieben, die sehr viele Prämien erhalten, stärker gekürzt werden. Noch Ende dieses Jahres soll es eine Einigung auf EU-Ebene dazu geben.

Über 40 Milliarden Euro erhalten Europas Landwirte jährlich als direkte Flächenprämien. Für die deutschen Bauern sind das über fünf Milliarden Euro pro Jahr, einzelbetrieblich gesehen ein großer Teil des Gewinns. Der weitaus kleinere Teil, nämlich ein Fünftel des EU-Agrarhaushaltes, fließt in die Entwicklung ländlicher Räume. Diese sogenannte zweite Säule wurde im Zuge der letzten Agrarreform stark gekürzt, allein in Deutschland um 23 Prozent. Die Folge: Landwirten, die im Sinne der zweiten Säule in Umwelt- und Naturschutz investiert hatten, wurden die Prämien gekürzt. Die Honorierung für Biobetriebe wurde in den Bundesländern bis zu 40 Prozent reduziert und die Gelder für den Vertragsnaturschutz in fast allen Bundesländern zusammengestrichen.

Mit ihren neuen Vorschlägen will die EU-Kommission nun wieder mehr Mittel in die zweite Säule umleiten. Dazu soll für alle Betriebe mit mehr als 5.000 Euro Prämie im Jahr die Modulation von heute

fünf Prozent schrittweise auf dreizehn Prozent im Jahr 2013 angehoben werden. Das brächte bis 2013 zusätzliche 357 Millionen Euro für die ländliche Entwicklung. Außerdem schlug die Kommission für Großempfänger mit Zahlungen über 100.000 Euro pro Jahr gestaffelte Abzüge von 10 bis zu 45 Prozent vor (Degression), die zur Stärkung der zweiten Säule verwandt werden sollten. Hintergrund ist die sehr ungleiche Verteilung der Direktzahlungen. Danach erhalten sehr wenige flächenstarke Betriebe einen Großteil der Direktzahlungen – 1,6 Prozent erhalten 30,4 Prozent. Die Kommission will die Gelder gezielt für Klimaschutz, den Erhalt der Artenvielfalt, eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung und den Bereich Agroenergie einsetzen. Zudem sollen Gelder in Regionen fließen, die nach dem Ende der Milchquote Probleme bekommen. Ökolandbau- und Umweltverbände begrüßen die Pläne der Kommission als Schritt in die richtige Richtung. Nach den Vorstellungen der Verbände sollte die erhöhte Modulation bei flächenstarken Betrieben allerdings geringer ausfallen, wenn die Betriebe viele Arbeitskräfte beschäftigen. Denn das bisherige System stellt gerade die Betriebe schlechter, die Arbeitsplätze auf dem Lande schaffen.

Für eine bessere Transparenz bei den Zahlungen hat die EU inzwischen alle Mitgliedstaaten verpflichtet, die Prämienzahlungen an Landwirte spätestens bis zum 31. April 2009 zu veröffentlichen.

Seehofer sperrt sich

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat sich mit Blick auf die flächenstarken Betriebe in Ostdeutschland

gegen jegliche Degression ausgesprochen. Gemeinsam mit der Bauernlobby wendet er sich aber auch generell gegen jegliche weitere Umverteilung von Direktzahlungen in Programme zur ländlichen Entwicklung. Wegen des starken Widerstands aus Deutschland hat die EU-Kommission ihren ursprünglichen Vorschlag zur Degression erheblich abgeschwächt. Für den für Mai von der Kommission erwarteten Legislativvorschlag zum Gesundheitscheck wird daher ein neues Modell erwartet: die progressive Modulation. Danach sollen Großbetriebe zwar mehr als der Durchschnittsbetrieb, aber weitaus weniger belastet werden als zunächst vorgeschlagen. Trotz dieses Entgegenkommens der Kommission lehnen Bund und Bundesländer unisono jegliche Umverteilung in die zweite Säule ab, zuletzt auf der Agrarministerkonferenz am 11. April. Doch diese Totalblockade könnte sich rächen, denn die Beschlüsse für die laufende Reform gelten nur bis 2013. Danach werden die Karten für den EU-Haushalt und seinen „Agraranteil“ komplett neu gemischt. Dabei kommt die Frage der gesellschaftlichen Legitimation der Agrarzahlungen nach 2013 auf den Tisch. Die Subventionen zu rechtfertigen wird nur gelingen, wenn die Zahlungen an zusätzliche Umweltleistungen und die Schaffung oder den Erhalt von Arbeitsplätzen geknüpft sind. Ansonsten droht die Gefahr, dass dem Agrarbereich massiv Gelder entzogen werden. Die Begehrlichkeiten anderer Politikbereiche wie der Forschung sind hoch. Das heißt, was vor 2013 an Geldern in die zweite Säule für die Landwirtschaft umgeschichtet wird, ist nach 2013 gesellschaftspolitisch besser abgesichert.

Biolandbau als Problemlösung

Für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU gilt es deshalb jetzt, neue Perspektiven zu entwickeln, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. Für die zweite Säule lohnt es sich zu kämpfen und für die nötige Kofinanzierung der Länder zu sorgen.

Ökolandbauverbände setzen sich zusammen mit Umweltorganisationen für eine klare umweltpolitische Stärkung der zweiten Säule ein. Von den zusätzlichen Modulationsgeldern fordert Bioland einen Anteil von 75 Prozent zur Stärkung der Agrarumweltprogramme. Denn die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Schutz von Klima, Wasser und für den Biotop- und Artenschutz erbringen. Selbst der Deutsche Bauernverband fordert eine Erhöhung der Ökopremien und eine Stärkung des Vertragsnaturschutzes, allerdings ohne zu sagen, woher die Zusatzgelder kommen sollen.

Wie notwendig ein Richtungswechsel

in der Förderpolitik ist, zeigen aktuelle Entwicklungen. Die Landwirtschaft befindet sich gerade in einem neuen Intensivierungsschub. Die Konflikte zwischen einer intensiven Lebensmittel- und Agroenergieproduktion auf der einen, dem Schutz von Natur, Wasser, Boden und Klima auf der anderen Seite, verschärfen sich gerade. Gründe dafür sind steigende Preise, die zunehmende Flächenkonkurrenz und immer engere Fruchtfolgen bis hin zu Monokulturen. Die Streichung der Flächenstilllegung schadet dem Umwelt- und Naturschutz zusätzlich. Der Biolandbau bietet für die großen umweltpolitischen Herausforderungen Lösungen an durch eine höhere Biodiversität, einen geringeren Nitrataustrag in Gewässer, eine verringerte Erosion, Anbau ohne Pestizide und vielfältige Leistungen für den Klima- und Tierschutz. Zu Recht wird der Biolandbau daher in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung besonders hervorgehoben. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, den

biologischen Landbau in Deutschland bis 2010 auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche auszudehnen und nachhaltig am Markt abzusichern. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass dieses Ziel vom Bundeslandwirtschaftsministerium und insbesondere von den Bundesländern seit Jahren boykottiert und dem Biolandbau die notwendige Unterstützung verweigert wird.

Gerald Wehde ist Diplom-Agraringenieur und leitet seit drei Jahren die Fachstelle Agrarpolitik bei Bioland. Davor war er sieben Jahre Geschäftsführer vom Bioland Landesverband Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6131 /
23979-20, Fax -27,
E-Mail: gerald.wehde@
bioland.de,
www.bioland.de



Tierschutz und Klimaschutz

Erwärmung bremsen – auch für Tiere

Wildtiere leiden unter dem Klimawandel, Nutztiere können helfen ihn einzudämmen

In Zeiten globaler Mega-Bedrohungen wie dem Treibhauseffekt müssen Luxusinteressen wie der Tierschutz zurückgestellt werden. Diese Ansicht ist nicht nur zynisch, sondern auch falsch. Denn vieles, was dem Klimaschutz dient, lässt auch Tierschützer ruhiger schlafen. Vor allem die Zustände in der Nutztierhaltung werden sich ändern, wenn mehr klimafreundliches Essen auf den Tisch kommt. ■ VON HENRIETTE MACKENSEN, DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND

Der Klimawandel bedroht nicht nur die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen, sondern auch die der auf der Erde vorkommenden Tier- und Pflanzenarten. Die Temperaturen in Europa haben sich im letzten Jahrhundert um nahezu ein Grad erwärmt – schneller als der globale Durchschnitt. Zugvögel und Säugetiere haben als Folge mit der Verschiebung von Vegetationszonen und Vegetationsperioden zu kämpfen. Schon heute werden mehr als 35 Prozent der in Deutschland heimischen Tierarten in der Roten Liste gefährdeter Arten aufgeführt.

Nach den Berechnungen des Weltklimarats IPCC werden 20 bis 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten infolge des Klimawandels vom Aussterben bedroht sein. Das sind insgesamt weit über eine Million Arten.

Nutztiere sind Mitverursacher der globalen Erwärmung

Die Nutztierhaltung ist maßgeblich am Ausstoß der klimawirksamen Gase Kohlendioxid, Lachgas, Methan und Ammoniak beteiligt. Mit 18 Prozent der Gesamt-

emissionen an klimawirksamen Gasen, gemessen in CO₂-Equivalenten, gehört die Nutztierhaltung neben Industrie und Transportwesen zu den drei Hauptverursachern der schwerwiegendsten Umweltprobleme – sowohl lokal als auch global.⁽¹⁾

Durch Gülle, Düngemittel, Pestizide und Verdauungsvorgänge von Nutztieren werden klimaschädliche Gase in die Luft, ins Wasser oder in den Boden abgegeben. Der hohe Wasser- und Energieverbrauch der Landwirtschaft, einseitige Bewirtschaftungsformen, weite Transportwege von Sperma, Eiern, Lebewesen und Futter-

mitteln sowie Brandrodungen für Weide- und Futteranbauflächen tragen ebenfalls zu einer Veränderung des Klimas und zu einer Abnahme der Artenvielfalt bei. Als Folge der intensiven Landbewirtschaftung gelten 91 der 198 in Deutschland offiziell vorhandenen Lebensraumtypen als bedroht.

Weniger Treibhausgase durch artgerechte Haltung

Vorteilhaft für den Erhalt einer Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten ist die Haltung robuster Nutztiere in ganzjähriger Freilandhaltung auf Gelände, das sowohl von Wald als auch von offenen Weiden geprägt ist. Durch diese Art der Nutztierhaltung entstehen ganz unterschiedliche Landschaftstypen, die zahlreichen Arten, die in Deutschland immer schneller verschwinden, einen neuen Lebensraum geben. So lassen sich Tier-, Natur- und Klimaschutz auf ideale Weise miteinander verknüpfen.

Auch der ökologische Landbau leistet mit seinem geringeren Tierbesatz, einer moderaten Leistung der Tiere, dem Verzicht auf synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel und weitgehend geschlossenen Betriebskreisläufen wichtige Beiträge zum Klimaschutz. Untersuchungen haben ergeben, dass ökologische Betriebe beim

Pflanzenbau bis zur Hälfte weniger Energie pro Hektar benötigen als konventionelle. Dementsprechend produzieren Ökobetriebe pro Hektar auch nur halb soviel Treibhausgase.⁽²⁾ Außerdem bindet der Boden bei ökologischer Bewirtschaftung als Folge schonender Bodenbearbeitung, Stallmistdüngung und humusmehrender Fruchtfolgen zwölf bis 15 Prozent mehr Kohlenstoff als beim konventionellen Landbau.⁽³⁾

Tägliche Kaufentscheidung und politische Weichenstellung

Ein Verzicht oder die Verringerung des Verzehrs von Fleisch und anderen tierischen Erzeugnissen wie Käse, Joghurt oder Eiern sowie der Kauf von Lebensmitteln aus tiergerechter und umweltschonender Nutztierhaltung – zum Beispiel Fleisch von Neuland-Betrieben – tragen dazu bei, die klimaschädlichen Effekte der Nutztierhaltung zu verringern. Ebenso wichtig ist es, auf Regionalität der Produkte zu achten. Auch beim Kauf nicht-tierischer Lebensmittel sollten regionale und ökologisch hergestellte Produkte bevorzugt werden.

Politisch müssen die extensive Tierhaltung mit Flächenbindung stärker gefördert und gleichzeitig die Gesamt-tierzahlen reduziert werden. Exportsubventionen sollten generell gestrichen, die Herstel-

lung und der Vertrieb von Lebens- und Futtermitteln in der Region unterstützt werden. Der Einsatz von Mineraldünger und Pestiziden muss ebenso beschränkt werden wie der Energieverbrauch bei der Herstellung und beim Transport von Lebens- und Futtermitteln. Multifunktionelle Landschaften, die Habitate bilden und die Migration zahlreicher Arten unterstützen, müssen wiederhergestellt und erhalten werden.

Anmerkungen

- ▶ (1) FAO (Hrsg.): Der lange Schatten der Tierzucht. Bericht zum Zusammenhang von Tierwirtschaft und Klimawandel, 2006. Download: www.virtualcentre.org
- ▶ (2) Wechselberger, P.: Ökonomische und ökologische Beurteilung unterschiedlicher landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsmaßnahmen und -systeme anhand ausgewählter Kriterien. Shaker, Aachen 2000
- ▶ (3) Fliessbach, A.: The Role of Organic Agriculture in Climate Change – Scientific Evidence. Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), 2007

Dr. Henriette Mackensen ist Tierärztin, Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund und Mitarbeiterin der Tierschutzakademie in Neubiberg bei München.

Kontakt: E-Mail: henriette.mackensen@tierschutzakademie.de, www.tierschutzakademie.de



Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Klimapolitik

Hitzewellen, Überschwemmungen, Tropenstürme: Der Klimawandel ist in vollem Gange. Wir werden ihn nicht mehr aufhalten können – doch wir sollten jetzt alles daransetzen, ihn zu bremsen und seine Folgen zu mildern. Doch wie könnte eine entsprechend umfassende Klimapolitik aussehen? In kurzen, verständlich geschriebenen Beiträgen stellt dieses Buch die neuesten Erkenntnisse, Technologien und Ideen vor.

Hermann E. Ott und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

Wege aus der Klimafalle

Neue Ziele, neue Allianzen, neue Technologien – was eine zukünftige Klimapolitik leisten muss
oekom verlag, München 2008, 208 Seiten, 19,90 EUR
ISBN 978-3-86581-088-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

EU-Abfallrahmenrichtlinie

Umweltausschuss bleibt stur

■ Die Berichterstatterin im EU-Parlament für die Revision der Abfallrahmenrichtlinie Caroline Jackson (Konservative, Großbritannien) konnte zufrieden sein: 42 Abgeordnete stimmten Mitte April in der zweiten Lesung für ihren Textvorschlag, 14 enthielten sich. Der Umweltausschuss (ENVI) stimmte für eine Stabilisierung des Abfallaufkommens im Jahr 2012 und eine Reduktion bis 2020. Bis 2020 soll eine verbindliche Recyclingrate von 50 Prozent für Haushaltsmüll und 70 Prozent für Bauschutt und Industrieabfälle eingeführt werden. Bis 2015 sollen die Mitgliedstaaten zumindest für Papier, Metall, Plastik, Glas, Textilien, biologisch abbaubare Abfälle, Öle und gefährlichen Müll getrennte Sammelsysteme eingerichtet haben.

Knapp fiel die Abstimmung bei den Müllverbrennungsanlagen aus. Streitpunkt war, ob die Müllverbrennung bei einer bestimmten Energieeffizienzquote als „Verwertung“ und nicht nur als „Beseitigung“ definiert werden kann. Letztlich stimmten die Abgeordneten für diesen auch von EU-Kommission und Ministerrat unterstützten Vorschlag. Allerdings soll die Effizienzgrenze zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie nochmals überprüft werden. Damit soll die Kommission sicherstellen, dass die erwarteten Ergebnisse erreicht werden. Sie soll nach dem Willen des ENVI genau prüfen, wie viel Energie jede Müllverbrennungsanlage eingesetzt und wie viel sie wiedergewonnen hat.

Die sogenannte Abfallhierarchie soll nach Meinung des Umweltausschusses eine prominentere Stelle im Gesetzestext erhalten und damit als generelle Regel und nicht mehr nur als Leitprinzip in allen Mitgliedstaaten gelten. Die fünfstufige Abfallhierarchie legt die Reihenfolge der Behandlung von Abfällen fest: Priorität soll die Vermeidung von Müll haben, es folgen Wiederverwendung, Recycling, Weiterverwertung und als letzte Option die „sichere

und umweltfreundliche Beseitigung“. Es soll aber möglich sein, von der Hierarchie abzuweichen, sofern dies durch Berücksichtigung des Lebenszyklus-Ansatzes gerechtfertigt ist.

Das Europäische Umweltbüro und Friends of the Earth begrüßten die Position des ENVI, erneut „strenge, aber erreichbare“ verbindliche Recyclingziele sowie die getrennte Sammlung von Abfällen einzufordern. Die beiden Umweltdachverbände verwiesen auf eine Studie, nach der die Einsparung von der Hälfte des Haushaltsmülls bis 2020 mehr als 89 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr einsparen kann. Das sei derselbe Effekt, wie wenn man 31 Millionen Autos von den Straßen verbanne. Um die UmweltministerInnen der Mitgliedstaaten bei ihrer Entscheidung zu unterstützen, starteten die Umweltorganisationen eine Lobbyaktion im Internet. Wenn der EU-Rat keine tief greifenden Änderungen einfordert, könnte das EU-Parlament im Juni endgültig abstimmen.

Gleichzeitig befindet sich auch die Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen in Revision. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, diese in die überarbeitete Richtlinie über integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU) zu integrieren. Müllverbrennungsanlagen werden in Kapitel IV und Annex VI abgehandelt. [jg]

- ▶ Friends of the Earth Europe, Dr. A. Michael Warhurst, London, Tel. +44(0) 7841 / 503474, E-Mail: michael.warhurst@foe.co.uk
- ▶ Lobby-Aktion: www.lovereycling.eu
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Elektroschrott**Behörden sehen's positiv**

■ Drei Jahre nach Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) ziehen Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt eine positive Bilanz. Nach den neuesten Erhebungen der zuständigen Stiftung Elektro-Altgeräte Register (EAR) und des Statistischen

Bundesamtes liegt für das Jahr 2006 die pro Kopf-Erfassungsmenge ausgedienter Elektroaltgeräten aus privaten Haushalten in Deutschland bei über acht Kilogramm pro EinwohnerIn. Insgesamt wurden 2006 rund 750.000 Tonnen Altgeräte aus Haushalten und Gewerbe erfasst. Da im gleichen Jahr rund 1,8 Millionen Tonnen neue Elektro- und Elektronikgeräte in Verkehr gebracht wurden, ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Anstieg der Erfassungsmenge von Altgeräten zu rechnen.

Der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) geht zurzeit von einem Elektronikschrattaufkommen von 15 Kilogramm pro Kopf und Jahr aus. Der BVSE vermutet, dass noch immer ein großer Teil der Geräte über den Restmüll entsorgt wird. Nach einer anfänglich erhöhten Abgabebereitschaft der Verbraucher habe das ElektroG insgesamt nicht zu einer langfristigen Steigerung der Erfassungsmengen beitragen können, so der Verband. Ein erheblicher Verbesserungsbedarf bestehe bei der Qualität der Sammlung. Insbesondere in der Sammelgruppe der IT- und Bildschirmgeräte seien ökologische Rückschritte sichtbar. Eine getrennte und zerstörungsfreie Sammlung von Elektro(nik)-Altgeräten bilde die wesentliche Grundlage für optimale Recyclingergebnisse.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte im vergangenen Herbst bundesweite Testbesuche in Fachgeschäften und Baumärkten durchgeführt und festgestellt, dass VerbraucherInnen nur ungenügend über Rückgabemöglichkeiten informiert werden. Es gibt aber auch Positivbeispiele: Anfang April hat die DUH die Initiative der Stadtwerke Hürth für verbraucherfreundliche Sammlung von kleinen Elektrogeräten in privaten Geschäften mit dem Green-Electronics-Preis ausgezeichnet. Dass die 58.000 HürtherInnen ihre Altgeräte bequem und zeitsparend in Einzelhandelsgeschäften vor Ort abgeben können, sei ein Vorbild für andere Kommunen. [jg]

- ▶ DUH, Abfallexpertin Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2400867-41, Fax -19, E-Mail: elander@duh.de, www.green-electronics.info
- ▶ www.bvse.de

Chemikalienpolitik

Bundestag verabschiedet REACH-Anpassungsgesetz

■ Am 1. Juni beginnt die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) in der EU nach der neuen Chemikalienverordnung. Der Bundestag verabschiedete deshalb im März das REACH-Anpassungsgesetz. Es regelt vor allem, welche Behörden für die neuen Aufgaben zuständig sind und wie hoch die Straf- und Bußgelder bei Verstößen ausfallen. Künftig können Bußgelder bis 200.000 Euro und Höchststrafen bis fünf Jahre Freiheitsentzug verhängt werden.

Es soll eine Bundesstelle für Chemikalien eingerichtet werden, die an der Bewertung, Einstufung und Kennzeichnung der Stoffe mitwirken soll. Übergeordnete Stelle für alle EU-Mitgliedstaaten ist die Europäische Chemikalienagentur ECHA in Helsinki. In Deutschland wird mit einem zusätzlichen Personalaufwand von rund 120 Personen gerechnet, die bei ECHA und weiteren Behörden an der Umsetzung von REACH mitwirken sollen. Das Anpassungsgesetz wird als erster Schritt gesehen, das deutsche Recht anzugleichen, weitere Anpassungen folgen im Zeitplan der REACH-Verordnung. Die Länder hatten kritisiert, dass das Anpassungsgesetz nicht sofort alle Anforderungen umsetzt.

Im Bundestag wurde das Anpassungsgesetz mit den Stimmen der Koalition beschlossen. Alle Oppositionsparteien enthielten sich. Die FDP sprach von Mittelstandsunfreundlichkeit und Bürokratie und kritisierte das Bundesinnenministerium, das neue Strafzumessungen für Terrorismusverdacht in das Gesetz eingebracht hatte. Grüne und Linke beklagten die im REACH-Verfahren selbst erfolgten Verwässerungen des Ursprungsvorschlages, die ungenügende Einbeziehung der Nanotechnologie und die geringe Reichweite der EU-Chemikalienverordnung. [jg]

- ▶ Plenarprotokoll: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16151.pdf>
- ▶ Gesetzentwurf der Bundesregierung: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/083/1608307.pdf>

Quecksilber

Exportverbot rückt näher

■ Umwelt- und Gesundheitsorganisationen haben die Entscheidung des Umweltausschusses des Europaparlaments (ENVI) für ein Quecksilber-Exportverbot begrüßt. Der Ausschuss behielt in der zweiten Lesung am 26. März weitgehend die Position aus der ersten Lesung vom vergangenen Juni bei. Danach sind neben reinem Quecksilber auch Verbindungen wie Zinnober oder Kalomel vom Exportverbot betroffen, ebenso quecksilberhaltige Produkte, die in der EU verboten sind. Dies betrifft vor allem Fieberthermometer und Elektrogeräte.

„Wir sind froh, dass der Umweltausschuss die Position aus der ersten Lesung beibehalten hat“, sagte Elena Lymeridi-Settimo von der Zero-Mercury-Kampagne des Europäischen Umweltbüros (EEB), das die Umweltverbände in Brüssel vertritt. Der EU-Umweltministerrat hatte zahlreiche Abschwächungen gefordert. Dazu sagte Lisette van Vliet von der in Brüssel aktiven Gesundheitsorganisation Health Care Without Harm: „Doppelte Standards bei gefährlichen Produkten müssen unbedingt vermieden werden. Wie können wir von anderen Ländern fordern, dass sie kein Quecksilber mehr verwenden, wenn wir hochgefährliche Produkte dorthin liefern?“ Außerdem lande Quecksilber, das irgendwo freigesetzt werde, über die Nahrung auch wieder in Europa.

In der Frage der Endlagerung von 12.000 Tonnen Quecksilber aus der Chlorproduktion, das in den nächsten Jahren entsorgt werden muss, kam der Parlamentsausschuss dem Rat entgegen. „Die Zwischenlagerung ist noch nicht vom Tisch“, meint Lymeridi-Settimo. „Langfristige Sicherheit für Menschen und Umwelt muss im Umgang mit solchen hochgiftigen Stoffen oberste Priorität sein.“ Der Umweltausschuss bevorzugt eine überirdische Zwischenlagerung, wollte aber die unterirdische Endlagerung nicht völlig ausschließen. Dabei müssten jedoch technische Fortschritte bei der Umwandlung von flüssigem Quecksilber in eine stabile Verbindung berücksichtigt werden.

Das Exportverbot der EU soll nach dem Willen des Parlaments im Dezember 2010 in Kraft treten. Damit fällt Europa von seiner internationalen Vorreiterrolle ein Stück zurück. In den USA gilt ein Exportverbot bereits ab Anfang 2010. Norwegen hatte kurzfristig Anfang 2008 einen Ausfuhrstopp in Kraft gesetzt. [fn]

- ▶ DNR, Quecksilberexperte Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de,
- ▶ EEB-Brief an Mitglieder des Umweltausschusses (engl.): www.eeb.org/Publications
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Chemikalienpolitik international

Europaparlament schludert

■ Harsche Kritik am Ergebnis der ersten Lesung des EU-Parlaments zum weltweit harmonisierten System für Klassifikation und Etikettierung von Chemikalien (GHS) hat das Europäische Umweltbüro (EEB) geübt. Im April hatte der Umweltausschuss über GHS abgestimmt und aus EEB-Sicht „die Chance verpasst, VerbraucherInnen und ArbeiterInnen vor gefährlichen Chemikalien zu schützen“. Der Parlamentsausschuss habe eine schnelle Entscheidung gewollt und dabei übersehen, wie wichtig das GHS sei. So hätten die ParlamentarierInnen zugelassen, dass krebserregende und fruchtbarkeitsschädigende Substanzen ohne gesonderte Warnung für ArbeiterInnen blieben. Zudem sei die Entscheidung inkonsequent: Die in der EU-Chemikalien-gesetzgebung vorgesehene Priorisierung langlebiger, bioakkumulativer und giftiger Wirkstoffe sei nicht aufgegriffen worden. Das EEB forderte das Parlamentsplenum auf, sich für den Schutz gefährdeter Gruppen und eine strengere Kennzeichnung einzusetzen. [jg]

- ▶ EEB, Catherine Ganzleben, Brüssel, Tel. +32(0)2 / 2891094, E-Mail: catherine.ganzleben@eeb.org, www.eeb.org
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

EU-Pestizidzulassung**Rückschritte beim Kampf gegen giftige Chemikalien**

■ Die Europäische Kommission hat im März Änderungen an ihrem Vorschlag zur Zulassung von Pestiziden abgelehnt, die das EU-Parlament in erster Lesung verlangt hatte. Das Parlament selbst hatte die Vorschläge seines Umweltausschusses noch abgeschwächt. Dieser hatte zum Beispiel ein EU-weites Reduktionsziel für die Anwendung von Pestiziden gefordert: minus 25 Prozent bis 2012 und eine Reduzierung um die Hälfte bis 2050. Dem war das Plenum nicht gefolgt.

Das EU-Parlament hatte im Oktober 2007 in der ersten Lesung dennoch weitreichende Verbesserungsvorschläge eingebracht, darunter strengere Verbotsvorschriften. Nach Meinung der Abgeordneten sollten künftig auch Wirkstoffe mit immunotoxischen und neurotoxischen Eigenschaften verboten werden. Dies lehnte die EU-Kommission nun ab und schlug vor, dass die Industrie diese Stoffe freiwillig ersetzen solle. Rund die Hälfte der Änderungsvorschläge, die die zuständige Berichterstatterin Hiltrud Breyer (Grüne) zusammengetragen hatte, fand die Kommission „inakzeptabel“.

Auch die Europäische Pflanzenschutzvereinigung ECPA lehnte von 484 Änderungsvorschlägen des Parlaments 267 ab. Besonders gegen das Verbot von Wirkstoffen mit immunotoxischen und neurotoxischen Eigenschaften läuft die Industrie Sturm. Dies habe ernste Konsequenzen für den europäischen Agrarsektor und würde bis zu 85 Prozent der Pestizidprodukte auf den Index setzen.

Im Mai soll der EU-Ministerrat seine erste Lesung über das Pestizidpaket abhalten. Dieses besteht aus einer Rahmenrichtlinie zum Einsatz von Pestiziden, einer Verordnung zum Inverkehrbringen und der thematischen Strategie zur Nutzung von Pestiziden. Beim dabei Vorgang geltenden Mitentscheidungsverfahren kann die EU-Kommission Kommentare zu den Änderungsvorschlägen des Parlaments machen. Die von der Kommission

abgelehnten Änderungen kommen dann nur durch, wenn der Rat sie einstimmig annimmt.

Die zweite Lesung des EU-Parlaments findet voraussichtlich im Herbst statt. [jg]

- ▶ PAN Germany, Susanne Smolka, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-0, www.pan-germany.org/deu/~news-729.html
- ▶ Stellungnahme der EU-Kommission: www.endeuropedaily.com/docs/80317a.pdf
- ▶ Industrieposition: www.ecpa.be (17.03.2008)
- ▶ Mitentscheidungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Biozidrichtlinie**Verbände wollen Ende gefährlicher Gifteinsätze**

■ Ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) will bei der europäischen Biozidrichtlinie einen unbedingten Vorrang von Gesundheits- und Umweltschutz durchsetzen. Die NGOs forderten im März die damit befassten bundesdeutschen Behörden, Abgeordneten und Wirtschaftsverbände auf, sich bei der Fortentwicklung der Richtlinie 98/8/EG für die Einhaltung des Biodiversitäts- und Tierschutzes einzusetzen. Außerdem müsse es mehr Transparenz und eine EU-weit verbindliche Strategie zum schrittweisen Zurückfahren des Einsatzes gefährlicher Biozidprodukte geben. Das Forderungspapier wird vom Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) sowie von Umweltverbänden unterstützt.

Die EU-Kommission will bis Ende 2008 einen Vorschlag für die Revision der europäischen Biozidgesetzgebung vorlegen. Bis dahin sollen verschiedene Interessengruppen Gelegenheit erhalten, sich in den Revisionsprozess einzubringen. [jg]

- ▶ NGO-Position: PAN Germany, Susanne Smolka, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-24, E-Mail: susanne.smolka@pan-germany.org, www.pan-germany.org (Downloads – Kernpunkte)
- ▶ Position der EU-Kommission: www.ec.europa.eu/environment/biocides/revision.htm

Flammschutzmittel**Deca-BDE ab Juli verboten**

■ Umweltverbände haben erfreut auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im April reagiert, nach der das umstrittene Flammschutzmittel Decabromdiphenylether (Deca-BDE) nun doch nicht mehr in Elektrogeräten genutzt werden darf. Die Verwendung von Deca-BDE ist in der sogenannten RoHS-Richtlinie über gefährliche Substanzen in Elektrogeräten (2002/96/EG) geregelt. Die EU-Kommission wollte für den Stoff eine Ausnahmeregelung durchsetzen. Das EU-Parlament und Dänemark hatten 2006 dagegen geklagt und bekamen nun Recht. Die Kläger verwiesen darauf, dass sichere Alternativen längst existierten und deshalb eine Ausnahmeregelung nicht gerechtfertigt sei. WWF-Chemieexpertin Ninja Reineke forderte, dass Deca-BDE nun auch in anderen Nutzungsformen verboten werden sollte. Der Stoff gilt als gefährlich, weil er in die bereits verbotenen Stoffe Octa-BDE und Penta-BDE zerfallen kann, die giftig, dauerhaft und bioakkumulativ sind. [jg]

- ▶ WWF, Ninja Reineke, Brüssel, Tel. +32(0)2 / 7400926, E-Mail: nreineke@wwfepo.org
- ▶ EuGH: www.curia.europa.eu (Urteil C-14/06)

Industrierverschmutzung**Neues Gesetz auf dem Weg**

■ Anfang April hat der Umweltausschuss im EU-Parlament zum ersten Mal über den Vorschlag der EU-Kommission über die Revision der IVU-Richtlinie debattiert. Die IVU-Richtlinie über integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung soll künftig sieben Einzelrichtlinien zu Industrieemissionen zusammenfassen. Nach Kommissionsangaben betrifft die Regelung etwa 52.000 Industriestandorte in der EU. Berichterstatter ist der FDP-Abgeordnete Holger Kraemer. Er sprach sich für die verbindlichere Gültigkeit der Nutzung der besten verfügbaren Technik (BAT) in Industrieanlagen aus. „In Deutschland ist das

Konzept der besten verfügbaren Technik längst Standard. Und das wird in Zukunft in der ganzen EU Pflicht. Uralte Filter und Produktionsmethoden müssen durch neue ersetzt werden“, sagte Krahmer. Die überarbeitete IVU-Richtlinie soll noch 2008 beschlossen werden und spätestens 2012 verbindlich in allen EU-Staaten gelten. Am 5. Mai soll der fertige Bericht von Krahmer vorliegen, Änderungsanträge sollen bis 11. Juni eingereicht sein. Voraussichtlich in der Sitzung vom 8. bis 10. September soll der Umweltausschuss in erster Lesung abstimmen. [jg]

- ▶ MdEP Holger Krahmer (FDP), Brüssel, +32 (0)2 / 2284-5344, E-Mail: info@holger-krahmer.de
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Feinstaub

Klarheit beim EU-Gesetz für saubere Luft

■ Die Europäische Kommission hat die Annahme der Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa gelobt. Die neue Richtlinie, die am 14. April verabschiedet wurde, entspreche weitgehend dem Kommissionsvorschlag aus dem Jahr 2005. Unter anderem wurden darin verbindliche Normen für kleine Feinstaubpartikel (PM_{2,5}) festgelegt.

Zudem wurden vier Richtlinien und eine Entscheidung des Rates in einer einzigen Richtlinie über Luftqualität zusammengefasst. Diese enthält Zielvorgaben und Fristen für die Reduzierung von Kleinstpartikeln, die zusammen mit den größeren Partikeln (PM₁₀) zu den gefährlichsten Schadstoffen für die menschliche Gesundheit zählen.

Im Rahmen der Richtlinie sollen die Mitgliedstaaten die PM_{2,5}-Belastung in städtischen Gebieten bis 2020 gegenüber den 2010 gemessenen Werten um durchschnittlich 20 Prozent senken. Bis 2015 solle erreicht werden, dass die Konzentration in diesen Gebieten den Wert von 20 Mikrogramm pro Kubikmeter nicht mehr

überschreitet. Die Mitgliedstaaten müssen einen PM_{2,5}-Grenzwert von 25 Mikrogramm einhalten, der verbindlich ab 2015 vorgeschrieben ist, möglichst aber bereits ab 2010 erreicht werden soll.

Die neue Richtlinie über Luftqualität gehört nach Angaben der Kommission zu den wichtigsten Maßnahmen im Rahmen der thematischen Strategie gegen die Luftverschmutzung von 2005, die von ihr im September 2005 angenommen wurde. In der Strategie sind Ziele für den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt bis 2020 festgelegt.

Die Richtlinie wird im Mai 2008 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. [mbu]

- ▶ Richtlinie: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st03/st03696.de07.pdf>

der Verlust ihrer Lebensgrundlage, sodass sie in ihren elementaren Rechten betroffen sein werden.

Ähnlich äußerte sich die Vizedirektorin des UN-Entwicklungsprogramms, Cecilia Ugaz, auf einer internationalen Tagung über Armut und Menschenrechte in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Berlin. In den Industriestaaten habe die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Naturkatastrophe zu werden, in den letzten Jahren bei 1 zu 1.500 gelegen, während das Verhältnis in Entwicklungsländern 1 zu 19 betrug. [mv]

- ▶ UN-Menschenrechtsrat: www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil
- ▶ Bericht des UN-Entwicklungsprogramms 2007/2008: Den Klimawandel bekämpfen. Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt www.kurzlink.de/dgyn

KLIMA & ENERGIE

UN-Resolution

Klimawandel bedroht Menschenrechte

■ Mit Verabschiedung einer Resolution des UN-Menschenrechtsrats ist der Klimawandel ab sofort auch offiziell eine Frage der Menschenrechte. In dem Papier fordert der Rat das die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte auf, in Konsultation mit Regierungen und dem Weltklimarat IPCC eine detaillierte Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschenrechte zu erstellen. Die Studie soll bei der nächsten Weltklimakonferenz in die Verhandlungen einfließen.

Der Menschenrechtsrat beruft sich auf IPCC-Befunde, wonach besonders für Entwicklungsländer Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen als Folgen des Klimawandels vorausgesagt werden. Gerade für die Bevölkerung armer Länder stellt die Erderwärmung schon jetzt eine besondere Bedrohung dar, obwohl sie am wenigsten zu dieser Entwicklung beigetragen hat. Millionen von Menschen droht

Klimaverhandlungen

Flexible Mechanismen sollen bleiben

■ Auf einem Treffen Anfang April im thailändischen Bangkok einigten sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonferenz auf einen Zeitplan für die Verhandlungen bis Dezember 2009. Dann soll in Kopenhagen ein Abkommen für die Zeit nach 2012, wenn die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ausläuft, erzielt werden. Bis dahin müssen noch viele Streitfragen in den Verhandlungsfeldern Emissionsminderung, Finanzierung, Anpassung und Technologietransfer geklärt werden. Dafür finden in diesem Jahr noch drei weitere Treffen in Bonn, Ghana und im polnischen Poznan statt.

In Bangkok einigten sich die Regierungsvertreter darauf, an den Kernelementen des Kyoto-Protokolls – Emissionshandel, Clean Development Mechanism und Joint Implementation – auch in Zukunft festzuhalten. Für Streit sorgte dagegen die Frage, welcher Art die Emissionsminderungsziele in Zukunft sein sollen. Japan hatte vorgeschlagen, länderübergreifende

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

Klimawandel

Gerechtigkeit im Treibhaus



Der Wandel des Klimas trifft vor allem die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben: in Bangladesch, in der Sahel-Zone oder in den ländlichen Regionen Zentralchinas.

Die *politische ökologie* 106/107 beschreibt wer Täter, Opfer und Profiteure im Treibhaus Erde sind. Und sie zeigt, dass konsequenter Klimaschutz ein Sprungbrett für mehr Gerechtigkeit in der Welt sein kann.

_Wie ist der Boom der Bioenergien zu bewerten?

_Was taugt der Emissionshandel?

_Wie lässt sich Klimaschutz gerecht gestalten?

Mit Beiträgen von S. Rahmstorf, H. J. Schellhuber, J. Trittin, G. Alber, H. Ott, K. Töpfer, E. Altvater, R. Fücks u. v. m.



Stillen Sie Ihre Neugier!

_Fordern Sie Heft 106/107 an!
 _19,90 EUR (inkl. Versand)/31,80 CHF
 _ISBN 978-3-86581-074-8
 _oekom verlag
 _Fax +49/(0)81 91/970 00-103
 _www.oekom.de

neugier@oekom.de

Ziele für die unterschiedlichen Industriezweige anstelle von Obergrenzen für einzelne Staaten zu vereinbaren – und stieß damit auf sehr geteiltes Echo. Besonders Umweltschutzorganisationen lehnten die Initiative ab, da sie auf Kosten der Entwicklungsländer gehe und somit das Vertrauen in den Verhandlungsprozess schwäche. Der WWF zeigte sich aber insgesamt mit den Ergebnissen von Bangkok zufrieden. Viele Staaten hätten sich pro-aktiv in die Verhandlungen eingebracht. [ms]

► UN-Klimasekretariat: www.unfccc.int

Fonds für Klimaschutz

Ungeliebtes Weltbankgeld

■ Die Weltbank will fünf bis zehn Milliarden US-Dollar investieren, um vorwiegend Entwicklungsländer bei der Minderung ihrer Emissionen und der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die Ankündigung der Weltbank während der Klimakonferenz in Bangkok, einen milliardenschweren Fonds für entsprechende Investitionen ins Leben zu rufen, stieß jedoch auf wenig Begeisterung bei der Staatengruppe der Entwicklungsländer – G77 und China – sowie den Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Das Third World Network, ein Zusammenschluss zahlreicher NGOs aus Asien, Afrika und Lateinamerika, kritisierte, das Vorhaben spiele einem von den USA initiierten Parallelprozess in die Hände. Da der Fonds vorwiegend klimafreundliche Technologien fördere, nehme er die Entscheidungen der UN-Verhandlungen über Art und Weise des Technologietransfers vorweg. Auch seien die Entwicklungsländer in den Gremien der Weltbank nur unzureichend vertreten, weshalb die Bank die falsche Institution sei, um über solche Fragen zu entscheiden, heißt es in einem offenen Brief zahlreicher NGOs. [ms]

- Weltbank-Vorschlag für einen Klimafonds: www.kurzlink.de/wb-klimafonds
- Stellungnahme des Third World Networks: www.twinside.org.sg/bangkok.briefings.htm

Emissionshandel I

Europas Emissionen steigen

■ Die Emissionen der vom EU-Emissionshandelsystem (EU-ETS) erfassten Industrieanlagen sind 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Prozent gestiegen. Das ergeben erste Analysen von Point Carbon, einem Beratungsunternehmen für die Kohlebranche, deren Schätzungen auf jüngst veröffentlichten Daten von mehr als 10.000 großen Industrieanlagen beruhen.

Zurückzuführen ist der Anstieg insbesondere auf die freigiebige Verteilung von Emissionszertifikaten mit der Folge, dass der Preis für eine Tonne CO₂ bei kaum mehr als null Euro liegt. Für die zweite Phase des EU-Emissionshandelssystems 2008 bis 2012 hat die EU-Kommission die Emissionszertifikate um zehn Prozent gekürzt. Doch wird ein Preisanstieg, der ausreicht, Investitionen in CO₂-arme Technologien zu lenken, erst ab 2013 mit Beginn der dritten Phase des EU-ETS erwartet. Es bleibt zweifelhaft, ob die EU ihre Klimaschutzziele so erreichen kann. Dennoch erwägt Brüssel derzeit, nicht zuletzt aufgrund von Forderungen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Frühjahrsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs, auch den energieintensiven Schwerindustrien wie der Stahl- und Zementindustrie kostenlose Zertifikate zuzuteilen. [mv]

► www.pointcarbon.com

Emissionshandel II

Goldgrube für Stromversorger

■ Die europäischen Stromversorger können in der zweiten Phase des Emissionshandels in den Jahren 2008 bis 2012 zusätzliche Gewinne in Höhe von 14 bis 34 Milliarden Euro erzielen. Das geht aus einer Studie hervor, die das Forschungsinstitut Point Carbon im Auftrag des WWF erstellt hat. Der Grund dafür ist das Vergebungsverfahren für die Emissionszertifikate. Obwohl die Unternehmen die Zertifikate größtenteils kostenlos erhalten, würden sie

die fiktiven Mehrkosten dennoch an die Kunden weitergeben und so entsprechende Mitnahmeeffekte erzielen, vermuten die Forscher. Denselben Effekt hatte es bereits in der zurückliegenden Handelsperiode gegeben.

Der Dachverband der europäischen Stromversorger Eurelectric wies den Vorwurf zurück. Die Unternehmen müssten zu den kostenlosen Zertifikaten weitere hinzukaufen. Für den Zeitraum 2013 bis 2020 hat die EU-Kommission vorgeschlagen, die Zertifikate für den Stromsektor vollständig zu versteigern. Point Carbon sieht dies als wesentlichen Schritt zu einem funktionierenden Emissionshandel an. Offiziell spricht sich auch Eurelectric nicht dagegen aus, gleichwohl üben einige Unternehmen und Politiker offenbar starken Druck auf die EU-Kommission aus, von ihrem Vorschlag abzusehen. [ms]

- ▶ www.wwf.de/presse/details/news/stromversorger_kassieren_milliarden
- ▶ www.pointcarbon.com

Emissionshandel III

CO₂-Zertifikate für Airlines

■ Die EU-Staaten haben die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Europäischen Emissionshandel (ETS) offiziell bestätigt. Damit geht die Position des Ministerrats dem EU-Parlament für die zweite Lesung zu. Das Parlament wird voraussichtlich erst nach der Sommerpause abstimmen.

Der Rat will ab 2012 alle Flüge mit Start oder Landung in der EU in den Emissionshandel einbeziehen. Sie sollen Emissionsrechte in Höhe der Durchschnittswerte der Jahre 2004 bis 2006 erhalten. Zunächst sollen zehn Prozent der Zertifikate versteigert werden, der Anteil würde sich aber mit einer höheren Versteigerungsrate im allgemeinen ETS erhöhen. Eine stärkere Gewichtung der Flugzeugemissionen wegen ihrer größeren Klimaschädlichkeit in 10.000 Meter Höhe lehnten die Minister ebenso ab wie Vorschriften für Einsparungen der Fluglinien durch eigene Leistungen. Theoretisch könnten die Airlines also

sämtliche Zertifikate hinzukaufen.

Das EU-Parlament hatte in erster Lesung in fast allen Details striktere Maßnahmen gefordert. Es wollte 25 Prozent der Zertifikate versteigern, ein Jahr früher beginnen und die Emissionen mit dem Faktor zwei gewichten. Eine Einigung dürfte daher schwierig werden. Rat und Parlament haben im Mitentscheidungsverfahren gleiche Rechte. [ms]

- ▶ Position des Ministerrats vom 18.04.2008: www.kurzlink.de/eu-ets-aviation.pdf
- ▶ Verfahren: www.kurzlink.de/mitentscheidung

Unterirdische CO₂-Speicherung

Schleswig-Holstein „optimal“ für CCS-Projekte

■ Der Energiekonzern RWE Dea AG hat gemeinsam mit der Landesregierung ein Projekt zur CO₂-Abscheidung und unterirdischen Speicherung (CCS) in Schleswig-Holstein gestartet. An drei Stellen in Ostholstein, Nordfriesland und an der Nordseeküste sollen die Voraussetzungen für eine unterirdische CO₂-Einlagerung überprüft werden.

Dabei dürfte es allerdings eher um das „Wie“ und nicht so sehr um das „Ob“ gehen. Denn geologische Voruntersuchungen, die RWE Dea bei der Universität Kiel und dem Leibniz-Institut für Meereswissenschaften IFM-Geomar in Auftrag gegeben hatte, ergaben bereits, dass sich die norddeutsche Tiefebene „optimal“ für CCS-Projekte eigne. Denn dort gebe es Salzwasser führende Gesteinsschichten, die eine Voraussetzung für eine dauerhafte Einlagerung von CO₂ seien.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung erhofft sich durch die CCS-Projekte eine Neutralisierung ihrer Emissionen aus den Kohlekraftwerken und zusätzliche Einnahmen durch die Vergabe der Konzessionen. [ms]

- ▶ Informationszentrum klimafreundliches Kohlekraftwerk: Newsletter 03/2008, www.iz-klima.de (Aktuelles)

Biokraftstoffe I

Biospritverordnung auf Eis

■ Die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel für 2009 geplante Biokraftstoffverordnung, die eine Beimischungsquote von zehn statt derzeit fünf Prozent Bioethanol im Benzin vorsah, ist gescheitert. „Die Umweltpolitik wird nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dass Millionen von Autofahrern an die teuren Super-Plus-Zapfsäulen getrieben werden.“ So begründete der Minister seine Entscheidung, nachdem der Verband der internationalen Kraftfahrzeughersteller errechnet hatte, dass etwa drei Millionen Importfahrzeuge den Biokraftstoff nicht vertragen. Das Bundesumweltministerium hatte den wesentlich niedrigeren Zahlen des Verbands der Automobilindustrie vertraut.

Mit der Verordnung wollte die Regierung den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor senken und damit einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten. Dabei hatten Umwelt- und Entwicklungsverbände schon frühzeitig auf die negativen ökologischen und sozialen Folgen hingewiesen. So führe die Ausweitung der Anbauflächen für Energiepflanzen zur Abholzung von Regenwäldern. Zudem konkurrierten die Anbauflächen für Biosprit mit der Nahrungsmittelproduktion.

Die weitere Entwicklung ist offen, denn die EU plant weiterhin eine Beimischungsquote von zehn Prozent und auch das Bundesumweltministerium hält grundsätzlich an dem Langzeitziel fest, bis 2020 einen Anteil von 12 bis 15 Prozent Biokraftstoff zu erreichen.

Die Verbände fordern dagegen die wesentlich effizientere und umweltverträglichere Nutzung von Biomasse für die Strom- und Wärmeerzeugung. Die Automobilhersteller sollen zum Klimaschutz beitragen, indem die Regierung bis 2012 einen CO₂-Grenzwert von durchschnittlich 120 Gramm pro Kilometer bei Neuwagen einführt. [mv]

- ▶ www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/41119.php
- ▶ Reaktionen: www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=11678

Biokraftstoffe II

Umweltminister wollen (etwas) schärfere Kriterien

■ Die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten werden die Vorschläge der EU-Kommission für Nachhaltigkeitskriterien für die Beimischung von Biokraftstoffen voraussichtlich leicht verschärfen. Das geht aus Dokumenten des Ausschusses der Ständigen Vertreter hervor. Über die konkrete Ausgestaltung der Kriterien zeichnet sich im Umweltministerrat aber noch kein Konsens ab.

Wesentlicher Streitpunkt ist die Höhe der Treibhausgaseinsparungen, die Biokraftstoffe erbringen müssen, um zugelassen zu werden. Die Kommission hatte eine 35-prozentige Einsparung vorgeschlagen. Dagegen empfiehlt eine Arbeitsgruppe des Rates, ein zweistufiges Verfahren einzuführen. Bis 2015 sollen demnach 35 Prozent gelten, anschließend wären 50 Prozent vorgeschrieben.

Einige Mitgliedstaaten halten diesen Vorschlag – ebenso wie der Umweltausschuss des EU-Parlaments und die meisten Umweltverbände – für noch immer viel zu schwach. Andere wollen dagegen möglichst geringe Vorschriften, um den sich entwickelnden Markt für Biokraftstoffe nicht zu behindern.

Die Kommission hatte in ihrem Richtlinienvorschlag zur Förderung der erneuerbaren Energien angeregt, nur solche Biokraftstoffe auf das Ziel von 10 Prozent Beimischung bis 2020 anzurechnen, die bestimmten Kriterien entsprechen. Danach wären auch Biokraftstoffe unzulässig, deren Rohstoffe von Flächen stammen,

- ▶ die im Januar 2008 den Status eines unberührten Waldes hatten, für Naturschutzzwecke ausgewiesen waren oder als Grünland mit großer Biodiversität galten;
- ▶ die im Januar 2008 Feuchtgebiete oder bewaldete Gebiete waren und dies heute nicht mehr sind;
- ▶ die landwirtschaftlich genutzt werden und nicht den Anforderungen der Verordnung EG 1782/2003 für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand entsprechen.

Umweltorganisationen wie Friends of the Earth, Birdlife und das Europäische Umweltbüro halten das verpflichtende Ziel von 10 Prozent Biokraftstoffen bis 2020 für grundlegend falsch. Die Verwendung von Biomasse im Verkehrsbereich sei die ineffizienteste aller Möglichkeiten. Die vorhandene Biomasse solle ausschließlich zur Strom- und Wärmeerzeugung verwendet werden. [ms]

- ▶ www.foeeurope.org/agrofuels

Atommüll

Schweizer suchen Endlager

■ In der Schweiz hat die Suche nach einem Atommüllendlager begonnen. Der vom Bundesrat veröffentlichte „Sachplan geologische Tiefenlager“ sieht ein dreistufiges Verfahren vor: 1. Antragstellung durch die Kraftwerksbetreiber, 2. Bewertung potenzieller Standorte durch die Behörden, 3. Entscheidung durch den Bundesrat.

Die Energiestiftung Schweiz kritisierte den Plan als unehrlich. Die wichtigsten Fragen – Sicherheit und Finanzierung – würden in die dritte Phase vertagt, um den Bau weiterer Atomkraftwerke nicht zu gefährden. In der Schweiz laufen fünf AKW, die mit 3,2 Gigawatt Gesamtleistung knapp 40 Prozent des Stroms produzieren. [ms]

- ▶ www.bfe.admin.ch/kernenergie
- ▶ www.energiestiftung.ch

Energieversorgung

Die Mär von der Stromlücke

■ Deutschland kann an den Plänen zum Atomausstieg festhalten, ohne dass Schwierigkeiten bei der Stromversorgung auftreten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Umweltbundesamtes. Voraussetzung sei

Nachhaltigkeit

A-Z



J wie Jenseits des Marktes

Was brauchen Menschen zum Leben? 28 verblüffende und nachdenkliche Antworten finden Sie in diesem Buch. Es erzählt von Männern und Frauen, die Zufriedenheit und Glück jenseits von Konsum und Markt gefunden haben: im Engagement für den Nächsten, in der Sorge um die Umwelt und die Gemeinschaft. Porträts voller Leidenschaft und Liebe zum Leben, die Mut machen und zum Nachahmen einladen!

A. Baier, C. Müller, K. Werner
Wovon Menschen leben
 Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes
 oekom verlag, München 2007, 298 Seiten, 24,90 EUR, ISBN 978-3-86581-075-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

allerdings, dass die Bundesregierung ihre klimapolitischen Maßnahmen wie geplant durchführe, also den Stromverbrauch bis 2020 um elf Prozent senke, die Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent ausbaue und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 30 Prozent erhöhe. Ein Neubau von Kohlekraftwerken sei – über die bereits im Bau befindlichen Werke hinaus – dann nicht notwendig.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bezichtigte die Energiekonzerne eines „strategischen Kalküls“. Eon, ENBW, RWE und Vattenfall versuchten gezielt eine Stromlücke herbeizureden, indem etwa Kraftwerkslaufzeiten zu niedrig angesetzt würden, um somit den Bau neuer Kohlekraftwerke zu begründen. [ms]

- Studie „Atomausstieg und Versorgungssicherheit“: www.uba.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Handelskrieg

Hormonfleisch für Europa

■ Die EU-Einfuhrverbote für hormonbehandeltes Fleisch verstoßen gegen die Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO). Das hat das WTO-Schiedsgericht im April bekannt gegeben. Seit Jahrzehnten wehrt sich die EU gegen die Einfuhr von hormonbehandeltem Rindfleisch aus den USA und Kanada. 1999 hatten beide Länder Handelssanktionen gegen europäische Produkte verhängt – aus Sicht der EU eine Reaktion auf das Verbot der Einfuhr von Rindfleisch, dem Wachstumshormone zugesetzt wurden. Für die EU sind die Sanktionen nicht länger gerechtfertigt, weil sie Auflagen der WTO aus einem früheren Schiedsspruch erfüllt habe. Deshalb verklagte Brüssel im Jahr 2005 beide Staaten vor der WTO. Aus formaljuristischen Gründen hat die Entscheidung der WTO aber noch keine unmittelbare Auswirkung auf den Handel mit hormonbelastetem Rindfleisch. Die österreichische Umwelt-

organisation Global 2000 kritisierte den WTO-Entscheid. „Es ist ein Skandal, dass die WTO uns zwingen will, Fleisch auf den europäischen Markt zu lassen, das gesundheitsschädigend sein kann“, sagte ein Sprecher. Der wissenschaftliche EU-Ausschuss für Veterinärmaßnahmen bewertet das Hormon Östradiol 17β, das sich im US-Rindfleisch befindet, als möglicherweise krebserregend. [mbu]

- Global 2000, Wien, Tel. +43 (0)1/81257-30, Fax -28, E-Mail: office@gobal2000.at, www.global2000.at

Produktsicherheit

Mehr gefährliches Spielzeug

■ In der EU sind im vergangenen Jahr weit mehr gefährliche Spielwaren auf den Markt gekommen als 2006. Das sagte eine Sprecherin der EU-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva im April in Brüssel. Nach Presseberichten bemängelten die Aufsichtsbehörden bis Ende 2007 über 400 Spielwaren, 85 Prozent mehr als im Jahr davor. Die Sprecherin bestätigte, dass es bei Spielzeug am häufigsten Beanstandungen gebe. Die meisten Mängelprodukte kämen aus China, wo rund drei Viertel aller in der EU verkauften Spielzeuge hergestellt werden. Oft seien sie zu stark mit Chemikalien belastet gewesen. [mbu]

- EU-Kommission, Verbraucherschutzpolitik, Brüssel, www.ec.europa.eu/consumers/index_de.htm

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Agrarsubventionen I

Länder müssen zurückzahlen

■ Die Europäische Kommission will EU-Agrarzuschüsse in Höhe von 83 Millionen Euro zurückverlangen, die von einigen Mitgliedstaaten vorschriftswidrig verwendet wurden. Das Geld müsse zurückgezahlt werden, weil die Länder gegen EU-Vor-

schriften verstoßen oder den Einsatz der Subventionen nicht ausreichend kontrolliert hätten, erklärte die Kommission im April in Brüssel.

Für die Auszahlung der Agrarsubventionen und die Prüfung, wofür diese ausgegeben wurden, sind die Mitgliedstaaten zuständig. Die Kommission muss sich dann vergewissern, dass die Mitgliedstaaten die Mittel vorschriftsmäßig verwendet haben. Die Daten werden dem Europäischen Rechnungshof vorgelegt, denn die Agrarzuschüsse werden aus Steuermitteln finanziert.

Den höchsten Betrag muss Spanien zurückzahlen, nämlich fast 55 Millionen Euro, weil dort 2003 und 2004 rechtswidrig Rebflächen angepflanzt wurden. Von Frankreich fordert die EU die zweithöchste Summe von elf Millionen Euro zurück: Dort wurden Anerkennungskriterien für Erzeugerorganisationen im Obst- und Gemüsektor nicht eingehalten und Einzelproduzenten zu wenig unterstützt. Auch von Tschechien, Dänemark, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und Portugal werden EU-Gelder wieder eingezogen. [mbu]

- Hintergrund: EU-Agrarhaushalt (PDF, 570 kB) www.ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf

Agrarsubventionen II

Ostdeutsche Bauern sollen umweltfreundlicher arbeiten

■ Die Landwirtschaftsminister von Bund und Ländern haben im April in Grimma (Sachsen) über die geplante Kürzung von EU-Beihilfen diskutiert. Dabei ging es vor allem um die Folgen für ostdeutsche Bauern. Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) hatte Widerstand gegen die Pläne der EU-Kommission angekündigt, direkte Beihilfen für Bauern deutlich zu kürzen und die Mittel für die Entwicklung ländlicher Regionen umzulenken. Davon wären vor allem die großen Agrarbetriebe in Ostdeutschland betroffen. Außerdem ►

ging es bei dem Treffen um Maßnahmen für Milchbauern wegen des vorgesehen Endes der EU-weiten Milchquotenregelung im Jahr 2015.

Umwelt- und Ökolandbauverbände appellierten an die Minister, ihre Blockadepolitik aufzugeben. Die bisherige Subventionspolitik sei nicht nur ungerecht, sie bringe auch so gut wie nichts für Umwelt- und Naturschutz, sagte Tanja Dräger de Teran vom WWF Deutschland. Bauernhöfe, die sogenannte Betriebsprämien erhielten, müssten eigentlich gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringen, die sich nicht auf die Preise umlegen lassen, zum Beispiel die Pflege von Kulturlandschaften mit hohen ökologischen Ansprüchen. Doch die Praxis sehe oft anders aus. Außerdem müssten die Zahlungen erst einmal offengelegt werden, bevor man nachvollziehen könne, ob auch Gegenleistungen erbracht würden, fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Gemeinsam mit mehr als 30 weiteren Nichtregierungsorganisationen plädiert die AbL deshalb seit Langem für mehr Transparenz bei den Agrarsubventionen. [mbu]

- ▶ AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ WWF, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 308742-13, E-Mail: draeger@wwf.de, www.wwf.de
- ▶ www.wer-profitiert.de

EU-Agrarreform

Minister gegen Umweltregeln

■ Die EU-Agrarminister haben im März Schlussfolgerungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verabschiedet und dabei ihre Ablehnung gegenüber einer Verknüpfung der Agrarsubventionen mit Umweltschutzpraktiken oder dem Wassermanagement signalisiert. Zunächst müssten die Risiken und Vorteile einer weiteren Entkopplung der Direktzahlungen „sorgfältig geprüft“ werden. So wurde beschlossen, dass die Mitgliedstaaten ihren Umgang mit Direktzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe entweder beibehalten oder bis 2013 anpassen können. Die bisherige Cross-Compliance-Regelung, die Zahlungen an das Einhalten bestimmter Umwelt- und Tierschutzstandards bindet, bleibt dennoch weiter Kernstück der GAP. Der WWF hatte zuvor kritisiert, Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer wolle die Höhe und ungleiche Verteilung der Agrarsubventionen unangetastet lassen und kämpfe gegen weitergehende Umweltstandards. [jg]

- ▶ Schlussdokument des Agrarministerrats: www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/99475.pdf
- ▶ WWF Deutschland, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 308742-13, www.wwf.de

Transparenzinitiative

Subventionsempfänger werden öffentlich

■ Bis April 2009 müssen die EU-Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass die vollständigen Namen und Wohnorte der Empfänger von EU-Agrarbeihilfen veröffentlicht werden. Diese Informationen müssen dann zwei Jahre lang verfügbar sein. Das regelt eine Verordnung im Rahmen der Transparenzinitiative der EU-Kommission, die im März veröffentlicht wurde.

Eine umfangreiche Suchfunktion soll der Öffentlichkeit ermöglichen zu erfahren, wie viel Geld ein Unternehmen erhalten hat. Die Beträge werden in Direktzahlungen und andere Fördermaßnahmen aufgeschlüsselt. Bei Geldern für die Entwicklung des ländlichen Raums, die von den Regierungen kofinanziert wird, werden auch die nationalen Zuschüsse angegeben. Die Informationen müssen jährlich bis Ende April für das Vorjahr bereitgestellt werden. Mehrere Mitgliedstaaten veröffentlichen bereits Angaben zu den Empfängern von EU-Agrarhaushaltsmitteln. Deutschland und Österreich gehören nicht dazu. [jg]

- ▶ EU-Kommission, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, www.ec.europa.eu/agriculture
- ▶ www.wer-profitiert.de

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie soziales Engagement

Acht Monate lang reisten Jan, Tim und Matti durch Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie trafen 33 »Sozialunternehmer« – Menschen, die nicht tatenlos zusehen, wenn etwas schief läuft, sondern auf eigene Faust gesellschaftliche Probleme bekämpfen. Die drei Studenten porträtieren diese »Sozialunternehmer« und ihre Projekte und geben konkrete Tipps, wie andere junge Menschen aktiv werden können.

J. Holzapfel, T. Lehmann, M. Spiecker
Expedition Welt
 Vom Abenteuer, sich zu engagieren
 oekom verlag, München 2008, 304 Seiten, 16,90 EUR
 ISBN 978-3-86581-089-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

Die guten Seiten der Zukunft

 **oekom**
verlag

Genetechnik-Haftung**Sieg für Monsanto-Gegner**

■ Im Rechtsstreit zwischen dem kanadischen Farmer Percy Schmeiser und dem US-Genetechnikkonzern Monsanto hat der Landwirt einen wichtigen Erfolg erzielt. Nach Angaben beider Parteien übernahm das Unternehmen in einer außergerichtlichen Einigung Ende März die Verantwortung für die Kontamination der Felder Schmeisers mit Genraps und ersetzte den entstandenen Schaden. Das Besondere gegenüber früheren Fällen: Schmeiser musste sich nicht verpflichten öffentliche Kritik an Monsanto zu unterlassen.

Der Fall Schmeiser wurde weltweit publik, nachdem Monsanto den Farmer 1998 beschuldigt hatte, auf seinen Feldern genveränderten Raps anzubauen, ohne Lizenzgebühren dafür zu zahlen. Schmeiser sagte, er habe niemals Monsanto-Raps gesät. Stattdessen seien seine Felder durch Pollenflug von den Nachbaräckern verunreinigt worden. Schmeiser zufolge wendet Monsanto dieses Vorgehen systematisch an, um sein Gentech-Saatgut durchzusetzen und Kritiker einzuschüchtern.

2004 hatte der Oberste Gerichtshof Kanadas entschieden, dass Monsanto's Patent rechtmäßig und der Konzern damit Eigentümer von Schmeisers Ernte sei. Nach einer erneuten Kontamination von Schmeisers Feldern im Jahr 2005 wollte Monsanto verhindern, dass dies in der Öffentlichkeit bekannt wird. Aber der Landwirt reichte Klage ein. Kurz bevor im März die Gerichtsverhandlung beginnen sollte, stimmte Monsanto nun der Schadenersatzzahlung zu. Schmeiser, der für seinen Kampf gegen Gentechnik 2007 den „Alternativen Nobelpreis“ erhielt, spricht von einem Präzedenzfall: „Das Eingeständnis Monsanto's, für die Kontamination benachbarter Felder verantwortlich zu sein, öffnet Bauern auf der ganzen Welt nun den Weg für Schadenersatzforderungen an Monsanto.“ In Deutschland haften für Verunreinigungen allerdings nicht die Hersteller des Saatguts, sondern die Landwirte, von deren Feldern genmanipulierte Pflanzen kommen. [mbu]

► www.percy-schmeiser-on-tour.org

Genpflanzen-Zulassung I**Genkartoffeln dürfen ins Freie**

■ Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat Ende März dem Chemiekonzern BASF die Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln erlaubt. Unter Sicherheitsauflagen wurden Freilandversuche auf Flächen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt genehmigt. Bis 2012 dürfen pro Standort und Jahr 45.000 Versuchspflanzen ausgebracht werden.

Bereits im vergangenen Jahr wurden genmanipulierte Kartoffeln zu Versuchszwecken angebaut. Die Sicherheitsauflagen wurden aber offenbar nicht überall erfüllt. So sammelten Gentechnikkritiker Ende 2007 mindestens zehn Kilogramm der BASF-Genkartoffel Amflora von Äckern in Mecklenburg-Vorpommern ein. Die Knollen lagen nach der Ernte an zwei Standorten herum und konnten auch von Wildschweinen verzehrt werden.

Aber auch nicht alle Menschen würden sich von den Warnschildern „Versuchspflanzen – nicht zum Verzehr oder zur Verfütterung geeignet“ abhalten lassen, befürchtet der Gentechnikexperte des BUND Mecklenburg-Vorpommern Burkhard Roloff. Sein Landesverband erhob Anfang des Jahres Dienstaufsichtsbeschwerde gegen das Gesundheitsministerium in Schwerin: Das Ministerium kontrolliere nicht, ob die BASF die übrig gebliebenen Genkartoffeln wieder einsammele.

Auch in der EU ist die Amflora-Knolle umstritten. Die EU-Kommission verschob Mitte März die Entscheidung über die kommerzielle Zulassung. Die Bedenken sind groß, weil Amflora gegen Antibiotika resistent ist. Die Verbreitung von Resistenzgenen könnte die Wirksamkeit von Medikamenten beeinträchtigen. Solche Genkonstrukte dürfen nach EU-Recht seit 2004 nicht mehr genehmigt werden.

[mbu]

- BUND Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, Tel. +49 (0)385 / 565470, www.bund.net/mv
- BVL, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1844400-200, www.bvl.bund.de
- www.keine-gentechnik.de

Genpflanzen-Zulassung II**Süße Gen-Gefahr**

■ Grünes Licht für genmanipulierte Zuckerrüben hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im März gegeben. Die Firma Planeta darf in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bis zu 72.000 Rüben jährlich pro Standort pflanzen. Die Genehmigung ist mit Sicherheitsauflagen verknüpft und gilt bis 2011.

Die Genrüben enthalten ein Toleranzgen gegen das Herbizid Roundup, speziell dessen Wirkstoff Glyphosat. Vor allem weil Roundup, ein Produkt von Monsanto, hochgiftig ist, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Anbaugenehmigung. Das Pestizid gefährde Amphibien und das Grundwasser. Außerdem hätten Ackerunkräuter in den USA, Kanada und Argentinien sehr schnell Resistenzen gegen Roundup gebildet. Die Folgen sind laut AbL ein steigender Pestizideinsatz und noch mehr Roundup auf den Feldern. Deshalb dürften Roundup-resistente Genpflanzen nicht auf europäische Äcker kommen.

Zudem sei das Auskreuzungs- und Kontaminationspotenzial der Zuckerrübe sehr hoch, sagte Annemarie Volling, Koordinatorin der gentechnikfreien Regionen in Deutschland. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen kommt die Zuckerrübe hier gleich hinter Raps, der als nicht koexistenzfähig gilt. [mbu]

- BVL, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 1844400-200, www.bvl.bund.de
- AbL, Hamm, Tel. +49 (0)2381 / 9053170, E-Mail: info@abl-ev.de, www.abl-ev.de

Koexistenz**Gensaat überlebt jahrelang**

■ Mindestens zehn Jahre können Samen mancher gentechnisch veränderter Pflanzen im Boden überdauern. Das haben ForscherInnen der schwedischen Lund-Universität und der TU Dänemark herausgefunden. Sie untersuchten ein Feld, auf

dem die Gentechnikfirma Plant Genetic Systems 1995 in Schweden zu Versuchszwecken verschiedene genmanipulierte Rapsorten angebaut hatte.

Ein zusätzliches Gen machte die Pflanzen resistent gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat. Um eine Kontamination von herkömmlichen Pflanzen zu vermeiden, wurden schon bei der Ernte im Herbst 2005 intensive Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Jahr für Jahr wurde gepflügt, Weizen oder Gerste angebaut und jede Rapspflanze ausgerupft. Und obwohl versucht wurde, die Gentech-Saat mit Herbiziden komplett von dem Feld zu entfernen, fand sich noch zehn Jahre später Raps, der gegen Glufosinat resistent ist.

„Wer jetzt noch behauptet, die Gentechnik in der Landwirtschaft sei beherrschbar, verschließt die Augen vor der Realität“, sagte Jens Karg, Gentechnikexperte der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000. „Je größer die Flächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen werden, desto unmöglicher wird eine gentechnikfreie Ernte.“ Die Studie zeige, dass die Koexistenz zwischen konventionellen und Genpflanzen gescheitert sei. [mbu]

- ▶ Studie: www.journals.royalsociety.org/content/g623581733561560
- ▶ Global 2000, Wien, Tel. +43 (0)1 / 81257-30, Fax -28, www.global2000.at/gentechnik

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

UN-Biodiversitätskonferenz I

Merkel soll COP 9 retten

■ Einen dringlichen Appell haben Umwelt- und Entwicklungsverbände im April an Bundeskanzlerin Angela Merkel gerichtet. Die 9. Vertragsstaatenkonferenz über die biologische Vielfalt (COP 9) im Mai in Bonn drohe zu scheitern, falls die Kanzlerin die Konferenz nicht zur Chefsache mache. Einige Vertragsstaaten, so die Verbände, blockierten den Prozess und beugten sich industriellen Lobbyin-

UN-Biodiversitätsgipfel: Das fordern die Umweltverbände

Ein breites Bündnis von Umweltverbänden hat sich vier Wochen vor dem Start der 9. Vertragsstaatenkonferenz über biologische Vielfalt (CBD) mit zehn Forderungen an die Politik gewandt. Der Deutsche Naturschutzring, der BUND, der NABU und die Stiftung Euronatur bezogen sich dabei sowohl auf die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt als auch auf die europäische Ebene sowie die Weltgemeinschaft. Ebenso wie der Bund seien auch die Länder bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt gefragt. Auch die Wirtschaft müsse sich beim Erhalt der Biodiversität einsetzen, besonders die Land- und Forstwirtschaft habe hier eine große Verantwortung.

„Der Zustand der Artenvielfalt in der Bundesrepublik ist gleichbleibend schlecht – nach wie vor sind 70 Prozent der Lebensräume gefährdet und die Roten Listen der bedrohten Arten sind länger als in den meisten anderen Staaten Europas“, heißt es in der Einführung des zwölfseitigen Forderungspapiers. Von einer Vorbildrolle des Gastgeberstaates könne keine Rede sein. Das selbst gesteckte Ziel, bis 2010 den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, sei nicht erreichbar, „wenn Deutschland so weitermacht wie bisher“. An der nationalen Biodiversitätsstrategie müsse nachgebessert werden, unter anderem mit einem sofortigen Abbaustopp für Moore, einem Importstopp für Naturstoffe aus nicht-nachhaltiger Nutzung ab 2010 und einem Stopp der Nettoneuversiegelung bis 2015.

Die Forderungen der Verbände in Kurzform:

- ▶ Deutschlands internationalen ökologischen Fußabdruck reduzieren
- ▶ Biodiversitätsziele in die Agrarpolitik einbeziehen, Ökolandbau fördern
- ▶ Globale Strategie zur Erhaltung der Pflanzen (GSPC) umsetzen
- ▶ Nationales Schutzprogramm für Buchenwälder auflegen.
- ▶ FFH- und Vogelschutzrichtlinie umsetzen, Natura 2000 zum Leben erwecken
- ▶ Biotopverbände sichern und gestalten
- ▶ Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich im deutschen Patent- und Wirtschaftsrecht durchsetzen
- ▶ Klimawandel bekämpfen, Treibhausgasemissionen reduzieren
- ▶ Biomasseanbau nachhaltig gestalten
- ▶ Gewässerlebensräume schützen, EG-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen

Mit den zehn Forderungen wollen die Verbände zeigen, wo Deutschland Nachholbedarf hat und was Bund und Länder beitragen sollen, damit die biologische Vielfalt im eigenen Land und weltweit erhalten bleibt. [jg]

- ▶ Forderungskatalog: www.dnr.de/presse/docs/10PunktezurCOP-nationaleForderungen.pdf
- ▶ www.biodiv-network.de

teressen. So versuchten Staaten wie Brasilien beim Schutzprogramm für Wälder und Meere Ergebnisse zu verwässern oder auch – wie bei der Agrospritfrage – zu verhindern. Auf der anderen Seite blockierten Kanada, Australien, Neuseeland und Japan eine Einigung im Kampf gegen Biopiraterie. Merkel müsse eine diplomatische Initiative auf höchster Ebene ergreifen, um die Bonner UN-Konferenz zu einem Erfolg zu führen und den Verlust von Arten und Lebensraum bis 2010 zu stoppen, forderten die Verbände.

Die Naturschutzverbände DNR, BUND, NABU und Euronatur legten ebenfalls im

April einen Katalog mit Forderungen für einen wesentlich wirksameren Biodiversitätsschutz in Deutschland vor (siehe Kasten und S. 29). Sie betonten, wer von ärmeren Ländern den Schutz von Lebensräumen und Arten verlange, dürfe nicht gleichzeitig im eigenen Land die Natur zerstören. Die Verbände verlangen von Bund und Ländern schnelle Fortschritte vor allem bei der Schaffung von Schutzgebieten. [bv]

- ▶ DNR/Forum Umwelt und Entwicklung, COP-Projektbüro, Günter Mitlacher, Tel. +49 (0)170 / 8391552, E-Mail: mitlacher@forumue.de, www.biodiv-network.de

UN-Biodiversitätskonferenz II**EU-Gipfel will Natura 2000**

■ Die Staats- und Regierungschefs der EU haben auf ihrem Ratsgipfel Mitte März die vollständige Umsetzung des Natura-2000-Netzwerks unterstützt. Es sei notwendig, größere Synergien zwischen Klimawandel und Biodiversitätspolitik zu schaffen, hieß es im Schlussdokument. Vor allem müssten Maßnahmen gegen den Klimawandel und zur Anpassung an seine Folgen gefördert werden. Die 9. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Biodiversitätsübereinkommens (CBD) im Mai 2008 in Bonn und die vollständige Umsetzung des Natura-2000-Netzwerkes seien ein essenzieller Schritt, um den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 wie von der EU beabsichtigt zu stoppen.

Der Naturschutzbund (NABU) begrüßte die Pläne des Europäischen Rates. Die bisher angekündigten Maßnahmen für den Gebietsschutz seien ein positives Signal, reichten aber nicht aus, um den Schutz der natürlichen Lebensräume von bedrohten Tieren und Pflanzen in Europa und weltweit dauerhaft zu sichern. Der G8-Gipfel im Juni 2007 habe bestätigt, dass Klimaschutz und der Schutz der biologischen Vielfalt gleichrangige Ziele neben der wirtschaftlichen Entwicklung sein müssten. [bv]

- ▶ Claus Mayr, NABU-Direktor Europapolitik, Tel. +49 (0)172 / 5966098, E-Mail: claus.mayr@nabu.de, www.nabu.de/europa

Natura 2000**Neue alpine EU-Schutzgebiete**

■ Das Natura-2000-Netzwerk der Europäischen Union ist im März um Gebiete der Alpenen Biogeografischen Region erweitert worden. Bereits im Januar waren in der Makronesischen Region (Kanaren, Azoren, Madeira) neue Gebiete hinzugekommen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/natura-alpin
- ▶ www.kurzlink.de/natura-makronesien

EU-Umweltministertreffen**Biomassestandards sollen Waldnutzung lenken**

■ Mitte April haben sich die europäischen Umweltminister getroffen, um informell über „Waldbiodiversität als Herausforderung und Chance zur Bekämpfung des und Anpassung an den Klimawandel“ zu beraten. Der Schutz der Wälder und der Klimawandel gehören zu den sogenannten prioritären Themen der noch bis Juni dauernden slowenischen EU-Ratspräsidentschaft. Das Treffen sollte dazu dienen, größere Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsschutz zu erreichen. Debattiert wurde über den Einfluss der Biomassenutzung auf die Waldbiodiversität. Der Schwerpunkt lag dabei auf der nachhaltigen Nutzung von Forstbiomasse zur Energiegewinnung einschließlich der zweiten Generation von Biokraftstoffen – synthetischer Kraftstoffe aus beliebiger Biomasse – und auf der Bestimmung entsprechender Nachhaltigkeitskriterien.

Neben den Umweltministern waren VertreterInnen der EU-Kommission, des Europaparlaments, der Europäischen Umweltagentur und des Europäischen Umweltbüros (EEB) beteiligt. Das EEB als Vertreterin der Umweltverbände forderte, starke Nachhaltigkeitskriterien für die erste und zweite Generation von Biokraftstoffen in alle EU-Ziele für erneuerbare Energien aufzunehmen.

Auch Bundesumweltminister Sigmar sprach sich bei dem Treffen dafür aus, der Erarbeitung von Standards für die Nutzung und Förderung der Bioenergie Vorrang einzuräumen. „Wir brauchen rechtlich festgeschriebene Nachhaltigkeitsanforderungen für Bioenergie. Werden definierte Voraussetzungen beachtet, lassen sich mit der Kombination aus günstigen Anbaustandorten und effizienter Technologie eine positive Klimabilanz erzielen und negative Auswirkungen vermeiden.“ [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/inform-env-april08
- ▶ EEB, Generalsekretär John Hontelez, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891091, E-Mail: hontelez@eeb.org, www.eeb.org

Illegale Abholzung**EU verspricht Urwaldschutz**

■ Die EU-Kommission will die weltweite illegale Abholzung stoppen. Umweltkommissar Stavros Dimas versprach dazu Mitte März neue Maßnahmen: „Wir werden hoffentlich bis Ende Mai einige Vorschläge für die Nutzung von nachhaltigem Holz und Holzprodukten in den Märkten der EU vorliegen haben.“ Dimas nannte die angekündigten Maßnahmen „die besten und praktikabelsten“. Die Ankündigung erfolgte als Reaktion auf die Studie „Building on Forest Destruction“ der Umweltorganisation Friends of the Earth (FoE), der zufolge die Hälfte des nach Europa importierten Holzes aus Zentralafrika, dem Amazonasgebiet, Russland und Indonesien illegal geschlagen wird. [bv]

- ▶ FoE-Studie (PDF, 1,7 MB, engl.): www.kurzlink.de/holzstudie-foe

Sektorkonzept Biologische Vielfalt**Mit Biodiversität gegen Armut**

■ Seit Anfang April ist das sogenannte Sektorkonzept zur biologischen Vielfalt des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) in Kraft. Es ersetzt das bisherige Konzept zur „Erhaltung biologischer Vielfalt durch Naturschutz“ aus dem Jahr 1997. Das Sektorkonzept gibt die für das BMZ und die staatlichen deutschen Organisationen verbindlichen Leitlinien für Projekte mit Bezug zu natürlichen Ressourcen dar. Es ist handlungsleitend für das deutsche entwicklungspolitische Engagement in multilateralen Einrichtungen und bei der EU-Kommission. Für Nichtregierungsorganisationen und die Privatwirtschaft soll es eine Orientierung bieten.

Kerngedanke des Konzepts ist die Verbindung von Biodiversitätserhalt und Armutsbekämpfung. Armut, so das BMZ, ist nach wie vor eine der Ursachen und zugleich Resultat der Naturzerstörung. Eine intakte biologische Vielfalt ist jedoch darüber hinaus globales öffentliches Gut, das Entwicklungs- und Industrieländern ▶

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wald

»Frieden findet man nur in den Wäldern« – so soll Michelangelo die Wirkung des Waldes auf uns Menschen beschrieben haben. Der Wald ist ein Erlebnisraum, in dem eine nachhaltige Entwicklung mit allen Sinnen wahrgenommen werden kann. Denn die Natur verkörpert, was auch wir sind: Sie spiegelt unsere geistigen Konzepte. Das Buch greift dieses Zusammenspiel auf und bietet Anregung und Inspiration für alle, die in der Umweltbildung arbeiten.

E. Marie Mars, M. Hirschmann (Hrsg.)
Der Wald in uns
 Nachhaltigkeit kommunizieren
 oekom verlag, München 2008, 128 Seiten mit
 vielen z. T. farbig. Abb., inkl. DVD
 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-087-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
 Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
 verlag

Die guten Seiten der Zukunft

gleichermaßen Entwicklungspotenziale bietet. Das Konzept baut auf den bisherigen Erfahrungen der internationalen sowie der deutschen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Bereich Biodiversität auf und leitet daraus Handlungsempfehlungen ab, die zur Erreichung der international vereinbarten Ziele beitragen sollen. [bv]

► BMZ, Referat 2020, Angelika Sülzen, Bonn,
 Tel. +49 (0)228 / 99535-3474, E-Mail:
angelika.suelzen@bmz.bund.de, www.bmz.de

Akzeptanzforschung

Neue Plagen am Horizont

■ Umweltwissenschaftler, Politiker und Umweltorganisationen haben eine Liste mit 25 neuen Bedrohungen zusammengestellt, die von jetzt an bis 2050 die Biodiversität in Großbritannien beeinflussen könnten. Zugrunde liegt eine Analyse zur Früherkennung von Entwicklungen („Horizon Scanning“) – eine Methode, die bei Regierungen und Unternehmen zunehmend verbreitet ist, um für Eventualitäten gerüstet zu sein. Durch die Früherkennung sollen Konflikte wie die ablehnende Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf genetisch veränderte Organismen künftig verhindert werden.

Die Liste wurde im März im Journal of Applied Ecology veröffentlicht. Zu den wichtigsten Herausforderungen für die Biodiversität gehören demnach: Nanotechnologie, künstliche biomimetische Roboter, der Einfluss von Klima-Geoen지니어ing und die Auswirkungen der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen. Weitere Probleme sind die Veränderung in der Lebensmittelnachfrage, drastische Veränderungen bei Süßwasserflüssen, neue Krankheiten und eine Zunahme nicht einheimischer, invasiver Arten aufgrund des Klimawandels. [bv]

► Sutherland, W. J. et al. (2008): Future novel threats and opportunities facing UK biodiversity identified by horizon scanning, Journal of Applied Ecology, www.transdisciplinarity.ch/newsmail/detail.php?id=1070

Verbreitungsbilogie

Fische erhalten Wälder

■ Nicht nur Vögel und Säugetiere, auch tropische Süßwasserfische übertragen Samen in Wäldern. Das berichtet Mauro Galetti von der Universität São Paulo im Wissenschaftsmagazin Nature. Einige tropische Baumarten verbreiteten sich sogar fast ausschließlich über Fische, die zu Hochwasserzeiten in Waldgebiete eindringen, die Früchte der Bäume fressen und an anderer Stelle die Samen ausscheiden. Nicht nachhaltige Fischereimethoden bedrohten damit auch den Fortbestand der Wälder, warnte Galetti. [bv]

► www.kurzlink.de/baumverbreitung

Forstwirtschaft

Baum ab im Vogelschutzgebiet

■ In Thüringen werden seit Monaten auch in Naturschutzgebieten, Fauna-Flora-Habitat-Gebieten (FFH-Gebieten) und EU-Vogelschutzgebieten rigoros Bäume gefällt. Dies berichten Naturschützer. Nachdem schon die Stürme Kyrill und Emma allein in Thüringen über drei Millionen Festmeter Holz gefordert hätten, würden nun unter dem Vorwand der Verkehrssicherung Kahlschläge ausgeführt, so etwa in den alten Buchenwäldern des Naturparks Kyffhäuser. Auch abseits der Straßen werde eingeschlagen.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum in Schutzgebieten so unsensibel Holzeinschlag betrieben wird“, sagte Mike Jessat, Landesvorsitzender des NABU Thüringen. So seien im Naturschutzgebiet Isserstedter Holz, einem der wertvollsten Gebiete des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000, in größerem Stil starke Eichen, Bergahorne, Hainbuchen und Linden gefällt worden. Für Natura-2000-Gebiete gilt ein Verschlechterungsverbot. Der Naturschutzbund nannte es „unerklärlich“, dass die obere Naturschutzbehörde solche Eingriffe in Schutzgebieten dulde. [bv]

► www.thueringen.nabu.de

„Es gibt einige gut gemeinte Projektansätze – aber viele Staaten blockieren indigene Rechte“

Westliche Unternehmen profitieren vom Artenreichtum und den Ressourcen anderer Länder. Indigene Völker kämpfen seit Jahren um Gehör auf dem internationalen Parkett und für ihre Rechte. Eine gerechte Beteiligung an Verhandlungen und an den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen ist noch nicht erreicht, berichtet Sabine Schielmann.

umwelt aktuell: Sie koordinieren die Teilnahme von indigenen VertreterInnen bei der Konvention über biologische Vielfalt (CBD). Wie sind die Indigenen denn dort vertreten?

Sabine Schielmann: Indigene Völker sind sowohl vom Verlust der biologischen Vielfalt direkt betroffen als auch von den Maßnahmen, diesen zu stoppen. Deshalb nehmen sie seit 1996 an den Verhandlungen zur Umsetzung der CBD teil. Sie haben sich zum „Internationalen Indigenen Forum zu Biodiversität“ (IIFB) zusammengeschlossen, einem offenen Diskussions- und Strategieforum für indigene Vertreter aus allen Kontinenten. Seit der 5. CBD-Vertragsstaatenkonferenz im Jahr 2000 hat das IIFB den Status eines offiziellen Beratungsorgans. Dementsprechend möchten sich indigene Vertreter bei den Vertragsstaatenkonferenzen auch behandelt wissen und nicht nur als eine weitere Interessengruppe mit Beobachterstatus.

Ein erklärtes Ziel der CBD ist der gerechte Vorteilsausgleich. Worum geht es da?

Indigene Gemeinden sind in besonderem Maße von der widerrechtlichen Aneignung ihres Wissens und ihrer Ressourcen durch Forscher, Pharmakonzerne und andere – sprich von Biopiraterie – betroffen. Der Zugang zu genetischen Ressourcen und der gerechte Vorteilsausgleich aus dem Nutzen dieser Ressourcen, Access and Benefit-sharing, kurz ABS, ist für indigene Völker ein Knackpunkt. Denn ein wesentlicher Beweggrund für die Erarbeitung der CBD war, die biologische Vielfalt, die bis dahin als gemeinsames und allgemein zugängliches Erbe der Menschheit galt, der souveränen Macht der Nationalstaaten zu unterstellen, die nun das Recht haben, über den Zugang und die Nutzung der biologischen und genetischen Ressourcen in ihren nationalen Territorien zu verfügen. Damit soll gewährleistet werden, dass Staaten mit einer reichen biologischen Vielfalt, in erster Linie die Entwicklungsländer des Südens, nicht von den an Technologie und Know-how überlegenen Industriestaaten des Nordens ausgeplündert werden. Sie sollen gerecht an den Vorteilen, die aus der Nutzung ihrer genetischen Ressourcen entstehen, beteiligt sein. Dies wiederum soll einen Anreiz schaffen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen

Vielfalt. Für indigene Völker bedeutet die von der CBD anerkannte Souveränität der Nationalstaaten über natürliche Ressourcen aber eine Missachtung ihrer Völkerrechte. Die CBD erkennt nämlich lediglich die Rechte indigener Völker über ihr traditionelles, mit genetischen Ressourcen verknüpft Wissen an, nicht aber ihre Rechte auf ihre angestammten Territorien und die dort vorkommenden Ressourcen.

Gibt es auf der Biodiversitätskonferenz in Bonn spezielle Veranstaltungen zum Thema?

In einer Reihe von Begleitveranstaltungen unter anderem zu traditionellem Wissen, dem Ökosystemansatz der Konvention und ABS werden indigene Vertreter während der Konferenz über ihre Situation, Perspektive und Position informieren. Außerdem sind die biologische Vielfalt der Wälder, Agrobiodiversität, Schutzgebiete, der Klimawandel sowie indigene Frauen und Biodiversität Thema von Side-Events.

Meist hört man nur von Ungerechtigkeiten. Gibt es denn positive Beispiele, bei denen tatsächlich alle Beteiligten etwas von der Nutzung haben?

Es gibt sicher eine Reihe von gut gemeinten Projektansätzen, die sich um eine respektvolle Einbeziehung und gerechte Beteiligung indigener Völker beim Zugang und dem Nutzen von traditionellem Wissen bemühen. Kleinere Initiativen, beispielsweise in Ecuador oder Chile, integrieren mitunter erfolgreich traditionelles Wissen und Heilpraktiken und westliche Medizin. Ein Beispiel jedoch, bei dem ein indigenes Volk oder eine indigene Gemeinde die Kontrolle über den Zugang und die Nutzung einer Ressource aus ihrem Gebiet samt ihrem damit verknüpften traditionellen Wissen ausübt und mit einer Nutzerinstitution ein wirklich gerechtes und praktikables ABS-Abkommen getroffen hat, ist mir nicht bekannt.

Welche politischen Forderungen werden die Indigenen auf der Konferenz in Bonn vertreten?

Zentrale Forderung indigener Vertreter bei der Biodiversitätskonferenz wird ihre „volle und effektive Beteiligung“ im Rahmen des CBD-Prozesses sein. Denn nur eine Beteiligung, die ihrer Rolle, ihrem Status und ihren Rechten im Zusammenhang mit der Erhaltung

und der nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt und der Umsetzung der CBD gerecht wird, kann gewährleisten, dass sie ihre spezifischen Positionen und Forderungen in wirksamer Weise in die Verhandlungen einbringen können. Insbesondere geht es dabei um die Anerkennung indigener Völker als Träger von Rechten, insbesondere auch kollektiven Rechten, und nicht bloß als Träger von Wissen. Sie wollen, dass ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung eingehalten wird, bevor jemand Zugang zu ihren angestammten Territorien und ihren Ressourcen bekommt und ihr traditionelles Wissen und ihre Praktiken nutzt.

Wie ist die Position der reichen Länder?

Insbesondere die Staaten der EU unterstützen die Positionen und Forderungen indigener Völker in verschiedenen Bereichen, beispielsweise was ihre Beteiligung an den Sitzungen der ABS-Arbeitsgruppe angeht. Andere Industriestaaten wie Australien, Kanada oder Neuseeland zeigen mitunter eine blockierende Haltung gegenüber den Forderungen indigener Völker. Allerdings verändern sich die Positionen der Vertragsstaaten auch immer wieder, nicht nur was bestimmte Themen wie zum Beispiel die jüngsten Verhandlungen zu ABS, sondern auch was indigene Völker betrifft. Dies ist oft verknüpft mit Veränderungen in der nationalen Indigenen-Politik, wie die Entwicklungen in Australien zeigen, wo sich kürzlich die Regierung erstmals offiziell bei den Aborigines für ihre Assimilationspolitik entschuldigt hat.

[Interview: Juliane Grüning]

Die Ethnologin Sabine Schielmann arbeitet im Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie in Köln. Zurzeit ist sie an der Koordination der Teilnahme indigener VertreterInnen beim UN-Biodiversitätsgipfel beteiligt.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6303 /
800778,
E-Mail: zara05@aol.com,
www.infoe.de



Nachhaltigkeit

A-Z



N wie nachhaltige Ökonomie

Klimawandel, Ernährungskrise oder Artenschwund zeigen: Ein auf stures Wachstum geichtetes Wirtschaften bekommt weder Mensch noch Natur. Umsteuern ist geboten! Aber wie? Methoden und Instrumente des umwelt- und sozialverträglichen Produzierens gibt es viele – Vorbilder auch. Entscheidend ist, dass sich Nachahmer aus Politik und Unternehmen finden. Dieses Buch zeigt, wie der Paradigmenwechsel in der Wirtschaft gelingt.

V. Stahlmann

Lernziel: Ökonomie der Nachhaltigkeit
Eine anwendungsorientierte Übersicht
oekom verlag, München 2008, 331 Seiten mit
Bildern von Renate Kirchhof-Stahlmann
49,90 EUR, ISBN 978-3-86581-099-1

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

STADT & REGION

Solarenergie

Osnabrück will leuchten

■ Die Stadt Osnabrück hat in einem ehrgeizigen Solarprojekt alle Dachflächen im Stadtgebiet auf Solartauglichkeit getestet. Die ortsansässige Fachhochschule hat mittels Laserscanner die Ausrichtung und Neigung aller Dachflächen der nordwestdeutschen Stadt ermittelt. Daraufhin wurde die sonnenstand- und jahreszeitbedingte Verschattung einbezogen. Das Fazit: Wenn alle geeigneten Flächen mit Photovoltaik ausgestattet werden, wäre der gesamte Strombedarf gedeckt. Etwa 230 Millionen Kilowattstunden Solarstrom könnten so erzeugt werden, die Nutzung der Fläche für Solarwärme wäre sogar noch weitaus effizienter.

Die Ergebnisse wurden im Internet veröffentlicht, sodass alle BewohnerInnen und mögliche Investoren die 70.000 Häuser und deren Solartauglichkeit einsehen können. In besonders ergiebigen Gebieten will die Stadt jetzt kostenlose Beratungen anbieten. Interesse an einer ähnlichen Berechnung haben die Städte Braunschweig und Gelsenkirchen geäußert. [jg]

► www.osnabrueck.de/sun-area

Schrumpfende Regionen

Chancen für Naturschutz und Bürgerbeteiligung

■ Der Naturschutzbund (NABU) hat ein Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung zum demografischen Wandel in Ostdeutschland zum Anlass genommen, auf Chancen für den Naturschutz hinzuweisen. Die entstehenden Naturlandschaften in den schrumpfenden Regionen könnten als Chance für die regionale Tourismusindustrie begriffen werden. Naturräume, die sich selbst überlassen werden, erbrächten wichtige

ökologische und ökonomische Leistungen, so etwa für den Klimaschutz, weil neu entstehende Feuchtgebiete, Flusslandschaften, Moore und Wälder Kohlendioxid binden. Sie würden Grundwasser-Reservoirs auffüllen, böten vielen bedrohten Tier- und Pflanzenarten neue Lebensräume und sorgten für ein neues Gleichgewicht der Arten. Außerdem schafften sie die Voraussetzung für die Wiederansiedlung großer Säugetiere.

Der demografische Wandel bringt laut dem Gutachten erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen mit sich. Das Berlin-Institut empfiehlt, dass die Betroffenen mehr Entscheidungs- und Finanzautonomie erhalten sollen. Die Regionen und Kommunen müssten die Möglichkeit bekommen zu zeigen, was sie mit und aus dem Vorhandenen machen können. [jg]

► NABU, Ulrich Kriese, siedlungspolitischer Sprecher, Schopfheim, Tel. +49 (0)7622 / 6847344, E-Mail: ulrich.kriese@nabu.de, www.nabu.de/living2010

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Umweltgesetzbuch

Seehofer und Glos blockieren

■ Harsche Kritik haben Umweltverbände an der Blockadehaltung der Bundesminister Horst Seehofer (Landwirtschaft) und Michael Glos (Wirtschaft) gegenüber der Schaffung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches (UGB) geäußert. Angesichts der Verzögerungen dürfte es kaum noch möglich sein, einen Kabinettsentwurf noch vor der UN-Konferenz über die biologische Vielfalt im Mai in Bonn vorzulegen.

Damit sende Gastgeber Deutschland eine „blamable Nachricht an die Weltöffentlichkeit“, kritisierte die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Wenn Deutschland sich nicht einmal zu Hause zum Naturschutz bekenne, werde es umso schwerer, ärmere Länder zu einem substanziellen globalen Abkommen zu bewegen. Besonders das dritte Buch des UGB, in das das jetzige Na-

turschutzrecht einfließen soll, werde von den Ministern „torpediert“, so die DUH.

Entgegen seinen Zusagen bei einem Gespräch mit den Umwelt- und Ökolandbauverbänden vor einigen Wochen wolle Seehofer die Regeln für Eingriffe in Natur und Landschaft entscheidend abschwächen, kritisierte der Deutsche Naturschutzring (DNR). Nach dem Willen des Agrarministers sollen Schäden an der Tier- und Pflanzenwelt und ihren Lebensräumen künftig durch bloße Ersatzgeldzahlungen ausgeglichen werden. Der DNR sieht darin eine entscheidende Schwächung des geltenden Rechts, das Maßnahmen „in Natura“ verlangt. Glos und Seehofer wollen durchsetzen, dass Unternehmen, die zum Beispiel mit Baumaßnahmen die Natur schädigen, nicht mehr wie bislang an anderer Stelle Flächen naturnah aufwerten müssen.

Aufgrund der Föderalismusreform haben die Länder ab dem 1. Januar 2010 das Recht, in bestimmten Bereichen vom Bundesnaturschutzrecht abzuweichen. Selbst wenn das „UGB III“ kommt, droht eine Kleinstaaterei im Naturschutzrecht. Verzögerungen im Zeitfahrplan werden aber zu zusätzlichen Rechtsunsicherheiten führen: Schafft es der Bund nicht, bis zum Stichtag ein neues Naturschutzrecht zu schaffen, kann er den Ländern nicht vorgeben, innerhalb welcher Grenzen er Abweichungsrechte für zulässig hält. „Eine derartige Kleinstaaterei im Naturschutzrecht wäre eine Katastrophe“, so Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der DUH.

Bislang wurden materielle Abschwächungen der geltenden Naturschutzstandards vor allem angesichts dieser Abweichungsrechte der Länder befürchtet. Das Bundesumweltministerium hat mehrfach betont, der Bund werde im UGB keine Abstriche am geltenden Naturschutzrecht vornehmen. Offenbar werde nun aber doch schon auf Bundesebene die Gelegenheit ergriffen, sich von ungeliebten Anforderungen zu trennen, so der DNR. [jg]

- ▶ DNR, Dr. Ellen Krüsemann, Oberhausen, Tel. +49 (0)208 / 88059-21, E-Mail: lb.naturschutz@t-online.de, www.dnr.de/dnr/projekte (UGB)
- ▶ DUH, Dr. Cornelia Nicklas, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240086718, E-Mail: nicklas@duh.de, www.duh.de

Transparenz im EU-Gesetzesprozess

Streit um Expertengruppen

■ Um die Zusammensetzung der beratenden Fachexpertengruppen der EU ist ein Streit zwischen der EU-Kommission und KritikerInnen aus dem Netzwerk Alter-EU entbrannt. Alter-EU, ein Bündnis aus rund 160 Nichtregierungsorganisationen, das sich für mehr Transparenz einsetzt, hatte der Kommission in einem Bericht vorgeworfen, Industrielobbyisten einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Gesetzgebung zuzugestehen. Vertreter der Wirtschaft dominierten besonders die Expertengruppen, in denen kontroverse Themen wie Biotechnologie oder Emissionsminderungen für Pkw diskutiert würden. Damit sei nicht gewährleistet, dass diese Gruppen tatsächlich im öffentlichen Interesse handelten, sagte der Autor der Studie Yiorgos Vassalos. Vielmehr bestehe die Gefahr, dass einzelne Firmen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen versuchten.

Die EU-Kommission wies die Vorwürfe zurück, versprach aber, die Mitgliederlisten der Expertengruppen offenzulegen. Bis zum Sommer solle ein umfassendes Verzeichnis der über 1000 Gruppen erstellt werden. Expertengruppen gehören seit vielen Jahrzehnten zum Verwaltungsapparat der EU. Die meisten Gruppen unterstützen die Kommission bei der Detailarbeit zur Umsetzung beschlossener Gesetzesvorhaben (Komitologieverfahren). Andere beraten die Kommission aber auch bei der Entwicklung neuer Gesetzgebung. Als Mitglieder ernannt die Kommission vorwiegend ExpertInnen der nationalen Regierungen sowie Vertreter von Interessenverbänden und Nichtregierungsorganisationen.

Der deutsche Bundesrechnungshof denkt offenbar ähnlich wie die Organisation LobbyControl, die Mitglied im Leitungskreis von Alter-EU ist. Denn in einem vertraulichen Bericht, den das ARD-Magazin Monitor veröffentlichte, beklagen die Rechnungsprüfer, dass „externe Mitarbeiter“ aus der Wirtschaft zunehmend im öffentlichen Dienst eingesetzt würden. In den Jahren 2004 bis 2006 hätten etwa 300 Personen aus der Privatwirtschaft in unter-

schiedlichen Bundesministerien gearbeitet. Sie seien vor allem wegen ihrer speziellen Kenntnisse bei der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen eingesetzt worden, heißt es in dem Bericht. LobbyControl hält Interessenkonflikte in solchen Fällen für sehr wahrscheinlich und fordert ein sofortiges Ende dieser Praxis. [ms]

- ▶ Bericht von Alter-EU: www.alter-eu.org/en/publications/secretcy-and-corporate-dominance-study
- ▶ www.lobbycontrol.de

EU-Haushaltsreform

100 Prozent Nachhaltigkeit

■ Die Umweltorganisationen DNR, WWF und NABU haben die EU aufgefordert, ihren Haushalt vollständig an dem Grundprinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. In einer Stellungnahme im Rahmen eines Konsultationsverfahrens der EU-Kommission verwiesen die drei Organisationen auf die negativen Effekte des bisherigen Haushaltes etwa in den Bereichen Landwirtschaft und Verkehr.

Zwar verfügt die EU im Vergleich zu den Nationalstaaten nur über ein kleines Budget. Gleichwohl kann sie einige wesentliche Entwicklungen beeinflussen. So vergibt die EU über die Struktur- und Kohäsionsfonds vielfach Zuschüsse zu konkreten Projekten oder kann die Vergabe von Geldern im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik an nachhaltige Kriterien koppeln.

Die EU-Kommission hatte eine öffentliche Konsultation zu der Frage durchgeführt, wie der EU-Haushalt zukünftig strukturiert sein solle. Dabei forderte sie eine „Debatte ohne Tabus“. Zwar läuft die derzeitige Finanzperiode noch bis zum Ende des Jahres 2013, die Diskussion über die grundlegende Ausrichtung der Finanzen wird aber den nächsten Vergabezeitraum stark beeinflussen. Die Konsultation lief bis zum 15. April. [ms]

- ▶ Stellungnahme von DNR, WWF und NABU: www.eu-koordination.de/?page=51

Staatliche Beihilfen

Geld für die Umwelt

■ Anfang April sind die neuen Leitlinien der Europäischen Gemeinschaft für staatliche Umweltschutzbeihilfen im Amtsblatt veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. Auf 33 Seiten wird geregelt, für welchen Bereich wieviel Prozent Beihilfen für welche Unternehmen erlaubt sind. Die Artikel befassen sich unter anderem mit Beihilfen für die Abfallbewirtschaftung, für Energiesparmaßnahmen, Umweltstudien oder die Sanierung schadstoffbelasteter Standorte. Je kleiner das Unternehmen, desto mehr Beihilfe kann beantragt werden. Bei Ausschreibungen und ausgesprochenen Öko-Innovationen können aber unabhängig von der Unternehmensgröße 100 Prozent genehmigt werden. [jg]

- ▶ EU-Amtsblatt 2008 C 82/01, www.eur-lex.europa.eu (Amtsblatt, C 82)

Neuer EU-Finanzfonds

80 Millionen für Klimaschutz in Entwicklungsländern

■ Mit der Gründung eines Klimaschutzfonds für Entwicklungsländer will die EU-Kommission private Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienzprojekte unterstützen. In den nächsten vier Jahren sollen 80 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um Risiken privater Investitionen abzusichern. Die Kommission will vor allem kleinere Projekte in einer Größenordnung von weniger als zehn Millionen Euro unterstützen, denn diese würden von den meisten Investoren häufig vernachlässigt, sagte der für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Kommissar Louis Michel. Kurzfristig könne man so zusätzliche 300 Millionen Euro mobilisieren, langfristig erwarte man sogar eine Milliarde.

Der Global Energy Efficiency and Renewable Energy Fund (GEEREF) gliedert sich in regionale Teilfonds für Afrika, Asien, Lateinamerika, Karibik und Pazi-

fik, Nordafrika sowie Nicht-EU-Staaten in Osteuropa. Erste Bekundungen von Interessenten gibt es laut Aussage der Kommission bereits.

Die Organisation End Oil Aid, ein internationales Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, sieht die Größenordnung des Betrages im Verhältnis zu der finanziellen Förderung fossiler Energieträger. Danach habe die EU allein über die Europäische Investitionsbank in den Jahren 2000 bis 2006 mehr als sieben Milliarden Euro zur Finanzierung von Öl- und Gasprojekten ausgegeben. Hinzu komme eine nicht weiter genannte Summe für Kohle. Vor diesem Hintergrund seien die 80 Millionen Euro für Effizienz und erneuerbare Energien „lächerlich“. [ms]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/473)
- ▶ www.endoilaid.org

Klimaschutz und Gesundheit

Krank durch Klimawandel

■ Der Klimawandel hat spürbare Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Darauf wies die Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf einer Konferenz Anfang April in Bonn hin. Im EU-Raum könnten durch eine länger dauernde Pollensaison Allergien zunehmen. Auch Infektionskrankheiten könnten sich durch die verbesserten Lebensbedingungen für krankheitsübertragende Tiere vermehrt ausbreiten. Werden die Gesundheitssysteme nicht an die veränderten Klimabedingungen angepasst, fallen massive Kosten an, errechnete die WHO in einem Bericht. Eine Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme in der EU könnte die negativen Effekte der Erderwärmung auf die menschliche Gesundheit in Grenzen halten. Dafür müsse es aber mehr Investitionen geben.

Umwelt- und Gesundheitsverbände forderten die EU auf, größere Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel zu unternehmen. Die EU müsse bis 2020 mindestens ein Drittel ihrer Emissionen reduzieren, so das Brüsseler Gesundheits-

netzwerk HEAL. Die EU-Kommission hatte im Januar letzten Jahres ein Reduktionsziel von 20 Prozent vorgeschlagen. Dies sei nicht ausreichend. Das Netzwerk hat zusammen mit den Europäischen Regionalen Gesundheitsbehörden (EUREGHA) einen Wettbewerb für Vorzeigeprojekte gestartet, die sich aus Gesundheitsperspektive gegen den Klimawandel einsetzen. Auf einer Konferenz am 24. Juni in Brüssel sollen diese vorgestellt werden. [io, jg]

- ▶ www.euro.who.int
- ▶ Health and Environment Alliance (HEAL), Genon Jensen, Brüssel, Tel. +32 (0)495 / 808732, E-Mail: genon@env-health.org, www.env-health.org

EU-Beitritt

Kroatien bald EU-Mitglied

■ Ende 2009 soll die EU 28 Mitgliedstaaten haben. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien könnten nach Angaben von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bis zum Herbst nächsten Jahres abgeschlossen sein. Bis dahin hat der Adriastaat noch einige Bedingungen zu erfüllen. Unter anderem verlangt die EU eine „uneingeschränkte Zusammenarbeit“ mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal.

Außerdem muss Kroatien das Meereschutzgebiet ZERP aufgeben. In der 30.000 Quadratkilometer großen Zone wollte Zagreb nur noch eingeschränkten, ökologisch vertretbaren Fischfang zulassen. Dagegen liefen Slowenien und Italien, deren Fischer gern die kroatischen Fischgründe genutzt hatten, Sturm und drohten den EU-Beitritt Kroatiens zu blockieren. Mitte März gab Kroatien nach. Premierminister Ivo Sanader erklärte, der EU-Beitritt sei wichtiger als die Schutzzone.

Weitere EU-Kandidaten sind Mazedonien und die Türkei. Albanien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo gelten als potenzielle Beitrittskandidaten. Deren Aufnahme wird allerdings sehr viel länger dauern. [jg, bv]

- ▶ Schutzzone ZERP: www.schattenblick.de/infopool/europool/meinung/lai-057.html

VERKEHR & TOURISMUS

Bahn-Börsengang**70 Prozent gegen Privatbahn**

■ Die Arbeitsgruppe Bahnreform in der SPD hat sich im April darauf geeinigt, 24,9 Prozent der Bahn-Anteile am Personen- und Güterverkehr für Investoren freizugeben. Das Schienennetz bleibt dem Vorschlag zufolge komplett in Bundesbesitz. Die CDU stimmt dem Kompromiss grundsätzlich zu. Bis Ende April wollte die Große Koalition über die Zukunft der Bahn entscheiden.

In der sozialdemokratischen Parteibasis stoßen die Privatisierungspläne auf Kritik. Ende 2007 hatte ein SPD-Parteitag beschlossen, dass „private Investoren keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik der Bahn ausüben dürfen“. Nach einer Emnid-Umfrage im Auftrag des Bündnisses „Bahn für Alle“ sind fast drei Viertel aller Deut-

schen gegen den Verkauf des letzten großen Staatsunternehmens. Die Gegner der Privatisierung befürchten Nachteile wie eine Ausdünnung des Streckennetzes und Fahrpreiserhöhungen. Außerdem dürfe der Staat nicht zulassen, dass eine privatwirtschaftlich ausgerichtete Bahn sich aus der Gemeinwohlverpflichtung nach dem Grundgesetz verabschiede. Zudem müsse die Bahn weiter Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagern. Bahn für Alle fordert hierzu eine verkehrspolitische Strategie für eine Flächenbahn mit guten Anschlüssen. Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) appellierte an den Bund, Mindeststandards für den Fernverkehr zu formulieren, damit nicht noch mehr Orte vom Fernbahnnetz abgehängt werden. [mbu]

- ▶ Bahn für Alle, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)6421 / 933050, E-Mail: info@bahn-fuer-alle.de, www.bahn-fuer-alle.de
- ▶ 20-Punkte-Katalog zur Zukunft der Bahn: www.privatisierungstoppen.deinebahn.de/story/01/2701.html

Schiffsverkehr**Marode Tanker fahren weiter**

■ Für die Pläne der EU-Kommission, die Verkehrssicherheit auf den Meeren zu verbessern und so Umweltkatastrophen durch Öltankerunfälle zu verhindern, gab es im April keine Mehrheit im Verkehrsministerrat. Die Kommission möchte die Regelungen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) zur „Flaggenstaatenpflicht“ für alle Mitgliedstaaten obligatorisch einführen. Das bedeutet, dass Schiffe, welche die Staatsflagge eines Landes führen, bestimmte Sicherheitsstandards erfüllen müssten. Zur Gewährleistung sollten regelmäßige Kontrollen und Bewertungen stattfinden.

Außerdem sollen nach den Kommissionsvorschlägen Reedereien vollständig für Schäden haftbar gemacht werden, die sie an einer dritten Partei verursachen. Damit sie im Schadenersatzfall auch zahlen können, müssten sie eine Versicherung abschließen.

**ROBIN WOOD**

Unterstützen Sie unsere Kampagne für eine ökologische Verkehrswende, gegen den Börsengang der Bahn

Wenn Sie diesen Abschnitt abschicken, bekommen Sie ein kostenloses Probeexemplar des ROBIN WOOD-Magazins geschickt, das Sie über den Börsengang der Bahn und viele interessante Umweltthemen informiert.

STOPP BAHNVERKAUF

ROBIN WOOD e.V. Geschäftsstelle
Postfach 10 21 22 · 28021 Bremen
Tel.: 04 21 / 5 98 28 - 8
E-Mail: verkehr@robinwood.de
www.robinwood.de/verkehr

Die EU-Verkehrsminister lehnten mehrheitlich sowohl die Flaggenstaatenpflicht als auch die Haftungsregelung für Schiffsbetreiber ab. Ihre Begründung: Die Mitgliedstaaten wollten in beiden Fällen einen größeren eigenen Ermessensspielraum haben, und wünschten, dass die IMO sich darum kümmern solle.

Der EU-Kommissar für Verkehr Jacques Barrot kritisierte die Haltung des Rates. Dieser scheine weder das Ausmaß dessen erkannt zu haben, was auf dem Spiel stehe, noch die Notwendigkeit zu handeln, sagte Barrot. [mbu]

- EU-Kommission, Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 29815-00, Fax -99, www.ec.europa.eu/transport

Güterverkehr

Bald doppelt so viele Lkws

■ Durch Deutschland werden bis zum Jahr 2025 jüngsten Prognosen zufolge fast doppelt so viele Lastwagen fahren wie derzeit. Wegen dieser drastischen Zunahme der Gütertransporte wolle Deutschland gemeinsame europäische Regeln für Spediteure einführen, sagte Staatssekretär Matthias von Randow beim Treffen der EU-Verkehrsminister Anfang April in Luxemburg.

So müssten Sozialdumping und andere unfaire Praktiken bekämpft werden. Ein vernetztes elektronisches Register der Transportunternehmen solle helfen, gegen schwarze Schafe vorzugehen. In dem Register könnte beispielsweise die Überschreitung von Fahrzeiten eingetragen werden. EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot forderte die Minister auf, schnell neue Regeln festzulegen. Diese sollten 2013 in Kraft treten.

Das deutsche Verkehrsministerium würde, wenn notwendig Autobahnen auf sechs oder acht Fahrstreifen verbreitern, zum Beispiel um die Häfen von Hamburg und Bremen herum. Allerdings sei der Straßenausbau nicht die einzige Lösung. Deshalb solle Europa helfen, den Güterverkehr besser zu kanalisieren und umweltverträglicher zu organisieren. Staus, Lärm

und Luftverschmutzung seien EU-weite Probleme, sagte die britische Vertreterin im Ministerrat Rosie Winterton. Die EU-VerkehrsministerInnen waren sich denn auch einig darüber, Schienenstrecken vorrangig für Güterzüge zu bauen, um die Straßen zu entlasten. [mbu]

- Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, Fax -2059, E-Mail: presse@bmvbs.bund.de, www.bmvbs.bund.de

Bußgelder im Straßenverkehr

Knöllchen ohne Grenzen

■ AutofahrerInnen sollen künftig EU-weit für Verkehrsverstöße zur Kasse gebeten werden. Die EU-Kommission legte im März einen Gesetzentwurf vor, wonach Verkehrssünder grenzüberschreitend belangt werden können. Die Vernetzung nationaler Datenbanken soll der Polizei helfen, Fahrzeughalter in allen Mitgliedstaaten aufzuspüren. Den Bußgeldbescheid bekommt der Verkehrssünder in der Sprache seines Heimatlandes.

Dabei gehe es nicht um ein zentrales Halterregister oder die Vereinheitlichung nationaler Verkehrsregeln, versicherte EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot. Auch sei kein einheitliches europäisches Strafpunktesystem für Verkehrssünder geplant, wie die Deutsche Polizeigewerkschaft es gefordert hat. Aber alle AutofahrerInnen – auch auf der Durchreise – müssten sich an die jeweils gültigen Vorschriften halten.

Barrot hofft sogar mit dem Gesetzesvorstoß die Zahl der Verkehrstoten zu senken. „Wenn ein Mitgliedstaat streng ist, dann geht auch die Zahl der Unfälle und Todesfälle zurück“, sagte er. Künftig könnten auch ausländische FahrerInnen besser bestraft werden. Ihr Anteil am Straßenverkehr beträgt im Durchschnitt nur fünf Prozent, aber 15 Prozent der Regelverstöße gehen nach offiziellen Angaben auf ihr Konto.

Die geplante Richtlinie soll für vier verschiedene Verkehrsverstöße gelten: zu hohes Tempo, Trunkenheit am Steuer, Fahren ohne Gurt und Missachtung roter

Ampeln. Diese Delikte seien die Ursache für drei Viertel aller tödlichen Verkehrsunfälle in Europa, sagte Barrot. Im vergangenen Jahr seien 43.000 Menschen auf Europas Straßen gestorben. Die Regelung könnte in drei Jahren in Kraft treten, wenn der Ministerrat und das Europa-Parlament dem Gesetzentwurf bald zustimmen. [mbu]

- EU-Kommission, Verkehr, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 29815-00, Fax -99, www.ec.europa.eu/transport

Nahverkehr

Wanderer für Regionalbahnen

■ Der Deutsche Wanderverband hat gefordert, dass Wanderregionen in ländlichen Gebieten auch künftig auf der Schiene erreichbar sein müssen. Nachdem die Bundesregierung im vergangenen Jahr das Gesetz zur Neuordnung der Eisenbahn des Bundes auf den parlamentarischen Weg gebracht hatte, übergab der Verband nun den verkehrs- und tourismuspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen eine Stellungnahme. Darin betont Verbandspräsident Hans-Ulrich Rauchfuß die Bedeutung des Schienenverkehrs für die Mobilität der Wanderer.

Würden wie geplant bis zu 9.000 Kilometer im Schienennetz stillgelegt und viele Bahnhöfe geschlossen, hätten Wanderer und andere TouristInnen nicht mehr die Möglichkeit per Bahn in ihre Zielgebiete zu reisen. „Das ist auch aus Klimaschutzgründen und ökologischen Gesichtspunkten nicht akzeptabel“, sagte Rauchfuß.

Das geplante Gesetz zur Neuordnung der Bahn müsse daher den Wettbewerb sicherstellen, der das Verkehrsangebot auf der Schiene langfristig verbessere. Erfahrungen mit der Regionalisierung des Eisenbahnverkehrs zeigten, dass die Menschen bei entsprechenden Angeboten den Umstieg von der Straße auf die Schiene nutzten und dass der Umstieg auch wirtschaftlich sei. [mbu]

- Deutscher Wanderverband, Kassel, Tel. +49 (0)561 / 938730, www.wanderverband.de

WASSER & MEERE

Umstrukturierung der EU-Kommission

EU sieht Meer um den Fisch

■ Die Europäische Kommission will durch eine Umstrukturierung der Generaldirektion Fischerei und maritime Angelegenheiten (GD FISH) die Umsetzung der neuen „integrierten Meerespolitik“ der EU vorantreiben. Die bisherige GD FISH wurde Ende März in „GD MARE“ umbenannt. Wichtigste Neuerung ist die Schaffung von drei Direktionen mit jeweils eigener geografischer Zuständigkeit, die sowohl die Gemeinsame Fischereipolitik als auch die integrierte Meerespolitik (IMP) in den drei wichtigsten europäischen Meeresregionen durchführen sollen:

- ▶ Arktis, Atlantik und Gebiete in äußerster Randlage,
- ▶ Mittelmeer und Schwarzes Meer,
- ▶ Nordsee, Ostsee und Binnenländer.

Ergänzt werden sie durch eine weitere Direktion für die Koordinierung und die Entwicklung politischer Maßnahmen. Entsprechend der Verpflichtung der EU zur Bekämpfung der illegalen Fischerei sollen die Fischereien im Mittelmeer und die Kontrolle in internationalen Gewässern nun stärker in den Mittelpunkt rücken.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte, jetzt könne man alle Fragen, die die einzelnen Meeresgebiete in Europa und die Meere im Allgemeinen betreffen, konsequent angehen. EU-Fischereikommissar Joe Borg sagte, die neue Struktur erleichtere den Einsatz aller Instrumente der EU-Fischereipolitik, mit denen die Nachhaltigkeit der europäischen Fischereien erreicht werden solle.

Caroline Alibert vom WWF begrüßte die Umstrukturierung. Sie hoffe, dass dies zu einer besseren Fischereipolitik führe. Umweltorganisationen kritisieren immer wieder die mangelnde Nachhaltigkeit der EU-Fischerei und prangern die großen Überkapazitäten der europäischen Fangflotten an, die zu Überfischung führe. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/471)

Sicherung der Fischbestände

Rettenungsplan für Kabeljau

■ Eine schärfere Verordnung der EU-Kommission soll die Fischbestände sichern. Auch die Menge des Beifangs, der unbeabsichtigt in die Netze gerät, soll künftig kontrolliert werden. Damit sich die europäischen Kabeljaubestände schneller erholen, hat die EU-Kommission eine Überarbeitung des sogenannten Bestandserholungsplans von 2005 vorgeschlagen. Die wichtigsten Änderungen sind neue Ziele zur Begrenzung der Fangmengen und eine einfachere Regelung zur Steuerung des Fischereiaufwands.

Die neue Verordnung soll die Grundlagen für eine nachhaltige Fischerei schaffen. Wenn die Bestände in den Mitgliedstaaten unter eine bestimmte Obergrenze sinken, soll das Land verpflichtet werden, die „fischereiliche Sterblichkeit“ des Kabeljaus um bis zu 25 Prozent zu verringern. Um den Beifang zu reduzieren, sollen die Tage auf See begrenzt werden. Auch die Folgen der Klimaerwärmung auf die Meeresumwelt sollen berücksichtigt werden.

Hintergrund ist ein Gutachten des Internationalen Rates für Meeresforschung (ICES), nach dem die derzeitigen Maßnahmen unzureichend sind. Von den vier betroffenen Kabeljaugebieten gebe es nur in der Nordsee „begrenzte Anzeichen einer Erholung“. Es gebe keine Zauberformel, sagte EU-Fischereikommissar Joe Borg. Man müsse einfach weniger und besser fischen.

Die Überarbeitung sieht außerdem ein neues System zur Steuerung des Fischereiaufwands vor: Während derzeit nach Stunden auf See gemessen wird, soll künftig die verbrauchte Motorleistung der Fischereifahrzeuge gelten. Das kritisierte der WWF als schwer kontrollierbar. Der neue Vorschlag schließt auch die Kabeljaubestände in der Keltischen See südlich von Irland mit ein. Bislang galt der Erholungsplan in der Nordsee, in Kattegat und Skagerrak, im östlichen Ärmelkanal, in der Irischen See und westlich von Schottland. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/fisheries/press_corner/press_releases/2008/com08_29_de.htm

Industrielle Fischerei

Verheerende Schleppnetze

■ Die in der kommerziellen Tiefseefischerei verwendeten Stahlseile haben noch schlimmere Auswirkungen auf die Fischbestände und die Meeresumwelt als bisher angenommen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie schottischer Forscher, die in der Online-Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Nature veröffentlicht wurde. Die Wissenschaftler David Bailey und John Gordon hatten die Fangzahlen aus der Schleppnetzfisherei vor der irischen Küste zwischen 1979 und 1989 mit denen von 1997 bis 2002 verglichen und konnten zeigen, dass die Schleppnetze immer tiefer eingesetzt wurden und die Zahl der Fische um etwa 50 Prozent abnahm.

Umweltorganisationen kämpfen seit Jahren gegen die Tiefsee-Schleppnetzflotten, die beschwerte Netze über den Meeresgrund ziehen. Neben der großen Menge an Beifang, der nicht genutzt werden kann, zerstört diese Art des Fischfangs auch den Meeresboden und insbesondere Tiefseeekorallen. [bv]

- ▶ www.pressext.at/pte.mc?pte=080312028

Globale Erwärmung

Klimawandel erreicht Tiefsee

■ Die Wirkung des Klimawandels ist auch in der Tiefsee bereits klar erkennbar. Darauf wies die Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung, Karin Lochte, Anfang April gegenüber der taz hin. Messreihen im Meeresgebiet zwischen Spitzbergen und Grönland zeigten, dass die durchschnittliche Temperatur am Meeresgrund dort seit 2002 um 0,06 Grad angestiegen sei. Für die Tiefsee sei das sehr viel, warnte Lochte. Mehrjährige Messreihen an einem Ort lagen bisher für so tiefe Meeresregionen nicht vor. [bv]

- ▶ AWI, Karin Lochte, Bremerhaven, Tel. +49 (0)471 / 4831-1101, E-Mail: karin.lochte@awi.de, www.awi.de

Schiffstreibstoffe**Strenge Schwefelgrenzwerte**

■ Ab 2020 dürfen Schiffstreibstoffe nicht mehr als 0,5 Prozent Schwefel enthalten, so die unerwartet positive Entscheidung des Ausschusses für die Meeresumwelt der Internationalen Meeresorganisation IMO Anfang April. Dieser Schritt, der von den IMO-Regierungen im Oktober bestätigt werden soll, wurde von der EU seit Langem erwartet und wird auch für weitere Schadstoffe wie Stickstoffoxide, Feinstaub und andere Treibhausgase erhofft.

Der Höchstwert für Schwefel in Schiffstreibstoffen liegt derzeit bei 4,5 Prozent. Der Grenzwert soll nun stufenweise sinken, angefangen mit 3,5 Prozent im Jahr 2012. Allerdings entsprechen 0,5 Prozent immer noch 5.000 ppm (parts per million), das ist viel im Vergleich zum Schwefelgehalt bei Kfz, der kaum mehr als 10 ppm beträgt. In den sogenannten Schwefelsondergebieten wie der Nord- und Ostsee gelten bereits strengere Grenzwerte. Hier liegt der Grenzwert ab 2020 bei 0,1 Prozent. Den Schiffseignern bleibt allerdings ein Schlupfloch: gibt es nicht genug schwefelarme Kraftstoffe am Weltmarkt, können Ausnahmen gewährt werden.

Nach Schätzung von Friends of the Earth können durch schwefelärmere Schiffstreibstoffe jährlich rund 50.000 vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung vermieden werden. [bv]

► www.imo.org

Integrierte Meerespolitik**Fischen im Ökosystem**

■ Die EU-Kommission hat die Rolle der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) bei einer ökosystemorientierten Bewirtschaftung der Meeresgebiete betont. In einer Mitteilung vom April beschreibt sie den möglichen Beitrag der GFP zum Schutz des ökologischen Gleichgewichts der Ozeane. Die wichtigsten Ziele seien die Reduzierung des Fischereidrucks auf die Meeresumwelt sowie die umfassende Nutzung der

nach den EU-Richtlinien möglichen Maßnahmen. Die Mitteilung ist Teil des ersten Maßnahmenpakets der neuen integrierten Meerespolitik. [bv]

- www.europa.eu/rapid/ (Reference IP/08/566)
- www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/index_de.html

Nord- und Ostsee**Munitionsunfälle nicht nur durch Kriegsalasten**

■ Munition an und auf den Meeren sind nicht nur eine Altlast vergangener Weltkriege, auch versenkte Munition von NATO, Sowjetarmee oder NVA kann Ursache von Unfällen sein. Der Meeresbiologe Stefan Nehring hat in der Zeitschrift *Waterkant* die erste umfassende Bilanz der Unfälle mit Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee veröffentlicht. Im Unterschied zur Ostsee seien in der Nordsee deutlich größere Mengen konventioneller Munition entsorgt worden. Schwerpunkt sei die niedersächsische Küste. Hier lägen in der Zwölf-Seemeilen-Zone mindestens 300.000 Tonnen Munition. In der schleswig-holsteinischen Nordsee seien es schätzungsweise mindestens 100.000 Tonnen. Nehring zufolge sind zwischen Emden und Sylt seit 1945 mindestens 115 Menschen bei Munitionsunfällen getötet worden.

Nehring und die Aktionskonferenz Nordsee (AKN) fordern eine sofortige und umfassende Meldepflicht für alle Kampfmittelfunde und -unfälle sowie für Munitionsverluste, ferner die Eintragung aller potenziell belasteten Flächen in die amtlichen Seekarten. Zum Schutz der Touristen sei ein umfassendes Verbot des Bernsteinsammelns für alle bekannten Phosphor-Problemgebiete wie Usedom (Vorpommern), Laboe (Kieler Förde) und Tossens (Jadebusen) anzuordnen und durchzusetzen. [bv]

- Aktionskonferenz Nordsee e.V., Nadja Ziebarth, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 77675, E-Mail: nadja.ziebarth@aknev.org, www.waterkant.info

Golf von Mexiko**Biosprit nährt Todeszone**

■ Wissenschaftler haben davor gewarnt, dass der Ausbau der Biospritproduktion in den USA durch die intensive Düngung die „Todeszone“ im Golf von Mexiko drastisch ausweiten wird. Zu diesem Ergebnis kommt eine in der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins *PNAS* veröffentlichte Studie von Simon Donner und Chris Kucharik. Sollten die USA wie geplant bis 2022 jährlich bis zu 136 Milliarden Liter Ethanol herstellen, davon 56 Milliarden Liter aus Maisstärke, würde dies die tote Zone im Golf südlich der USA noch größer werden und noch mehr Fische sterben lassen. Schon jetzt ist die Todeszone an der Mississippimündung etwa so groß wie Rheinland-Pfalz. Verantwortlich dafür sind die Nährstoffe, die durch die Überdüngung der Felder ins Wasser gelangen. [bv]

- www.kurzlink.de/todeszone-biosprit

Saalekanal**Bund plant Kanal ohne Schiffe**

■ Veraltete Wirtschaftlichkeitsprognosen bei der Planung zum Saalekanal hat der BUND im April kritisiert. Niedrigwasser und Trockenheit an Elbe und Saale sowie die weitgehende Abwicklung der tschechischen Elbflotte würden verschleiern. An Saale und Elbe sei bereits absehbar, dass der geplante Kanal nutzlos sei, weil das häufige Niedrigwasser der Elbe die ganzjährige Fahrt von Europaschiffen über zwei Meter Tiefgang nicht zulassen werde, erklärte der BUND. Der geplante Saalekanal werde ähnlich wie der Main-Donau-Kanal den Druck auf die Kanalisierung des Flusses erhöhen und die Zerstörung einer der letzten naturnahen Flusslandschaften in Deutschland mit verursachen. Bundesverkehrsminister Tiefensee müsse das Planungsverfahren sofort einstellen. [bv]

- BUND-Elbeprojekt, Dr. Ernst Paul Dörfler, Tel. +49 (0)39244-290, E-Mail: epd@gmx.de, www.elbeinsel.de

Deutschland hat großen Nachholbedarf beim Erhalt der biologischen Vielfalt

Vor dem UN-Biodiversitätsgipfel im Mai in Bonn haben die Umweltverbände DNR, BUND, NABU und Euronatur einen Katalog mit Forderungen an die Bundesregierung und die Länder vorgelegt. Wer von anderen den Schutz von Arten und Lebensräumen verlangen wolle, dürfe damit nicht im eigenen Land zurückstehen. Die Verbände fordern schnelle Fortschritte unter anderem bei Schutzgebieten.

■ Vor der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt, die vom 19. bis 30. Mai 2008 in Bonn stattfindet, haben der Deutsche Naturschutzring (DNR), der BUND, der Naturschutzbund (NABU) und Euronatur in Berlin einen zehn Punkte umfassenden Forderungskatalog zum Erhalt der biologischen Vielfalt vorgelegt (siehe auch S. 18). Die Verbände fordern von Bund und Ländern rasche Fortschritte vor allem beim gerechten Vorteilsausgleich für Nutzungen der biologischen Vielfalt (siehe auch S. 21), bei der Einrichtung eines weltweiten Systems von Schutzgebieten und bei Schutzmechanismen für den Wald. „Deutschland hat einen großen Nachholbedarf bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt im eigenen Land“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl.

Deutschland wirtschaftet alles andere als nachhaltig

Deutschland und seine Bürger trügen mit ihrem Konsumverhalten und ihren Wirtschaftsverknüpfungen maßgeblich zur Gefährdung der biologischen Vielfalt in anderen Ländern und Kontinenten bei, sagte Weinzierl. Der ökologische Fußabdruck der Bundesrepublik sei doppelt so groß wie das Land selbst: Um die Bedürfnisse der Deutschen zu decken, werde derzeit eine Fläche in Anspruch genommen, die mehr als doppelt so groß ist wie die Bundesrepublik. So trage der Import von Biomasse zum Beispiel aus Palmöl zur Zerstörung der besonders artenreichen Regenwälder bei, ebenso die Nutzung bestimmter dort wachsender Holzsorten. Der DNR-Präsident forderte: „Solange es keine Zertifizierung gibt, muss ein Moratorium beim Import von Biomasse eingeführt werden.“

Besonders gefordert seien Bundesregierung, Länder, Wirtschaft und Gesellschaft bei der Umsetzung der nationalen Strategie

zur biologischen Vielfalt. In Waldgebieten müsse eine natürliche Entwicklung auf fünf Prozent der Fläche und bei Wäldern in öffentlicher Hand auf zehn Prozent der Fläche möglich sein.

Ein großes Defizit sieht Weinzierl auch bei der nationalen Umsetzung der Globalen Strategie zur Erhaltung der Pflanzen. Hier müssten die für die Sicherung der Pflanzenvielfalt wichtigsten Gebiete ermittelt und geschützt werden.

„Naturschutz ist Klimaschutz“

Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger, betonte: „Naturschutz ist auch Klimaschutz.“ Der Erhaltung von Biotopen mit einer hohen CO₂-Speicherung wie Wäldern, Mooren und Feuchtgebieten komme aus dieser Sicht eine große Bedeutung zu. Dennoch werde nach wie vor auch in Deutschland Torf abgebaut, was zum Beispiel in Niedersachsen acht Prozent der von Menschen verursachten CO₂-Emissionen ausmache.

Weiger forderte die Bundesregierung auf, umgehend entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um der weiteren Zerstörung solcher CO₂-Senken und -Speicher entgegenzuwirken. Sie dürfe auch keine „Klimaschutzmaßnahmen“ fördern, die die Biodiversität schädigten, wie das etwa bei Wasserkraft und Agrokraftstoffen teilweise der Fall sei. Zur Milderung von Effekten des Klimawandels sei die Renaturierung von Feuchtgebieten wie Mooren, Auen und Gewässern sinnvoll.

Um den Arten ein Ausweichen vor ungünstigen Klimafolgen zu ermöglichen, müssten Schutzgebiete erweitert, Biotope und Arten vernetzt, die gesamte Landschaft durch naturverträgliche Landwirtschaft durchlässiger gemacht und die Belastung der Natur durch andere Faktoren wie Flächenverluste und Eutrophierung reduziert werden. „Je intakter

die Natur ist, desto flexibler kann sie auf die Änderungen durch den Klimawandel reagieren“, so der BUND-Vorsitzende. Besondere Berücksichtigung sollten die am meisten gefährdeten Gebiete wie die Alpen oder das Wattenmeer erfahren.

Schranken für die industrielle Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft fordert der BUND die Reduzierung des Stickstoffüberschusses auf maximal 20 Kilogramm pro Hektar statt des heutigen Wertes von durchschnittlich 110 Kilogramm. Dies soll durch eine Besteuerung von Kunstdünger erfolgen. Ferner müssten die Düngeverordnung verbessert und die Ausnahmeerlaubnis für Grünland abgeschafft werden, nach der bis zu 230 Kilogramm Stickstoff pro Hektar ausgebracht werden können. Düngeüberschüsse sollten mit Bußgeldzahlungen belegt werden. Ähnliches gilt für die Nutzung von Pestiziden, Antibiotika und Hormonen.

Im Rahmen der sogenannten zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik müssen zudem wesentlich mehr Mittel für die Finanzierung des Schutzgebietsnetzes Natura 2000 und für den Vertragsnaturschutz bereitgestellt werden. Überfällig sei auch die Streichung von Förderanreizen mit negativen Folgen für Natur und Umwelt. Gestärkt werden müsse dagegen der Ökolandbau, der durch den sparsamen Einsatz von Düngemitteln und den Verzicht auf Chemie die Artenvielfalt fördere.

Bewirtschaftungspläne für FFH- und Vogelschutzgebiete

„Die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie sind die maßgeblichen Instrumente zur Bewahrung der biologischen Vielfalt in der EU und in Deutschland, die auch weltweit eine Vorbildfunktion haben“, betonte NABU-Präsidiumsmitglied Hans-Joachim

Mader. Bestrebungen der Bundesländer, diese Richtlinien abzuschwächen, sei entschieden entgegenzutreten. „Die Energie, die die Länder derzeit hierfür aufbringen, sollte besser darauf verwendet werden, den Schutz auch endlich umzusetzen“, sagte Mader. „Wenn es unter Beteiligung aller Betroffenen erstellte Bewirtschaftungspläne für die FFH- und Vogelschutzgebiete mit klaren Vorgaben für Bewirtschaftung und – wo erforderlich – Entschädigungen gibt, werden sich viele der von den Ländern aufgeführten Probleme von selbst lösen und die Akzeptanz wird steigen.“

Wasserrahmenrichtlinie mit weltweiter Vorbildfunktion

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie mit ihrer Verpflichtung zur Erreichung eines guten ökologischen Zustands für die Gewässer in Europa stellt nach Ansicht des NABU das maßgebliche Instrument für die Erhaltung der Biodiversität in und an Gewässern mit weltweiter Vorbildfunktion dar. Das bedeute, dass alle Gewässer wieder eine naturnahe Artenvielfalt haben und für die Gewässerorganismen ökologisch durchgängig sein müssten.

Die Einbeziehung von Auen als Lebensräume mit besonders hoher Biodiversität erfordert laut Mader die Wiedereinrichtung natürlicher Überschwemmungsflächen, etwa durch Deichrückverlegungen, da sie eine Schlüsselrolle für die Vielfalt an Fischen, Amphibien, Krebsen besäßen. Damit werde gleichzeitig ein langfristig vorsorgender Hochwasserschutz betrieben.

Der gute ökologische Zustand könne nur erreicht werden, wenn die Beeinträchtigung der Gewässer durch Kanalisierung, Verbauung und Stoffeintrag auch ökonomisch in Rechnung gestellt und so entsprechende Verbesserungsmaßnahmen finanziert werden, sagte der NABU-Experte. Für die Nutzung und Beeinträchtigung von Gewässern durch Schifffahrt, Wasserkraft, Industrie und Landwirtschaft müsse eine entsprechende Gebühr durch die Nutzer gezahlt werden.

Kaum noch unzerschnittene Räume

Mader wies darauf hin, dass die Zerschneidung und Isolierung von Lebensräumen

eines der gravierendsten Probleme für die Biodiversität in Deutschland sei. Nur noch auf 23 Prozent der Fläche der Bundesrepublik fänden sich unzerschnittene verkehrsarme Räume in der Größe von einhundert Quadratkilometern oder mehr. Solche Räume müssten großflächig erhalten werden.

Deutschland hauptverantwortlich für den Schutz der Buchenwälder

„Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für den Schutz der europäischen Laubwälder und insbesondere der Buchenwälder“, sagte Euronatur-Präsident Hartmut Vogtmann. „Schließlich befindet sich ein stolzes Viertel der weltweiten Buchenwaldfläche im Bundesgebiet.“ Die Maßnahmen des bestehenden Programms müssten umgesetzt werden. Zusätzlich sei ein Sofortprogramm erforderlich, das zehn Prozent der Buchenwälder unter Schutz stelle. Diese müssten komplett aus der Bewirtschaftung genommen werden, forderte Vogtmann. Die genutzten Waldbestände bräuchten eine Zertifizierung nach dem FSC- oder Naturland-Standard.

Auch bei der Vogeljagd gibt es nach Meinung von Euronatur dringenden Handlungsbedarf. Es dürfe nicht sein, dass einige europäische Länder die EU-Vogelschutzrichtlinie und damit eines der wichtigsten Instrumente zum Erhalt der biologischen Vielfalt missachteten, sagte Vogtmann. Jedes Jahr würden in Europa weit über 100 Millionen Vögel legal geschossen oder gefangen, auch solche, die wie der Kiebitz in Deutschland auf der Roten Liste stünden. „Wir müssen alles tun, um die Zugrouten der Vögel sicherer zu machen“, forderte Vogtmann. „Nur so können wir den europaweit dramatischen Bestandsverlusten effektiv entgegenwirken.“

Biomasse direkt, dezentral und stationär nutzen

Der Euronatur-Präsident betonte außerdem, dass die Nutzung von Biomasse nicht vorbehaltlos zu begrüßen sei. „Geplante Maßnahmen zum Klimaschutz werden mehr und mehr zu einer ernsthaften Bedrohung für die Artenvielfalt“, sagte

Vogtmann und sprach sich in diesem Zusammenhang gegen die Beimischung von Agrokraftstoffen aus. „Anstatt mit hohem Energieaufwand Biomasse in flüssige Brennstoffe umzuwandeln, sollten wir die Biomasse lieber direkt nutzen.“ Aber auch hier sei Vielfalt gefragt. Die verschiedenen Lösungen müssten alle dezentrale Ansätze verfolgen und sich auf den stationären Einsatz beschränken. Der Anbau der Biomasse müsse dabei immer ökologisch verträglich erfolgen. [mb]

- Forderungskatalog: „Erhaltung der biologischen Vielfalt: Forderungen der deutschen Umweltverbände an Bund und Länder“, 18.04.2008. Bezug: DNR (s.u.), Download: www.dnr.de/presse/docs/10PunktezurCOP-nationaleForderungen.pdf
- DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)160 / 97209108, E-Mail: sekretariat@dnr.de, www.dnr.de, www.biodiv-network.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Jahr der sanitären Grundversorgung

Für Wasserversorgung in öffentlicher Hand

Das Forum Umwelt und Entwicklung und das Netzwerk Unser Wasser haben sich für eine ressourcenschonende kommunale Wasserwirtschaft auf der ganzen Welt ausgesprochen. Anlässlich des Internationalen Tages des Wassers im April verlangten VertreterInnen des Umweltnetzwerks Grüne Liga, des Food First Information and Action Network (FIAN), der Gewerkschaft Verdi und weiterer Nichtregierungsorganisationen, die europäische Entwicklungs- und Außenpolitik dürfe dem Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung nicht entgegenstehen. Die Umwelt- und Entwicklungsverbände forderten einen besseren Umwelt- und Wasserschutz, mehr Transparenz bei Verträgen sowie den Stopp der Liberalisierung der lokalen Wasserinfrastruktur. Sascha Gabizon von der Organisation Women

in Europe for a Common Future (WECF) betonte: „Nur ein Umdenken in Richtung dezentraler, umweltfreundlicher Abwasserbehandlung kann dazu führen, dass auch in den ärmsten Gegenden der EU sichere, für alle bezahlbare Abwassersysteme installiert werden.“ [tt]

- DNR-Gesprächskreis Wasser, Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-44, Fax -33, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.dnr.de

Stadtökologie

Verbände kooperieren mit Deutschem Städtetag

■ Vertreter der Umweltverbände und Umweltperten des Deutschen Städtetages haben in Köln über eine mögliche Zusammenarbeit beraten. Vertreten waren der DNR, der BUND und sein bayerischer Partner Bund Naturschutz sowie der Deutsche Tierschutzbund und die Naturfreunde. Mehrere gemeinsame Projekte wurden auf den Weg gebracht. So soll es eine Öffentlichkeitskampagne geben, um die Bevölkerung über Bedeutung und Vorteile der kommunalen Daseinsvorsorge zu informieren. Der Städtetag will die Umweltverbände dabei unterstützen, ein „Schwarzbuch Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge“ zu erarbeiten.

Angestrebt wird zudem ein Pilotprojekt „CO₂-neutrale Kommune“ mit Unterstützung des Deutschen Instituts für Urbanistik. Dabei sollen in einem Planspiel die Schritte für eine Umsetzung ebenso wie mögliche Widerstände aufgezeigt werden. Außerdem wollen DNR und Städtetag ihre Positionen zum Umweltgesetzbuch abstimmen, wobei der Städtetag die Forderung des DNR nach einer naturschutzfachlich orientierten Eingriffsregelung unterstützt. Weitere Themen waren Feinstaub, die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Tiere in der Stadt. [mb]

- Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, sekretariat@dnr.de, www.dnr.de

Raumordnungsgesetz

Entwurf nicht zukunftsgerecht

■ Der Deutsche Naturschutzring hat die geplante Neufassung des Raumordnungsgesetzes des Bundes (ROG) kritisiert. Bei einer Anhörung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im April sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen, der Gesetzentwurf lasse übergeordnete Ziele wie Klima- und Biodiversitätsschutz unberücksichtigt. Vor allem vermisst der DNR eine Verknüpfung mit dem geplanten Umweltgesetzbuch, der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Biodiversitätsstrategie. Es fehle das Gebot der Reduzierung des täglichen Landschaftsverbrauchs auf 30 Hektar sowie die Berücksichtigung von Naturlandschaften beim Leitbild für eine nachhaltige Raumentwicklung. Der DNR stütze sich im Einzelnen auf eine Stellungnahme seines Mitgliedsverbandes Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN). [mb]

- DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)228 / 359005, sekretariat@dnr.de, www.dnr.de
- BBN-Stellungnahme, Bezug: DNR

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Ethikpreis

Blue Planet Award 2008

■ Die Stiftung Ethik und Ökonomie – Ethecon bittet um Nominierungen für die „Planet Awards“. Bis zum 30. Mai werden formlose Bewerbungen für den „Blue Planet Award“ und den „Black Planet Award“ entgegengenommen. Ersterer zeichnet Personen für herausragende Leistungen zur Rettung der Erde aus, wohingegen letzterer die größten Umweltsünder krönt. Beide Preise sind undotiert und werden seit 2006 jährlich vergeben. [tt]

- Ethecon, Berlin, Tel./Fax +49 (0)30 / 6316251, E-Mail: info@ethecon.org, www.ethecon.org

Büro-Umweltwettbewerb

...geht in die Verlängerung

■ Der vom Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e. V.) ausgelobte Wettbewerb „Büro und Umwelt“ ist wegen großer Resonanz um einen Monat verlängert worden. Unternehmen jeder Größe, öffentliche Einrichtungen und andere Institutionen können noch bis zum 31. Mai online teilnehmen und als umweltfreundliches Büro ausgezeichnet werden. Die Bestplatzierten erhalten Preise im Gesamtwert von 10.000 Euro und eine Auszeichnung durch Bundesumweltminister Sigmar Gabriel.

Der Fragebogen bezieht sich auf Büroorganisation, Geräte, Material, Möbel, Reinigung und Entsorgung. Er soll auch als Checkliste zur Selbstprüfung dienen. Mit dem Wettbewerb möchte B.A.U.M. für den schonenden Umgang mit Ressourcen im Büroalltag und die Beachtung von Umweltaspekten bei der Büroartikelbeschaffung werben. Der Verband schätzt, dass in deutschen Büros jährlich 800.000 Tonnen Papier und 63 Millionen Tonerpatronen und -kartuschen verbraucht werden. [mb]

- B.A.U.M. Regionalbüro Hannover, Dieter Brübach, Tel. +49 (0)511 / 1650021, E-Mail info@buero-und-umwelt.de, www.buero-und-umwelt.de

Preis für Nachhaltigkeitsprojekte

Brauerei zeichnet aus

■ Die ökologische Brauerei Neumarkter Lammsbräu verleiht im September erneut ihren Nachhaltigkeitspreis. Dafür können Bewerbungen bis zum 21. Mai eingereicht werden. Von Privatpersonen bis zu Schulklassen können sich alle bewerben, die sich im sozialen, wirtschaftlichen oder ökologischen Bereich für eine „Kultur der Nachhaltigkeit“ eingesetzt haben. Der seit 2002 jährlich vergebene Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. [tt]

- Neumarkter Lammsbräu, Neumarkt i.d.OPf., Tel. +49 (0)9181 / 404-0, Fax -49, E-Mail: info@lammsbraeu.de, www.lammsbraeu.de

REZENSIONEN

Konflikte und Kriege rund ums Klima

„Weitermachen-wie-immer“ wird unweigerlich in die Katastrophe führen. In die soziale Katastrophe, als die sich die sogenannten Naturkatastrophen letztlich immer erweisen. Harald Welzer entwirft ein erschreckendes Szenario einer von Krisen überforderten Gesellschaft.



■ Wird das 21. Jahrhundert das der Ökologie oder werden die Umweltprobleme so immens, dass Kriege die Tagesordnung dominieren? Sollen wir „Weitermachen-wie-üblich“ oder muss endlich

etwas geschehen, um das Schlimmste zu verhindern? Glaubt man den Prognosen der Klima-Modellierer werden weite Teile Europas Inseln der Glückseligkeit bleiben – zumindest was die unmittelbaren Folgen des Klimawandels anbelangt. Doch die zu erwartenden Umweltveränderungen haben eine andere, weit gefährlichere Dimension. Hiervon weiß der Sozialpsychologe Harald Welzer zu berichten: Klimakriege unterschiedlichster Ausprägung, vom Konflikt um knapper werdende Ressourcen bis hin zum Terrorismus, könnten über uns hereinbrechen. Dazu ein Heer von Klimaflüchtlingsen, das an die Festungen Europa und USA anklopft, um sich den Einlass notfalls auch mit Gewalt zu erzwingen.

Um es vorweg zu nehmen: Das Buch „Klimakriege“ ist ein ebenso anspruchsvolles wie phasenweise düsteres Werk. Welzer hält den Begriff „Naturkatastrophe“ für eine „semantische Fahrlässigkeit“. Am Beispiel des Beinahe-Untergangs der US-amerikanischen Stadt New Orleans im Jahre 2005 legt er zu Beginn dar, dass sich der „gesamte Ereigniszusammenhang vom Ignorieren der Überflutungsgefahr bis zum völlig unzureichenden Katastrophenschutz“, von der entstehenden Anarchie „bis hin zur Schöpfung einer neuen Kategorie von Flüchtlingen (...) viel treffender als eine soziale Katastrophe“ bezeichnen lässt. Ein Aspekt ist hierbei besonders wichtig: „Soziale Katastrophen entblößen

die Hinterbühne der Gesellschaft“, legen ihren „Dysfunktionszusammenhang offen“ und „legen bloß, auf welchen Normalitätsannahmen ihr Funktionieren beruht“. Wer also wissen will, wie Gesellschaften in Krisensituationen reagieren, dürfe diese nicht unter „Normalbedingungen“ untersuchen. Doch gerade hier hätten die Sozial- und Kulturwissenschaften bisher versagt: Sie seien „normalitätsfixiert und katastrophenblind“. Genau dort setzt Welzer an. Er analysiert den Hergang und die Motivation sozialer Katastrophen der Vergangenheit und überträgt die gewonnenen Erkenntnisse auf die drohende Klimakatastrophe der Zukunft. An den Beispielen des Völkermordes in Ruanda und des Holocausts im Dritten Reich wird erörtert, wie Werte sich verändern, das Unfassbare möglich werden kann. Selten gibt es für derartige soziale Katastrophen einen „starting point“, geschweige denn eine monokausale Erklärung. Entscheidend ist, dass es durch die allmähliche Schaffung neuer Wirklichkeiten zu einer kaum spürbaren Verschiebung der Referenzlinien kommt. Immer wenn Bedrohungen das wahrgenommene Handlungsspektrum einengen und rasche Entscheidungen gefordert scheinen, können sich Moral und Werte überraschend schnell neu justieren mit der Folge, dass Repressalien und Gewalt zunehmend als normal eingestuft werden. Bei der überlebensgroßen Dimension des Klimawandels ist in der Tat Schlimm(st)es zu befürchten. Welzer hält dies für das wahrscheinlichste Szenario. Seine Argumentationskette ist „leider“ oftmals sehr überzeugend – schön für Buch und Autor, erschreckend, wenn die Befürchtungen jemals Realität werden sollten.

[Christoph Hirsch]

► Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird. S. Fischer, Frankfurt/M. 2008, 300 S., 19,90 €, ISBN 978-3-10-089433-5

Waldsterben von unten

Große Maschinen hinterlassen in Wäldern auf der ganzen Welt eine Schneise der Zerstörung. Mit Peter Wohlleben hat der ursprüngliche Wald einen Hüter gefunden.



■ „Einer der letzten Urwaldriesen fällt rauschend zu Boden. Mit ihm verschwinden zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Schachbrettartige Plantagen mit fremden Baumarten

beanspruchen plötzlich tausende von Quadratkilometern. Großmaschinen, die das Holz ernten, hinterlassen auf Jahrzehnte verwüsteten Boden. (...) Sie glauben wir sprechen über Urwaldvernichtung in der Dritten Welt? Nein, wir sprechen von Deutschland.“

Was uns im Falle der sogenannten Entwicklungsländer hinlänglich bekannt ist, spielt sich tagtäglich auch bei uns ab. Doch es scheint sich kaum jemand dafür zu interessieren. Beim Thema „Waldsterben“ war das noch anders, doch mit Schlagworten wie Wildverbiss, Trophäenlust und Fichtenhölle lässt sich keine Quote erzielen. Dabei tut Aufklärung Not. Allzu sehr haben wir uns an die naturfernen Wälder, pardon: Forste, gewöhnt, zu wenig wissen wir darüber, wie ein Wald in Deutschland eigentlich aussehen müsste.

Peter Wohlleben, von Beruf Förster und nun auch Buchautor, erzählt davon und entwirft ein liebevolles Plädoyer für die heimliche Herrscherin deutscher Wälder, die Buche. Doch warum dominieren Fichte & Co. weite Teile unseres Landes? Als „Waldsterben von unten“, bezeichnet Wohlleben das Phänomen, welches die Buche zurückdrängt. Ihre Keimlinge werden von einem anormal hohen Wildtierbestand als schmackhafte Delikatesse eingestuft, während der Verzehr der natürlichen Verjüngung der Nadelgehölze weitgehend unterbleibt. Das Ökosystem Wald ist längst aus dem Gleichgewicht, und es wird wenig

dafür getan, dieses wiederherzustellen. Zu den Fehlern der Vergangenheit, als man die natürlichen Fressfeinde von Reh und Hirsch ausrottete, gesellen sich aktuell der Import besonders prestigeträchtiger (und potenter) Geweihträger sowie die Unsitte des winterlichen Zufütterns. Weidmannsheil, Weidmannsdank! Eine unsachgemäße Art der Waldbewirtschaftung tut ihr Übriges, um die Künstlichkeit unserer Wälder zu erhöhen.

Wohlleben indes beweist, dass es auch anders geht. Er ist Leiter eines konsequent ökologisch ausgerichteten Reviers, durch das er alljährlich über Tausend Interessierte führt. Das hierbei vermittelte Wissen hat er nun zu Papier gebracht. Ein gelungenes Büchlein für einen schönen Leseabend. **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Wohlleben, P.: Wald ohne Hüter. Im Würgegriff von Jagdinteressen und Forstwirtschaft. Adatia, St. Augustin 2008, 131 S., 12,90 €, ISBN 978-3-940461-01-8

Städte als Versuchsfelder für Entwicklung ohne Wachstum



Ein handliches Buch in der Reihe „Bauwelt Fundamente“ widmet sich den schrumpfenden Städten in Deutschland. Wie die Herausgeberinnen feststellen, ist die seit der Wende in Ostdeutschland schockartig und in Westdeutschland erst partiell und schleichend einsetzende Entwicklung des Leerfallens von Gebäuden und Flächen jeder Art noch zu jung und nicht mit früheren Prozessen etwa in Detroit oder Manchester vergleichbar, um bereits einen Grundlagenband zum stadtplanerischen Umgang mit diesem der bisherigen Wachstumsentwicklung entgegenstehenden Prozess vorzulegen. Dem Sammelband gelingt es aber, in übersichtlichen Beiträgen von in der einschlägigen Forschung und Praxis beheimateten Au-

torinnen und Autoren den aktuellen Wissens- und Diskussionsstand darzulegen.

Dass sich unterschiedliche Beiträge auf dieselben demografischen Referenzwerte und -aussagen (was nicht selbstverständlich ist) oder immer wieder auf die Themen und Projekte der Leipziger Stadtentwicklung beziehen, zeigt ein gemeinsames Fundament und eine erfreuliche herausgeberische Arbeit an. Die demografische Einordnung ist dabei nicht zu unterschätzen, denn so wird deutlich, dass die Schrumpfungsprozesse kein ostdeutsches Phänomen sind, das bei besserer Wirtschaftslage von allein verschwinden würde. Vielmehr sinkt die Gesamtbevölkerung Deutschlands in den kommenden 45 Jahren deutlich und die „Löcher“ der aufgegebenen Nutzungen werden dort zuerst sichtbar, wo die Marktbedingungen am unattraktivsten sind.

Dies ist dann über alle räumlichen Ebenen hinweg nachvollziehbar: Attraktive Regionen können noch weiter wachsen, schwächere verlieren deutlich an Einwohnern, einzelne Städte können sich durch besondere Wirtschaftskraft oder landschaftliche Qualitäten „behaupten“, in derselben Region schrumpfen benachbarte Städte, in einer Stadt konkurrieren Quartiere und hier wiederum Straßen besserer und schlechterer Lage, und sogar innerhalb eines Hauses gibt es den Leerstand im Erdgeschoss und die problemlos vermietbare Wohnung weiter oben.

Das hochkomplexe System ökonomischer, sozialer, geschichtlicher, politischer, psychologischer und räumlicher Kräfte entzieht sich dabei rein planerischen Strukturmodellen, etwa dem der „Schrumpfung von außen nach innen“, und eindimensionaler Steuerung. Besonders die Freiraumplanung wird ein größeres Gewicht in den Städten bekommen und der Planungsprozess wird generell flexibler, beteiligungsorientierter, projekthafter und ergebnisoffener werden müssen.

[Roland Quester]

- ▶ Giseke, U.; Spiegel, E. (Hrsg.): Stadtlichtungen. Irritationen, Perspektiven, Strategien. Birkhäuser, Gütersloh 2007, 270 S., 24,90 €, ISBN 978-3-7643-8357-2

Kompromisslos für die Umwelt



Nur wenige Persönlichkeiten haben die Menschen auf so unvergessliche Weise für die Wunder dieser Erde begeistern können wie er: Jacques Cousteau. Seine Biografie

Susan Schiefelbein hat ihre Eindrücke, hauptsächlich aber Texte von Cousteau selbst nun in einem Buch veröffentlicht. Sie macht keinen Hehl aus ihrer Bewunderung für den schmächtigen Mann. „Der Mensch, die Orchidee und der Oktopus“ ist nicht die erste Biografie, die über Cousteau veröffentlicht wurde, auch sein Sohn, der in seine Fußstapfen trat, hat bereits eine geschrieben. Die Journalistin Schiefelbein hat über zwanzig Jahre mit Cousteau an Textprojekten gearbeitet. Daraus ist – ergänzt durch eine Einführung und eine Zusammenstellung von themenbezogenen Fakten seit Cousteaus Tod im Jahr 1997 – eine spannende Sammlung geworden.

Cousteaus preisgekürnte Fernsehdokumentationen über Korallenriffe, über die Ozeane und ihre Bewohner oder über das Amazonasgebiet haben nicht nur dazu geführt, dass in so mancher Familie der längst überfällige Farbfernseher angeschafft wurde. Auch sein politisches Engagement für den Schutz der Meere und sein Kampf gegen Umweltverschmutzung sind beispielhaft. Während Cousteau für seine Tauchgänge erst noch Gerät erfinden und entwickeln musste, um die bunten Geschöpfe der Ozeane in die Wohnzimmer zu bringen, war es noch allgemein üblich, hochgiftigen und radioaktiven Müll ins Meer zu kippen. Während er den blauen Planeten mit seinem Forschungsschiff Calypso bereiste, zerstörten Raubbau und Überfischung bereits die Lebensgrundlagen der Meeresbewohner. „Wir hacken und schneiden und meißeln an unserer Insel Erde herum“, schrieb Cousteau, „als ob Zerstörung Fortschritt sei.“ Erst 1994 wurde die Verklappung von Atommüll in

den Meeren verboten – auch ein Verdienst von Jacques Cousteau. Der streitbare Franzose nahm kein Blatt vor den Mund, wenn es um den Schutz der Umwelt ging. „Wenn ich meine Proteste in Atomfragen zum Ausdruck brachte, erhielt ich oft Mitteilungen von Technikern, sogar von Politikern, in denen sie mich ermahnten, ich solle weiter meine Boote steuern, die Atomkraft sei nicht meine Angelegenheit. Sie haben Recht. Es ist jedermanns Angelegenheit.“

Der weitgereiste Cousteau war einer der ersten Weltbürger – meist mit winddichter Jacke und roter Mütze bekleidet oder im Taucheranzug zu sehen. Er war risikofreudiger Meeres- und Urwaldforscher, Erfinder, Antiatomaktivist, Filmemacher und Philosoph in einer Person. Und trotz der überall sichtbar werdenden Zerstörung in den Meeren war er Optimist. Seine Biografie schließt ihren Ausblick mit den Worten: „Wir müssen endlich handeln, bevor es zu spät ist“. Cousteau hätte seinen Glauben an die Utopie bewahrt und sicher „bon courage“ gewünscht: Nur Mut!

[Juliane Grüning]

- ▶ Cousteau, J.; Schiefelbein, S.: Der Mensch, die Orchidee und der Oktopus. Mein Leben für die Erforschung und Bewahrung unserer Umwelt. Campus, Frankfurt/M. 2008, 371 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-38564-8

Afrikanische Unbeugsame



■ Als Wangari Muta Maathai 2004 den Friedensnobelpreis bekam, freute sich ihr Geburtsland Kenia mit ihr. Zumindest diejenigen, die ihre Art des Denkens und Handelns gut hießen.

Die Biologin bekam die Auszeichnung für „ihren Einsatz zur Erhaltung der Umwelt und zur Durchsetzung der Menschenrechte“. Um das zu feiern, tat sie, was sie immer tat: sie pflanzte einen Baum. Die charismatische Politikerin hat nun ihre

Autobiografie vorgelegt. Maathai, die als erste Frau in Kenia promovierte, hat das Umweltschutzprojekt Green Belt Movement ins Leben gerufen. Wegen ihres Engagements für den Regenwald und ihrer emanzipatorischen Bestrebungen wurde sie unter der Regierung von arap Moi mit zahlreichen Gefängnisstrafen belegt. Das letzte Mal 2001. Die ersten freien Wahlen 2002 brachten sie ins Parlament. 2003 wurde sie stellvertretende Ministerin für Umwelt und natürliche Ressourcen.

Zehn Prozent des Reinerlöses aus dem Buchverkauf gehen an ihr Aufforstungsprogramm. [jg]

- ▶ Maathai, W.: Afrika, mein Leben. Erinnerungen einer Unbeugsamen, Dumont, Köln 2008, 400 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8321-8036-2

Biodiversität: Mehr als nur Naturwissenschaft

■ 90 Prozent der Europäer halten den Verlust an biologischer Vielfalt für ein schwerwiegendes Problem, bestätigt eine Eurobarometer-Umfrage vom Januar 2008. Doch was genau umfasst der Begriff Biodiversität? Entscheidend ist, dass „Biodiversität“ von vornherein Bedeutungen der ökonomischen Nutzbarkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Schutzverpflichtungen beinhaltet und somit notwendig weit über eine rein biowissenschaftliche Bedeutung hinausreicht. Ein vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) herausgegebener Sammelband fasst die Ergebnisse einer Vilmer Sommerakademie zum Thema Biodiversität zusammen und bringt historische, wissenschaftstheoretische, ethische und praxisrelevante Aspekte zusammen, die „Biodiversität“ als neuen Symbolbegriff des Naturschutzes kritisch analysieren. Der Band soll zugleich als Überblick und Anstoß zur weiteren Diskussion über Biodiversität und Naturschutz dienen. [bv]

- ▶ Potthast, T. (bearb.)/Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Biodiversität – Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts? Landwirtschaftsverlag, Münster 2007, 234 S., 18,- €, ISBN 978-3-7843-3948-1

INTERNET

Portal zur Biodiversität

■ Das Sekretariat der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD) hat ein Webportal für Kinder und Jugendliche

eingerrichtet. Die Seite befasst sich mit dem Thema Landwirtschaft und Biodiversität, was auch das Motto des diesjährigen Tages der Artenvielfalt am 22. Mai ist. Neben Informationen über die biologische Vielfalt im Allgemeinen werden auch die Auswirkungen von nachhaltiger oder eben nicht nachhaltiger Landwirtschaft auf die Biodiversität erläutert. Nach jedem inhaltlichen Text gibt es ein Quiz oder Spiel, damit es leichter fällt, die Fakten zu behalten.

Die englischsprachige Seite richtet sich an Kinder im Grundschulalter und LehrerInnen, die auch die Möglichkeit haben sich Unterrichtsmaterialien herunterzuladen. Aber auch allen anderen Interessierten bietet das Portal einen Überblick zur CBD und zum Thema Biodiversität und Landwirtschaft. [io]

- ▶ www.cbd.int/ibd/2008/youth

Selbstorganisiertes Fachwissen

■ Die Online-Enzyklopädie Wikipedia wird nicht von einer festen, bezahlten Redaktion, sondern von freiwilligen Autoren und Autorinnen verfasst. Nachdem Ökologie lange ein Stiefkind war, hat sich das mit der Klimadebatte nun geändert. Das Wikipedia-Portal „Umwelt- und Naturschutz“ bietet einen Überblick – und ruft zur Mitarbeit auf. Denn die Qualität der Umwelt-Artikel ist sehr unterschiedlich und auch Lücken müssen noch geschlossen werden. So fehlt „Abwasserordnung“ ebenso wie „Regionalentwicklung“ oder „Naturschutzbehörde“. Vor allem aber findet die oft beschworene „Querschnittsaufgabe Umweltschutz“ noch keine Entsprechung in vielen Artikeln zu technischen, ökonomischen oder sozialen Themen. [mb]

- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umweltschutz
- ▶ www.de.wikipedia.org/wiki/Hilfe:Erste_Schritte

NEU ERSCHEINEN

- ▶ Aebischer, A.: **Eulen und Käuze. Auf den Spuren der nächtlichen Jäger.** Haupt, Bern 2008, 192 S., 27,- €, ISBN 978-3-258-07276-0
- ▶ Bauriedl, S.; Schindler, D.; Winkler, M. (Hrsg.): **Stadtzukünfte denken. Nachhaltigkeit in europäischen Stadtregionen.** oekom, München 2008, 270 S., 34,90 €, ISBN 978-3-86581-110-3
- ▶ Bisang, K.; Moser, T.A.; Zimmermann, W.: **Erfolgsfaktoren in der Naturschutzpolitik. Beispiele aus vierzig Jahren Natur- und Landschaftsschutzpolitik in der Schweiz.** Rüegger, Zürich 2007, 222 S., 28,20 €, ISBN 978-3-7253-0889-7
- ▶ Buchanan, M.: **Warum die Reichen reicher werden und Ihr Nachbar so aussieht wie Sie. Neue Erkenntnisse aus der Sozialphysik.** Campus, Frankfurt 2008, 262 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-38456-6
- ▶ Brunner, M.: **Bedeutende Linden. 400 Baumriesen Deutschlands.** Haupt, Bern 2008, 328 S., 49,90 €, ISBN 978-3-258-07248-7
- ▶ Caspart, W.: **Das Gift des globalen Neoliberalismus. Mit Turbokapitalismus in die Krise.** Signum, Seedorf 2008, 240 S., 19,90 €, ISBN 978-3-85436-395-8
- ▶ Erdmann, K.-H.; Hopf, T.; Schnell, C.: **Informieren und faszinieren – Kommunikation in Natur-Infozentren.** Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup 2008, 194 S., 16,- €, ISBN 978-3-7843-3954-2
- ▶ Frein, M.; Meyer, H.: **Die Biopiraten. Das Milliardengeschäft mit dem Bauplan der Natur.** Econ, Berlin 2008, 256 S., 16,90 €, ISBN 978-3-430-30022-3
- ▶ Galliker, P.: **Abenteuer Mikrowelt. Exkursionen in die geheimnisvolle Welt der Kleinstlebewesen.** Haupt, Bern 2007, 175 S., 34,90 €, ISBN 978-3-258-07234-0
- ▶ Goodbody, A.; Wanning, B. (Hrsg.): **Wasser – Kultur – Ökologie. Konstanten und Wandel in der sozialen und kulturellen Bedeutung des flüssigen Elements.** V&R unipress, Göttingen 2008, 250 S., 44,90 €, ISBN 978-3-89971-417-3
- ▶ Holzapfel, J.; Lehmann, T.; Spiecker, M.: **Expedition Welt. Vom Abenteuer, sich zu engagieren.** oekom, München 2008, 304 S., 16,90 €, ISBN 978-3-86581-089-2
- ▶ Ikeda, D.; Rotblat, J.: **Auf der Suche nach der Menschlichkeit. Der Buddhist und der Nuklearforscher im Dialog.** Nymphenburger, München 2008, 288 S., 19,90 €, ISBN 978-3-485-01134-1
- ▶ Lux, A.; Hayn, D.: **Trinkwasser und seine geschlechtsspezifische Wahrnehmung. Eine qualitative Untersuchung zu Wasser und Privatisierung.** Institut für Sozial-Ökologische Forschung, Frankfurt/Main 2008, ISOE-Materialien Soziale Ökologie Nr. 27, 75 S., 8,- €
- ▶ Rahmstorf, S.; Richardson, K.: **Wie bedroht sind die Ozeane? Biologische und physikalische Aspekte.** S. Fischer, Frankfurt/Main 2007, 280 S., 9,95 €, ISBN 978-3-596-17277-1
- ▶ Schüle, R. (Hrsg.): **Grenzenlos handeln? Emissionsmärkte in der Klima- und Energiepolitik.** Oekom, München 2008, 180 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86581-095-3
- ▶ Staffelbach, H.: **Handbuch Schweizer Alpen. Pflanzen, Tiere, Gesteine und Wetter – der Naturführer.** Haupt, Bern 2008, 656 S., 39,90 €, ISBN 978-3-258-06895-4
- ▶ Wansink, B.: **Essen ohne Sinn und Verstand. Wie die Lebensmittelindustrie uns manipuliert.** Campus, Frankfurt/Main 2008, 217 S., 17,90 €, ISBN 9783593384153
- ▶ Weinzierl, H.: **Zwischen Hühnerstall und Reichstag. Erinnerungen.** MZ Buchverlag, Regensburg 2008, 296 S., 29,90 €, ISBN 978-3-934863-37-8
- ▶ Worldwatch Institute (Hrsg.): **Zur Lage der Welt 2008. Auf dem Weg zur nachhaltigen Marktwirtschaft?** Westfälisches Dampfboot, Münster 2008, 350 S., 19,90 €, ISBN 978-3-89691-743-0

Impressum

umwelt aktuell Mai 2008
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Am Michaelshof 8–10, D-53177 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstraße 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 544184-0, Fax -49, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de
Gesellschafter und Anteile: Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %
Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich (Deutschland, verantwortl.), Markus Steigenberger (Europa und Internationales, verantwortl.), Adressen siehe Redaktion
Redaktion: Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Markus Steigenberger [ms], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maïke Vygen [mv]
Kontakt: umwelt aktuell, Marienstraße 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, Fax -80, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.dnr.de/publikationen
Redaktionelle Mitarbeit: Isabel Oettinger [io], Florian Noto [fn], Tim Treibmann [tt]
Schlusskorrektur: Angelika Schiller
Grafik/DTP: Matthias Bauer, Juliane Grüning
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Gritsch, Tel. +49 (0)89 / 544184-25, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Druck: Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 Prozent Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de
Titelfoto: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Messe Frankfurt bei.



TERMINE

MAI

05.–09.05., Kaufungen bei Kassel (D)
Bildungsurlaub: Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden.
 Tagung

► Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung, Tel. +49 (0)5605 / 8007-30, Fax -40, E-Mail: tagungshaus-niederkaufungen@web.de, www.kommune-niederkaufungen.de/tagungshaus

05.–16.05., New York (USA)

CSD-16 Review Session. Konferenz

► UN Department of Economic and Social Affairs, Tel. +1 212 / 963-8102, Fax -4260, www.un.org

12.–16.05., Bonn (D)

Planet Diversity. Lokal, Vielfältig, Gentechnikfrei. Internationaler Kongress

► Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27590309, E-Mail: info@planet-diversity.org, www.planet-diversity.org

12.–16.05., Bonn (D)

4th MOP of the Cartagena Protocol on Biosafety – COP/MOP-4. Konferenz

► Secretariat of the Convention on Biological Diversity, Tel. +1 514 / 2882220, Fax +1 514 / 2886588, E-Mail: secretariat@cbd.int, www.cbd.int

13.–19.05., Bonn (D)

Biodiversity on the Edge. Internationale Jugendkonferenz zum Schutz der Biologischen Vielfalt

► NAJU, Juliane Rosin, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1924, E-Mail: juliane.rosin@naju.de, www.europtope.de

14.–16.05., Portoroz (SI)

Bridging the Gap. Responding to Environmental Change – from Words to Deeds. Konferenz

► Environmental Agency of Slovenia, Tanja Cegnar, Tel. +386 (0)1 / 478-4424, Fax -4053, E-Mail: bridgingthegap@arso.gov.si, www.bridgingthegap.si

14./15.05., Bonn (D)

Eiskalt erwischt?! Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt im Fokus von politischer Bildung und Medien. Konferenz

► Deutsche Welle/BMU/Bundeszentrale für politische Bildung, Tel. +49 (0)228 / 2498-110, Fax -111, E-Mail: info@lab-concepts.de, www.bpb.de

15.05., Hannover (D)

Das Blaue Gold – Recht auf Wasser oder Kampf um Wasser? Diskussion

► Stiftung Leben und Umwelt, Tel. +49 (0)511 / 3018570, E-Mail: info@slu-boell.de, www.boell.de

15.–17.05., Wittenberg/Sachsen-Anhalt (D)

Paradigmenwechsel in der Risikovorsorge. Vom Umgang mit „Naturgefahren“. Tagung

► KatNet, Martin Voss, Tel. +49 (0)431 / 2215412, E-Mail: martin.voss@katastrophennetz.de, www.katastrophennetz.de

15./16.05., Braunschweig (D)

Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien. Konferenz

► Eurosolar, Tel. +49 (0)228 / 36-2373, Fax -1279, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.de

19.–21.05., Bukarest (RO)

Convention on Environmental Impact Assessment (EIA) in a Transboundary Context

► UNECE, Mr. Wiek Schrage, Tel. +41 (0)22 / 917-2448, Fax -0107, E-Mail: eia.conv@unece.org, www.unece.org/env/eia

19.–30.05., Bonn (D)

UN-Naturschutzkonferenz – COP 9 CBD

► BMU, Tel. +49 (0)228 / 3054410, E-Mail: cop9mop4@bmu.bund.de, www.cbd.int/cop9, www.biodiv-network.de

23.–25.05., Starnberger See/Bayern (D)

Klimawandel und Gerechtigkeit – Climate Change and Global Justice

► Evangelische Akademie Tutzing, Susanna Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251126, Fax 996426, E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de, www.inwent.org

24.–26.05. Kobe (J)

G8 Environment Ministerial Meeting

► Ministry of the Environment Japan, Tel. +81 (0)3 / 35813351, Fax +81 (0)3 / 55218276, E-Mail: g8_kobe@env.go.jp, www.env.go.jp/earth/g8/en

JUNI

03.–06.06. Brüssel (B)

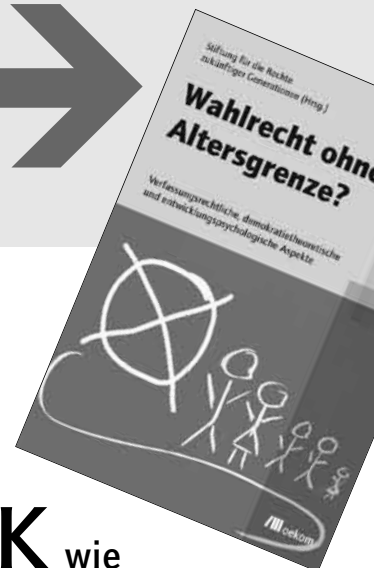
Grüne Woche/Green Week

► EU-Kommission, Tel. +32 (0)2 / 2992205, Fax 2986327, E-Mail: env-gw2008@ec.europa.eu, www.ec.europa.eu/environment

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Nachhaltigkeit

A-Z

K wie
Kinderwahlrecht

In Deutschland gibt es immer mehr ältere Menschen. Dabei könnten die Interessen der Jüngeren schnell ins Hintertreffen geraten. Doch ist die Einführung eines »Wahlrechts ohne Altersgrenze« der richtige Weg, die Rechte von Kindern und Jugendlichen politisch zu stärken?

Dieses Buch liefert eine vielschichtige, interdisziplinäre und kritische Analyse zu unterschiedlichen Modellen des Kinderwahlrechts.

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hrsg.)

Wahlrecht ohne Altersgrenze?

Verfassungsrechtliche, demokratietheoretische und entwicklungspsychologische Aspekte
 oekom verlag, München 2008, 399 Seiten
 39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-098-4

Erhältlich bei

www.oekom.de

oekom@de.rhenus.com

Fax +49/(0)81 91/970 00-405

oekom
verlag

Die guten Seiten der Zukunft

Außerschulische Bildung

Biodiversität in Botanischen Gärten

Botanische Gärten sind für das Themenfeld biologische Vielfalt unverzichtbare Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Bevölkerung. Besonders attraktiv und aktiv sind sie als pädagogische Lernorte. In jedem zweiten Garten gibt es inzwischen eine „Grüne Schule“.

□ In Deutschland gibt es 95 Botanische Gärten, die jedes Jahr von insgesamt rund 14 Millionen Menschen besucht werden. Die Aufgaben der Gärten reichen – je nach Anbindung an Universität, Stadt oder Land – von akademischer Lehre über wissenschaftliche Forschung, Arten- und Naturschutz bis zur Bildung. Diese Reihenfolge entspricht allerdings nicht der Gewichtung in den einzelnen Gärten, denn diese sind auch Erholungs- und Entspannungsort mit Freizeitwert, Schauplatz kultureller Ereignisse und nicht zuletzt für die Öffentlichkeit ein Spiegel pflanzlicher Biodiversität und somit „grünes Schaufenster“. Selten gelingt es einem Garten, alle Aufgabenbereiche mit gleicher Intensität und gleichem Erfolg zu erfüllen.

Aktuelle Umfrage zur Bildungsarbeit

Weltweit erfüllen die Botanischen Gärten vor allem Aufgaben als Ex-situ-Kollektionen – also zum Bewahren von Pflanzenarten außerhalb ihres eigentlichen Lebensraumes – und gleichzeitig als Promotoren des Themas Biodiversität in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Denn ihr Pflanzenreichtum und das große Fachwissen der MitarbeiterInnen machen die Botanischen Gärten zu ausgezeichneten Lernorten zu allen Themen rund um die Pflanzenwelt, zu ihrer Gefährdung und zu den Bemühungen um die Erhaltung der (pflanzlichen) biologischen Vielfalt. Sie tragen demnach dazu bei, die 1992 vom Erdgipfel in Rio in dem Übereinkommen zur biologischen Vielfalt (CBD) geforderte Bewusstseins-schaffung in der Bevölkerung umzusetzen. Botanische Gärten vermitteln somit ein Schlüsselthema der Bildung für Nachhaltige Entwicklung.

Ob und wie die Gärten diesem Anspruch gerecht werden, versuchte im Som-

mer 2007 eine Gesamterhebung zum Stand der Bildungsarbeit an Botanischen Gärten herauszufinden. Die Umfrage führten das Tropengewächshaus der Universität Kassel, die Botanischen Gärten Bonn und die AG Pädagogik im Verband Botanische Gärten gemeinsam durch. Alle 95 deutschen Gärten wurden schriftlich befragt. Immerhin 68 Prozent der Einrichtungen haben geantwortet, davon waren knapp zwei Drittel universitäre Gärten.

Die Auswertung zeigte eine klare Tendenz: Der Stellenwert der Bildungsarbeit hat sich deutlich erhöht. Alle Gärten, die geantwortet haben, bieten Bildungsveranstaltungen an. Bemerkenswert: Umweltbildung gehört für etwa jeden zweiten Garten – unabhängig von seiner Anbindung – zu den anerkannten Hauptaufgaben. Im universitären Bereich ist für jeden zweiten Garten die Bildungsarbeit für die allgemeine Öffentlichkeit sogar genauso wichtig wie der Artenschutz. Bei den nicht universitären Gärten sehen sogar drei Viertel aller Einrichtungen Bildung als einen wichtigen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit an.

Schulen im Mittelpunkt

Botanische Gärten greifen zahlreiche Themen rund um die biologische Vielfalt auf. Zwar sind es erwartungsgemäß vor allem klassische botanische und ökologische Themen. Doch verknüpfen inzwischen etwa 20 Prozent der Gärten ökologische mit ökonomischen und sozialen Themenfeldern im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Dem entsprechend hat etwa ein Drittel der Gärten ein Leitbild schriftlich fixiert. Zwei Gärten sind offizielle Projekte der UN-Dekade BNE und immerhin neun Prozent der Einrichtungen sind zertifiziert.

Die wichtigste Zielgruppe für die Bil-

dungsarbeit sind Schulklassen. Die Zahl der „Grünen Schulen“ steigt nach wie vor an: Seit Ende der 1990er-Jahre sind zehn Neugründungen zu verzeichnen. Im Vordergrund steht die persönliche Vermittlung: Alle Grünen Schulen bieten Führungen an, die Hälfte von ihnen auch Unterrichtsgänge. Die Methoden reichen vom Artenbestimmungskurs über Diskussionsrunden bis zu praktischer Arbeit. Der Zeitumfang variiert sehr stark. Etwa 20 Prozent der Gärten evaluieren die Veranstaltungen.

Pädagogisches Personal ist Mangelware

Die Zahl der GartenpädagogInnen hat sich allerdings im letzten Jahrzehnt kaum verändert. In nur zehn der 65 Gärten, die sich an der Befragung beteiligten, arbeiten fest angestellte PädagogInnen, insgesamt 13. Weiterhin verfügen neun Einrichtungen über insgesamt 18 abgeordnete PädagogInnen, allerdings wie die fest angestellten mit unterschiedlicher Stundenzahl. Führungen und andere Bildungsveranstaltungen werden überwiegend durch eigenes Personal oder – in jedem zweiten Garten – durch Honorarkräfte geleistet. Dabei sind die Gärten selbst mit der Ausstattung für die Bildungsarbeit nicht zufrieden. So rechnen nur wenige Gärten derzeit mit einer unmittelbaren Personal- oder Budgetverbesserung. Dennoch wollen sie in den nächsten fünf Jahren die Bildungsarbeit nicht nur erhalten, sondern weiter ausbauen.

Die Arbeitsgruppe Pädagogik

Der Grad der Vernetzung der Botanischen Gärten untereinander ist im fachwissenschaftlichen Bereich hoch, dagegen im Bildungsbereich – etwa über eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) – noch sehr niedrig. Eine wichtige Vernetzungsarbeit für die MitarbeiterInnen leistet die Arbeitsgruppe Pädagogik im Verband Botanischer Gärten. Bereits 1981 gab es in der damaligen DDR einen fachlichen Austausch pädagogisch interessierter MitarbeiterInnen, seit 1987 auch in der Bundesrepublik. Ab 1990 fanden gemeinsame Tagungen statt. Seit 1993 hat sich der

informelle Arbeitskreis als „Arbeitsgruppe Pädagogik im Verband Botanischer Gärten“ organisiert und in ehrenamtlicher Arbeit seitdem 13 Jahrestagungen und zwölf Fortbildungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht. Derzeit ist eine Zusammenfassung der Fortbildung „Globales Lernen im Botanischen Garten“ in Bearbeitung. Das nächste Treffen der AG findet vom 27. bis 29. Juni im Grugapark Essen zum Thema „Pflanze und Bewegung“ statt. Gäste sind herzlich willkommen! **[Marina Hethke]**

- ▷ Marina Hethke, Kuratorin im Gewächshaus für tropische Nutzpflanzen der Universität Kassel, Steinstraße 19, D-37213 Witzenhausen, E-Mail: mhethke@uni-kassel.de, www.verband-botanischer-gaerten.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundestagung 2008: Thema Wasser

□ Vom 20. bis 22. Oktober findet am Starnberger See südlich von München die diesjährige ANU-Bundestagung statt. Mitveranstalter sind das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und die Evangelische Akademie Tutzing. Im Mittelpunkt wird das Thema Wasser stehen. Es ist zugleich das diesjährige Thema der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und die wohl größte Herausforderung für die Umweltbildung im 21. Jahrhundert. Organisation und Programmabstimmung werden von der ANU Bayern geleistet.

- ▷ ANU, Caroline Fischer, E-Mail: caroline.fischer@anu.de, www.umweltbildung.de

ANU Bayern aktiv bei der Kampagne WasSerleben 2008

□ Die Dachmarke „Umweltbildung.Bayern“ vereinigt knapp 100 Umweltbildungseinrichtungen und Netzwerke in ganz Bayern, darunter auch die ANU. Gemeinsam organisieren die Mitglieder unter dem Motto „WasSerleben 2008“ erstmals eine bayernweite Kampagne für die Umweltbil-

dung. 450 Veranstaltungen von April bis Oktober ermöglichen vielfältige, bewährte und neue, sinnliche und kreative Zugänge zum Thema Wasser. Highlight sind 16 Leuchtturmveranstaltungen Anfang Juni, darunter eine „HundertWasser“-Kunstwoche, ein Fest der Weltreligionen und eine ökologisch-kulinarische Werkstatt über bayerische Flussfische. Am 4. Oktober endet die Kampagne in Füssen mit einer Wasser-Safari für Familien und einem umfangreichen Kulturprogramm.

- ▷ www.wasserleben.bayern.de

ANU Hessen entwickelte neues Planspiel und Lernstationen zum Thema Wasser

□ Zum diesjährigen Dekade-Thema Wasser hat die ANU Hessen zwei neue Angebote entwickelt. An 14 Stationen der „Lernwerkstatt Wasser“ können SchülerInnen der dritten bis fünften Klassen Wasser als Lebensmittel, Rohstoff und Kulturgut erleben. Lebensraum Wasser, Wasserverbrauch hier und anderswo, Eigenschaften des Wassers und Wasserkreislauf in der Natur lauten einige Themen. Das „Planspiel Wasser“ richtet sich dagegen an die achten bis elften Klassen. In diesem Strategiespiel geht es um Wasserbesitz, Trinkwassergewinnung, Wasserverfügbarkeit, Wassergefährdungen und -konflikte. Lehrerfortbildungen und eine Tour durch hessische Umweltzentren ergänzen das Angebot.

- ▷ www.anu-hessen.de

ANU Sachsen bietet benachteiligten Jugendlichen eine Chance

□ Jugendliche ohne Schulabschluss, ohne abgeschlossene Berufsausbildung und langzeitarbeitslose Jugendliche aus Chemnitz sind die Zielgruppe im Projekt „LOS – SolarPraxis“, das die ANU gemeinsam mit regionalen Partnern durchführt. In einer Werkstatt für Metall-, Elektro- und Solartechnik im Solaris Förderzentrum für Umwelt gGmbH Sachsen (Solaris FZU) können 15 Jugendliche an einem Tag in

der Woche, unterstützt durch geschulte ANU-Mitarbeiter, ihre praktischen Fähigkeiten erproben und ihre individuellen Begabungen und Neigungen entdecken und weiterentwickeln. Drei Monate lang können sie an Praktika, Präsentationen, Exkursionen und Schnupperpraktika in kooperierenden Firmen teilnehmen. Im Mittelpunkt der kreativen Beschäftigung steht die selbstständige Fertigung eines gebrauchsfähigen Gegenstandes, beispielsweise eines Solarlüfters. Die ANU-Mitarbeiter bieten Bewerbertrainings und Konfliktbewältigung an, helfen bei der Bewerbung bei anderen Firmen und motivieren zum Nachholen eines Schulabschlusses.

- ▷ Solaris FZU, Ingo Voigtländer, Chemnitz, Tel. +49 (0)371 / 911772, www.solaris-fzu.de

ANU Schleswig-Holstein: Neuer Vorstand und neue Aktionen

□ Die ANU Schleswig-Holstein hat auf ihrer Mitgliederversammlung im Februar einen neuen Vorstand gewählt. Erste Vorsitzende wurde Birgitt Fitschen, die auch im Bundessprecherrat der ANU mitarbeitet, zweite Vorsitzende ist Ute Kröger vom Wildpark Eekholt, Finanzwartin wurde Sabine Heins vom Jugendzeltplatz Wittenborn. Für das Jahr 2008 plant die ANU unter anderem eine Mitmachwoche zum Thema „Frosch – Leben im Wandel“ auf der Landesgartenschau in Schleswig im September. Als weiteres Projekt soll der „Wasser-Truck“ aus Niedersachsen unterstützt werden, der von August bis Oktober in Schleswig-Holstein für Veranstaltungen und Schulen zur Verfügung steht.

- ▷ ANU Schleswig-Holstein, Birgitt Fitschen, Kollhorster Weg 1, D-24109 Kiel, E-Mail: fitschen@anu.de

Ökostation Freiburg berät Kommunen

□ LehrerInnen in Freiburg/Breisgau und Umgebung, die nach Lernangeboten zu Umwelt, Technik, Eine Welt und Wissenschaft suchen, finden zahlreiche Informationen im neuen Internetportal ScienceNet. Über 250 verschiedene Angebote von rund 60 Veranstaltern sind bereits abrufbar, ins-

besondere Exkursionen in außerschulische Lernorte, Tipps für Klassenausflüge oder Projektstage. Das Projekt der Stadt Freiburg soll nun in die benachbarten Landkreise kontinuierlich hineinwachsen und sich weiter entwickeln. Die Ökostation Freiburg bietet interessierten Kommunen einen Service zur Erstellung weiterer regionaler ScienceNets an.

- ▷ www.sciencenet-freiburg.de
- ▷ www.oekostation.de

Umweltbildungszentrum

Licherode als regionale BNE-Beratungsstelle

□ Im Rahmen des Projekts „Lernende Regionen Hersfeld-Rotenburg/Werra-Meißner“ berät das Umweltbildungszentrum Licherode Schulen, Kindergärten und Betriebe der Region, die Konzepte der Nachhaltigkeit zum Beispiel in der Fortbildung der Mitarbeiterschaft berücksichtigen wollen. Die regionale Beratungsstelle für BNE erreichte seit Projektbeginn im September 2007 bereits über 1.500 Menschen. Für seine vorbildliche Form des Generationen übergreifenden Lernens wurde das Zentrum von der Unesco als offizielles UN-Dekade-Projekt ausgezeichnet.

- ▷ www.oekologische-bildung.de

SCHWERPUNKT: NATURERLEBEN

Bundesweites Naturerlebnis-Wochenende

□ Zunehmende Gewaltbereitschaft und Aggressivität bei Jugendlichen sind auch Zeichen einer zunehmenden Naturentfremdung. „Wer nicht gelernt hat, das Leben und das Lebendige zu achten, wird auch mit seinen Mitmenschen nicht ordentlich umgehen“, so Claus-Peter Hutter, Vorsitzender des bundesweiten Arbeitskreises der Umweltakademien (BANU). Um dieser Entfremdung entgegenzuwirken, hat der BANU alle Umweltbildungseinrichtungen aufgerufen, sich am bundesweiten Naturerlebnis-Wochenende am 17. und 18. Mai zu beteiligen. Alle Informationen können über die Webseite abgerufen

werden. Zur Unterstützung der Bildungsarbeit wurden in den letzten Jahren über zweitausend ehrenamtliche Landschaftsführer ausgebildet, noch einmal so viele sollen folgen. Die Initiative wird mitgetragen von vielen Organisationen, darunter Heimat- und Wanderorganisationen sowie die ANU.

- ▷ www.banu-akademien.de
- ▷ www.naturerlebnis-wochenende.de

Video killt Naturerleben

□ Kinder und Jugendliche sitzen immer länger vor dem Computer oder Fernseher und haben deshalb immer weniger Zeit für die Natur. Die „Videophilie“ habe seit einigen Jahren für einen fundamentalen und durchdringenden Wechsel geführt. Er führt weg von der Erholung in der Natur – das behaupten der US-amerikanische Biologe Oliver Pergams von der Universität Chicago und seine Kollegin Patricia Zaradic in einer aktuellen Studie, die im Fachmagazin PNAS veröffentlicht wurde. Deutlich wahrnehmbar seien seit 1987 die Besucherzahlen von Naturparks in den USA, Japan und Spanien zurückgegangen. Auch der leichte Anstieg von Wandern und Reisen mit dem Rucksack könne dies nicht auffangen. Schuld daran sei der Konsum von TV, Videospiele und Internet mit seinem inhäusigen Sitzen und Konsumieren. Allerdings könne man wissenschaftlich nur eine starke Korrelation zwischen den beiden Phänomenen erkennen und keine ursächliche Beziehung. Mit Sicherheit gebe es auch andere Gründe für die schwindende Beliebtheit der Naturparks. Ein kleiner Hoffnungsschimmer sei die Wissensneugier der Jüngeren.

- ▷ www.telepolis.de/blogs/3/103308
- ▷ Download des Fachbeitrags (englisch): www.videophilia.org/uploads/videophilia2.pdf

Naturlandschaften als UN-Dekade-Projekt ausgezeichnet

□ „Nationale Naturlandschaften“ heißt die Dachmarke, unter der die deutschen Nationalparke, Naturparke und Bio-

sphärenreservate seit November 2005 gemeinsam auftreten. Nun erhielten die Naturparke für ihre ausgezeichnete Buchreihe „Natur erleben“ bringt Nationale Naturlandschaften in die Schulen“ die Auszeichnung als offizielles Dekadeprojekt 2008/2009. Die Materialien stellen alle Naturlandschaften vor und bieten Angebote für Naturerleben, Erholung und Umweltbildung.

- ▷ www.naturparke.de

NEUE MATERIALIEN

Umweltpädagogisches Handbuch für Lehrkräfte und Eltern

□ Das Praxisbuch enthält pädagogische Umsetzungsbeispiele zu Themen wie Wald, Wiese, Wasser, Hecke, Landwirtschaft, Ernährung, Stadt oder Müll. Die Vorlesegeschichten, Spiele, Experimente, Beobachtungsaufgaben und Bestimmungübungen sollen Mut machen, sich in die Natur hinauszuwagen. Pädagogen, Gruppenleiter und Eltern erhalten deshalb auch allgemeine Informationen zum Umgang mit Gruppen in der Natur. Die Themen orientieren sich zwar an typischen Lebensräumen Süddeutschlands, die Beispiele lassen sich aber auch auf andere Regionen übertragen.

- ▷ Von Ziegler, B. (Hrsg.): Umweltpädagogisches Handbuch für Lehrkräfte und Eltern. Prisma Media, Reutlingen, 520 S., 25,- €, ISBN 978-3-938581-01-8. www.listhof-reutlingen.de/handbuch.html

Handbuch zur Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz

□ Beim ehrenamtlichen Engagement liegt der Natur- und Umweltschutz in Deutschland mit rund 150.000 Menschen hinter dem Sport und dem sozialen Bereich auf Platz drei. Der Deutsche Naturschutzring als Dachverband ist der Ansicht, dass sich diese Zahl verdoppeln ließe, wenn die Umweltverbände „ehrenamtsfreundlicher“ würden. FreiwilligenkoordinatorInnen ▶

spielen bei dieser Entwicklung eine Schlüsselrolle. Das Handbuch „Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz“ will Umweltverbänden, kleineren Naturschutzgruppen und locker organisierten Arbeitsgemeinschaften dabei helfen. Es kann kostenlos bestellt oder als PDF-Datei aus dem Internet heruntergeladen werden.

- ▷ Mitlacher, G.: Handbuch Freiwilligenkoordination im Natur- und Umweltschutz. DNR/NABU, Bonn 2007. 60 S., kostenlos. Bezug: NABU, Tel. +49 (0)511 / 2157111, www.nabu.de/bestellliste.php
- ▷ Download (930 kB): www.dnr.de/publikationen/news/docs/Freiwilligenkoordination_DNR.pdf

Erfolgreich kommunizieren auf Großveranstaltungen

□ Welche Inhalte über welche Medien an welche Zielgruppen vermittelt werden können, beleuchtet das aktuelle Buch „Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen“, das von Martin Schulte, Meike Wunderlich und anderen Autoren herausgegeben wurde. Sie stellen anhand zahlreicher Projekte, darunter die Internationale Gartenschau IGA und der Weltjugendtag, die dort erprobten Leitfäden, Checklisten und Erfahrungsberichte vor und geben hilfreiche Anregungen für neue Großprojekte.

- ▷ Eich, S. u. a. (Hrsg.): Umweltkommunikation auf Großveranstaltungen, oekom, München 2007, 128 S., 24,50 €, ISBN 978-3-936581-74-4. www.oekom.de

WEITERBILDUNG

Young Leaders for Sustainability

□ Im März hat das berufsvorbereitende Qualifizierungsprogramm „Young Leaders for Sustainability“ begonnen. Organisiert von den entwicklungspolitischen Weiterbildungsträgern InWEnt und Collective Leadership Institute, soll es bereits bei Studierenden eine Führungskompetenz für Nachhaltigkeit entwickeln und ausbauen. Als Führungskräfte von morgen sollen

sie verantwortliches unternehmerisches Handeln zeigen. Dazu gehören praktische Erfahrungen im In- und Ausland, ein interdisziplinärer Austausch sowie Kenntnisse über die Globalisierung. Das Programm bietet jährlich 30 Teilnehmenden Weiterbildungsmodulare und Praktika in einem Unternehmen in Deutschland und einer Partnerorganisation im Ausland an. Als deutsche Partnerfirmen konnten unter anderem Tchibo, die Hanns R. Neumann Stiftung, die GTZ und die Stadtwerke Mainz gewonnen werden.

- ▷ www.youngleadersforsustainability.de

Als Dekadeprojekt ausgezeichnet: Naturerlebnis-Pädagogik

□ Zu seinem zehnjährigen Jubiläum erhielt das Institut für Naturerlebnis-Pädagogik CreNatur für sein Weiterbildungsangebot die Auszeichnung als offizielles Projekt der UN-Dekade BNE. Die verschiedenen Seminare können einzeln belegt werden, für das Abschlusszertifikat sind jedoch die Teilnahme an acht Seminarmodulen, ein Praktikum von 40 Stunden sowie eine eigenständige Projektarbeit erforderlich.

- ▷ www.crenatur.de

UMWELTBILDUNG-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

05.05., Wetzlar (D)

Begehbare Camera obscura – Experimente zur Lochkamera

- ▷ www.na-hessen.de

06.05., Laufen/Bayern (D)

Naturerlebnispädagogik in Kindertageseinrichtungen

- ▷ www.anl.bayern.de

08.05., Bredstedt/Schleswig-Holstein (D)

Ökotainment oder Bildung für Nachhaltigkeit – Wie viel Nachhaltigkeit darf's in der Freizeit sein?

- ▷ www.anu-hamburg.de

15.05., Schleswig (D)

Jahrestagung Umweltbildung. Treffen der schleswig-holsteinischen Akteure auf der Landesgartenschau

- ▷ www.umweltakademie-sh.de

19./20.05., Schneverdingen/Niedersachsen (D)

Geld und mehr für den Natur- und Umweltschutz – Finanzmittelbeschaffung im Non-Profit-Bereich

- ▷ www.nna.de

20.05., Bad Freienwalde/Brandenburg (D)

Fachtagung Biodiversität und Mitgliederversammlung der ANU Brandenburg

- ▷ www.anu-brandenburg.de

21.–25.05., Bayerischer Wald (D)

Masken und Märchen – intensive Naturerfahrung und schöpferischer Ausdruck

- ▷ www.waldwelt.com

27.05., Bochum (D)

Der Schulgarten im Ganztage – Eine Renaissance der Schulgeländearbeit?

- ▷ www.nua.nrw.de

28.–31.05., Springe/Niedersachsen (D)

Solarschule Photovoltaik. Fortbildung

- ▷ www.e-u-z.de

30./31.05., Gelsenkirchen (D)

4. Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien

- ▷ www.jobmesse-ee.de

30.05.–08.06., bayernweit (D)

Highlightwoche der Wasserkampagne 2008

- ▷ www.umweltbildung-in-bayern.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,
Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de